Nr. 21. Erstes Morgenblatt. Achtundfünfzigster Jahrgang. Mittwoch, 21. Januar 1914.

Frankfurter Zeitung
und Handelsblatt.

(Frankfurter Handelszeitung.) (Neue Frankfurter Zeitung.)

Begründet von Leopold Sonnemann.

Stadt-Telephon: Amt I 5940, 5941, 5942, 5943. Für Auswärts: Amt I 29, 154, 2610, 4429.

Gefahren für den Balkanfrieden.

Z Konstantinopel, 17. Jan. Die zukünftige Besitzgestaltung der Aegäischen Inseln steht seit dem Ausbruch der Balkankriege im Mittelpunkt erregter Diskussionen. Selbst die Adrianopler Frage, die seinerzeit die politischen Wogen sehr hoch gehen ließ, verschwindet dagegen. Es hat auch nicht den Anschein, als ob dieses für die asiatische Türkei außerordentlich wichtige Thema sobald von der Tagesordnung abgesetzt würde. Diplomatie und Presse werden, wenn nicht alles trügt, sich mit ihm noch sorgenvoll zu beschäftigen haben. Die türkischen Zeitungen variieren die Inselfrage in den verschiedensten Tonarten. Bei ihren Auslassungen kann man feststellen, daß die Erregung in der mohammedanischen Welt über die der Türkei zugefügte Behandlung eher zu- als abnimmt. Kein Tag vergeht, an dem die maßgebenden Blätter die Aegäischen Inseln nicht an leitender Stelle behandelten. Oft Gesagtes wird dabei wiederholt, aber der türkische Standpunkt unverrückbar aufrechterhalten. Der Großwesir Prinz Said Halim hat ihn unverblümt dem englischen Botschafter zur Kenntnis gebracht, als dieser ihm im Auftrag Sir Edward Greys den Beschluß der Großmächte notifizierte: „Die Türkei lehnt es ab, eine so ungerechte Entscheidung anzunehmen. Sie wird alles aufbieten, um sich wieder in den Besitz der wichtigsten Inseln zu setzen." Schon gestern kursierte vornehmlich in den Kreisen der griechischen Gesandtschaft das Gerücht, die am Goldenen Horn liegende türkische Flotte habe Dampf aufgemacht, um auszulaufen. Die hiesigen Griechen sind über maritime Bewegungen fast immer ausgezeichnet unterrichtet. Sie haben enge und alte Beziehungen zur türkischen Kriegs- und Handelsflotte. Bisher hat aber nur der Panzerkreuzer „Messudie" Dampf aufgemacht. Die übrigen Kriegsfahrzeuge liegen noch in idyllischer Ruhe. Das kann aber jeden Augenblick anders werden. Große bei Smyrna getroffene militärische Vorbereitungen lassen die Deutung zu, daß tatsächlich ein Handstreich auf Mytilene und Chios sich vorbereitet. Die Griechen bewachen deshalb die bezogenen Gewässer sehr aufmerksam mit ihrer Torpedoflotte. Vielleicht enthüllen schon die nächsten Tage die türkischen Pläne.

Der serbisch-bulgarische Grenzstreit.

Sofia, 20. Jan. (Agence Bulgare.) General Helmcam fällte in dem serbisch-bulgarischen Grenzstreit seinen Schiedsspruch, in dem der bulgarische Standpunkt fast vollständig anerkannt wird.

Konstantinopel, 20. Jan. (W. B.) Der griechische Gesandte Panas ist hier eingetroffen.

Die parlamentarische Lage in Oesterreich.

≡ **Wien**, 20. Jan., 10.50 V. Die Situation im Parlament ist unverändert. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses setzen die tschechischen Agrarier die Obstruktion fort. Mittags werden die Führer der Mehrheitsparteien beim Ministerpräsidenten Stürgkh empfangen. Man glaubt, daß die Christlich-Sozialen den Widerstand gegen den Beschluß der gemeinsamen Konferenz bezüglich der Steuerskala aufgeben und so die parlamentarische Erledigung des Finanzplanes ermöglichen werden.

≡ **Wien**, 20. Jan., 4 N. (Priv.-Tel.) Im Parlament wurden heute Mittag neuerliche Kompromißverhandlungen zwischen den Rednern der Mehrheitsparteien und den Obstruktionisten geführt, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß noch heute oder spätestens morgen die Einigung über den Bericht der gemeinsamen Konferenz vorgenommen werden soll. Der Zusatzantrag der Mehrheitsparteien bezüglich der Steuerskala soll abgelehnt werden und nach Annahme des Konferenzberichtes soll noch folgendes erledigt werden: 1. Die Novellierung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes, 2. die Lehrerdienstpragmatik, 3. die Verstaatlichung der Bezirksschulinspektionen, 4. der Antrag Einspinner bet. die Einführung von gewerblichen Vorträgen an den Hochschulen. Nach Erledigung dieser Tagesordnung würde eine Pause in den Plenarsitzungen eintreten.

Die nächste Sitzung des Budgetausschusses zur Beratung des Budgetprovisoriums soll am 28. Januar stattfinden, da bis dahin die Regierung der deutsch-tschechischen Ausgleichskonferenz, die am Samstag zusammentreten soll, ihre Vorschläge gemacht haben wird. Wie verlautet, sind die tschechischen Agrarier bereit, auf dieses Kompromiß einzugehen, doch nur unter der Voraussetzung der unbedingten Zurückziehung des Zusatzantrages. Um 1 Uhr erschienen die Führer der Mehrheitsparteien beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um die angeregten Vermittlungsvorschläge zu besprechen. Der Ministerpräsident appellierte an die Parteien, mit Rücksicht auf die kurzfristige Vorlage eine Entscheidung baldigst herbeizuführen und den Zusatzantrag zurückzuziehen, da die gegenwärtige Obstruktion sich nicht gegen den Finanzplan, sondern gegen den Zusatzantrag sehe. Der Ministerpräsident erklärte, daß er auf dem Standpunkt der Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz stehe und der Zusatzantrag wenig Aussicht habe, im Herrenhause angenommen zu werden. Hierauf wurde die Konferenz abgebrochen und die Führer der Parteien begaben sich in die Klubs, um mit ihren Parteien weitere Besprechungen zu halten. Wie verlautet, hat der deutsch-nationale Verband den Obmann Dr. Groß ermächtigt, mit den übrigen Parteien wegen Zurückziehung des Zusatzantrages zu verhandeln.

Um 4 Uhr findet wieder eine Konferenz beim Ministerpräsidenten statt. Inzwischen hält der tschechische Agrarier Nychtera noch immer seine Obstruktionsrede.

Die Arbeiten des württembergischen Landtags.

G **Stuttgart**, 18. Januar.

Der württembergische Landtag nimmt am Mittwoch, den 21. d. Mts., seine Arbeiten wieder auf. Während der Verhandlungspause hat sich in der Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer eine Verschiebung vollzogen, die nur gering ist und bei der Art der zu erledigenden Aufgaben ohne größeren direkten Einfluß bleiben wird, deren indirekte Wirkungen aber auch in den Kammerverhandlungen zu spüren sein werden. Die Rottweiler Landtagsersatzwahl hat bekanntlich dem Zentrum ein Mandat gekostet, das an die Nationalliberalen fiel, und damit verfügen die drei Parteien der „Linken" über 47 Sitze gegen 45 der „Rechten", die noch durch das Präsidium um eine weitere Stimme geschwächt ist.

Auf den Erfolg bei den allgemeinen Wahlen pochend, hatte sich die Rechte in der ersten Tagung übermütig und provozierend als die Herrin der politischen Situation und der Kammer gefühlt, durch Selbstherrlichkeit und die Verschärfung des Tons gegen die Parteien der Linken den ruhigen Gang der Verhandlungen erschwert und verschärft. Hier wird die kleine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten der Linken nicht ohne erzieherischen Nutzen bleiben, zumal da nicht nur die Rottweiler, sondern auch die übrigen Ersatzwahlen der Rechten gezeigt haben, daß die württembergischen Wähler sich anschicken, kritisch die Wahlerfolge der Rechten zu werten und sie zu korrigieren. Man wird von der politischen Klugheit des Zentrums erwarten dürfen, daß es die Zeichen der Ersatzwahlen versteht, und auf diejenigen seiner Mitglieder zügelnd einwirkt, die vor allem die raschere Geschäftsführung hindern und durch seichte und gehässige Polemik das Zusammenarbeiten der Parteien stören. Das ist um so leichter und gebotener, als fast keine der Arbeiten des Landtags zu scharfer Gegnerschaft zwischen den beiden Parteigruppierungen nötigt.

Gegen das wichtigste Gesetz, das Kinogesetz, das die württembergische Regierung als erste unter den größeren Bundesstaaten den Ständen vorgelegt und dessen Entwurf die Erste Kammer noch in mehrfacher Hinsicht verschärft hat, hat sich nur die Sozialdemokratie grundsätzlich gewandt. Die Schäden und Gefahren des Kinos haben eine weitverbreitete Stimmung für ihre polizeiliche Ueberwachung erzeugt, der auch die Vertreter der liberalen Parteien im Ausschuß der Abgeordnetenkammer sich nicht entzogen haben. Der Entwurf führt eine allgemeine Präventivzensur ein, die von einer Landeszentralstelle ausgeübt wird, und neben ihr erhält auch die Ortspolizeibehörde noch das Recht, einen von der Zentrale genehmigten Film, der bei den besonderen örtlichen Verhältnissen die öffentliche Ordnung gefährden könnte, zu verbieten. Die Gründe, aus denen ein Film verboten werden kann, geben der Zentrale sehr weitreichende Vollmacht. Daneben sind zum Schutze der Jugend noch besondere Vorschriften vorgesehen. Dabei ist die Altersgrenze in einer die tatsächlichen Verhältnisse nicht berücksichtigenden Weise auf siebzehn Jahre erhöht worden, und es ist ein Beweis für die Stärke und Verbreitung der Auffassung, durch gesetzliche Regelung und polizeiliche Ueberwachung den Kinogefahren wirksam begegnen zu können, daß zwei volksparteiliche Abgeordnete sogar eine Erhöhung der Altersgrenze auf achtzehn Jahre beantragt hatten. Bei dieser Uebereinstimmung der Grundanschauung werden sich, wie im Ausschuß, so auch bei der Plenarberatung des Gesetzes grundsätzliche Differenzen zwischen den liberalen Parteien und der „Rechten" nicht geltend machen.

Noch weniger dürfte das der Fall sein bei den umfangreichen Entwürfen über die Pensionsrechte der Körperschaftsbeamten und die Unfallfürsorge für Körperschaftsbeamte. Der Entwurf eines neuen Gebäudebrandversicherungsgesetzes, das eine gerechtere Verteilung der Lasten bringen soll, wird zunächst die Erste Kammer beschäftigen. Außer diesen umfangreichen Entwürfen wird der Landtag die Novelle zum Gemeindebesteuerungsgesetz zu erledigen haben, ein „Notgesetz", das bis zur Aenderung der Grundlagen unserer Steuergesetzgebung den Gemeinden eine stärkere Heranziehung der Einkommensteuerpflichtigen (bis zu 75 Prozent der staatlichen Einkommensteuer statt bisher 50 Prozent) zu den Gemeindelasten ermöglichen soll. In diesen Tagen ist dem Landtag auch ein Entwurf über Erhebung eines Zuschlags zur Reichserbschaftssteuer zugegangen. Die Forderung für Schaffung einer Landespolizeizentrale, die im letzten Etat schon enthalten, wegen ihrer Bedrohung der Ortspolizei und damit eines der wichtigsten Gebiete der Selbstverwaltung stark angefochten worden war, hat jetzt als Nachtragsetat im Ausschuß eine starke Mehrheit gefunden.

Die von der Regierung in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Linderung der Notlage der Weingärtner werden zu parlamentarischen Kämpfen nicht führen. Dagegen werden wohl bei den übrigen wirtschaftlichen Fragen, die den Landtag beschäftigen werden, scharfe Gegensätze hervortreten, so bei der von der Sozialdemokratie in Aussicht gestellten Erörterung der Arbeitslosenfürsorge, bei der Regelung des Submissionswesens und der Besteuerung der Konsumvereine. In der Frage der Schiffbarmachung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn, bezw. Stuttgart-Eßlingen ist eine starke Bewegung der beteiligten Gemeinden und wirtschaftlichen Körperschaften entstanden zur beschleunigten Ausführung dieses für das Gedeihen unseres Wirtschaftskörpers entscheidenden Projekts, und diese Bewegung wird ihren Widerhall in der Kammer finden. Daß die sozialdemokratischen Anträge zur Wohnungsfürsorge, zur Einführung der Verhältniswahl für die Wahl des gesamten Landtags die Kammer noch beschäftigen werden, ist nicht wahrscheinlich; bis jetzt ist nur der Antrag der Sozialdemokratie auf möglichst baldige Aufhebung der Fahrkartensteuer im Ausschuß beraten und von ihm unter der Voraussetzung angenommen worden, daß der Ausfall ohne Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt wird. Die beiden Entwürfe über die Aufstellung des Etats und Einrichtung eines unabhängigen Rechnungshofs mußten bereits für eine spätere Tagung zurückgestellt werden.

So nötigen Art und Zahl der parlamentarischen Arbeiten zu einer sachlicheren und rascheren Erledigung, als sie in der vorigen Tagung wahrzunehmen war, und die Stärkung der Position des Liberalismus gibt ihm die Hoffnung, mehr Erfolg in der Erreichung seines Ziels zu haben, als das Stärkegefühl der Rechten ihm bisher ermöglicht hat.

Die Präsidiumsfrage in der württembergischen Abgeordnetenkammer.

K **Stuttgart**, 20. Jan. (Priv.-Tel.) In einem Artikel, der offenbar von führender Stelle der Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei stammt, rollt der „Beobachter" die Präsidentenfrage auf. Der Artikel weist auf die politische Bedeutung der Zusammensetzung der Zweiten Kammer hin und fährt dann fort: Die Stimmenmehrheit resp. Stimmengleichheit von damals besteht nicht mehr. Das Präsidium hat nicht mehr das Vertrauen einer Mehrheit, es hat sich vor formale Stütze, die bei einer parteipolitischen Präsidentenwahl, wie diejenige von 1913 eine gewesen ist, nicht als ausreichend zur Führung der Geschäfte erachtet wird. Es wird abzuwarten sein, welchen Standpunkt die Abgeordneten Kraut, Kiene und Keplaß der veränderten Lage gegenüber einnehmen und welche Erklärungen sie den anderen Parteien zu geben haben.

Militär- und Zivilgewalt.

K **Stuttgart**, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Ueber die neuerdings viel erörterte Frage, unter welchen Voraussetzungen die Militärbefehlshaber zur Unterdrückung innerer Unruhen befugt sind, teilt der „Staatsanzeiger" folgendes mit: Die Bestimmungen über die Verwendung des Militärs bei inneren Unruhen sind im Reiche keine einheitlichen. In Württemberg darf ein Einschreiten des Militärs nur nach vorangegangener Aufforderung der zuständigen Zivilbehörden erfolgen. Diese Vorschrift, die sich auf das württembergische Gesetz vom 28. August 1849 betreffend das Aufgebot der bewaffneten Macht gegen Zusammenrottungen und Aufruhr gründet, ist für alle in Württemberg bedienstete Offiziere — also auch für die hierher kommandierten Offiziere anderer Truppenkontingente — ausschließlich maßgebend.

Frankreich.

Clemenceau an den Abbé Lemire.

Abbé Lemire hat die Vizepräsidentschaft der Kammer niedergelegt und er wird wohl auch sein Mandat niederlegen müssen oder nicht mehr kandidieren dürfen, wenn er nicht exkommuniziert sein will. Das hat ihm der Senator Clemenceau schon im vergangenen Sommer vorausgesagt, als die Hetze gegen den Abbé begann. Damals entspann sich zwischen beiden eine in Clemenceaus Blatt „Homme libre", übrigens in aller Höflichkeit, geführte Polemik, in der Clemenceau behauptete, der Abbé werde zwischen seinen Pflichten als Priester und Katholik und seinen Rechten als Staatsbürger wählen müssen, denn beides lasse sich nicht vereinigen; der Abbé dagegen behauptete, es müsse ihm verstattet sein und man könne es ihm nicht wehren, zugleich guter Katholik und Republikaner zu sein. Aus dem ersten Artikel Clemenceaus heben wir einige Ausführungen hervor; nach ein paar Komplimenten an die Persönlichkeit und den Charakter Lemires fährt Clemenceau fort:

Ich habe Ihnen kürzlich eine Niederlage prophezeit. Als Sie das Wort hörten, sind Sie blaß geworden. Was ist es denn für ein Kampf, den Sie gegen Ihre Oberen und gegen Rom führen? Ich gestehe Ihnen offen, daß ich von den Einzelheiten nichts weiß. Man muß schon von der Soutane sein, um sich da auszukennen. Ich aber trage den häßlichen Frack. Gleichwohl sind wir beide nackt auf die Welt gekommen. Es ist schade, daß wir beide eigentlich nur durch die Kleiderfrage von einander getrennt sind. Von Ihrer Geschichte weiß ich nur, daß Sie tapfer sind, daß man nicht an Sie rühren darf, ohne Gefahr in dieser und in jener Welt zu laufen. Dennoch bezeuge ich Ihnen gerne, daß Sie nicht nach Schwefel riechen und meine Seele auch nicht durch einen mit Blut unterschriebenen Vertrag erkaufen wollen. Ich weiß auch, daß eines unserer frommen Blätter seinen Redakteuren untersagt hat, von Ihren Arbeiter-Gärten zu sprechen, weil schon der Gedanke, daß Sie einfachen Arbeitern Gärten verschafft haben, im höchsten Grade die schönen Damen verletzt, die ihren Anteil an der verbotenen Frucht nur in der Ehe nehmen. Ich weiß, daß Sie nicht die Achtung unseres Arthur Meyer besitzen, weil Sie aus der Provinz sind. Sie verletzen sein Schönheitsgefühl. Pfui! Ich weiß ferner, daß man Sie getadelt hat, weil Sie am hellen Tage in einem Restaurant mit zwei Wählern gefrühstückt haben, unter dem schlechten Vorwande, daß Sie Hunger hätten. Man kann doch nicht immer das Hotel „Anselme" mit sich führen! Ich weiß endlich, daß brave Leute, die Pfarrer sind wie Sie und die ebenso Sie lieben sollten wie ich, der ich, ohne Pfarrer zu sein, Ihnen ein Stück Sympathie zu widmen wage, von Ihnen wie von einem Verworfenen sich abkehren, indem sie Worte murmeln, die den Gehörnten bezwingen. Ich möchte wetten, daß sie, um ein Kleines, meine Gesellschaft der Ihrigen vorziehen würden.

Sie erinnern sich wohl des starken Wortes von Ludwig XIV., das die Pfalzgräfin berichtet. Der Herzog von Orleans ging nach Spanien, um der bekannten Hochzeit beizuwohnen. Als er Abschied vom König nahm, machte ihn Se. Majestät darauf aufmerksam, daß in seinem Gefolge sich ein Edelmann befinde, der als Jansenist bekannt sei und den er unmöglich in der Gesandtschaft mitnehmen könne. „Wo denken Sie hin?" erwiderte der Herzog. „Jansenist? Ganz unmöglich! Er ist ja Atheist!" — „In diesem Falle," antwortete der König, „können Sie ihn mitnehmen!" — Da Sie nicht die Entschuldigung dieses Edelmannes haben, scheint mir Ihr Fall weniger günstig zu liegen. Warum der ganze Lärm? Was haben Sie getan? Was haben Sie gesagt? Nichts, daß ich wüßte. Aber gerade das ist ernst. In Sachen des Glaubens, das anerkennt jedermann, sind Sie unfehlbar. Ihr größtes Unrecht scheint zu sein, daß Sie die Sakristeiblätter in die Lage versetzt haben, Sie zu beschimpfen. Warum haben Sie das getan? Verzeihen Sie mir, aber ich muß es Ihnen ganz offen sagen, mein armer Abbé, und ich habe den Mut, das Wort auszusprechen: Sie sind Republikaner. Das ist unbegreiflich. Wie sind Sie nur dazu gekommen?

Sie werden sich auf den Galiläer berufen, der zum Volke ging und seine Jünger Aehren rupfen ließ, was, noch schlimmer ist in den Augen des Feldhüters, als ins Wirtshaus zu gehen, um etwas zu essen. Aber das sind vergangene Zeiten. Und dann: der Galiläer und der Papst, das sind zwei. Sie werden mir von den Geistlichen sprechen, die an der Revolution mitgearbeitet haben. Aber sie wurden bald von ihren Bischöfen gepackt und es ist ihnen nicht gut bekommen. Sie werden mich an die Freiheitsbäume von 1848 erinnern, die von den Geistlichen gesegnet wurden. Sie starben daran — die Bäume nämlich, selbstverständlich. Ich habe im Namen des Abbé Fournier predigen hören, daß die Republik im Evangelium stehe. Nach dem 2. Dezember wurde er Bischof, und der Papst tadelte ihn nicht, das kann ich Ihnen versichern. Sie werden sich nicht auf Renan berufen, der in skandalöser Weise das Kleid wechselte, während seine Seele im tiefsten Grunde sich nicht veränderte. Was werden Sie nun sagen? Nichts. Das ist auch das Beste, was Sie tun können. Der Papst will nicht, daß Sie Abgeordneter sind. Nach der Kirchenlehre ist das seine Sache, nicht die Ihre. Bemerken Sie wohl, daß der Papst mir nichts dergleichen untersagt; er weiß wohl, warum. Sie gehören zu seiner Herde, mein Bruder! Er ist der Hirt, der mit seinem Krummstabe

---

Der erste Entwurf des „Nathan".

Von Dr. J. Heinemann (Frankfurt).

Die Entstehung des „Nathan" steht, wie bekannt, mit dem Streite zwischen Lessing und Göze in engem Zusammenhang. Lessing hatte die Zensurfreiheit, deren er sich als Bibliothekar in Wolfenbüttel erfreute, dazu benützt, nachgelassene Streitschriften des Hamburger Professors Reimarus gegen den Offenbarungsglauben und mehrere biblische Wundererzählungen anonym zu veröffentlichen. Daraufhin hatte sich das Haupt der lutherischen Orthodoxie, Hauptpastor Göze in Hamburg, nicht sowohl gegen die Angriffe des ungenannten Verfassers gewandt, als gegen deren Veröffentlichung durch Lessing und gegen dessen Begleitsätze, daß „der Buchstabe nicht der Geist und die Bibel nicht das Christentum sei". In einem heftigen Broschürenstreit versucht Lessing, die Schwächen des gegnerischen Standpunktes bloßzulegen — bis es seinen Feinden gelingt, ihm die Zensurfreiheit und damit die Möglichkeit offener Aussprache zu entziehen. Da entschließt er sich in einer Augustnacht 1778, „sich auf das Theater zu flüchten", in der Hoffnung, „man werde ihn von dieser seiner alten Kanzel ungestört predigen lassen". Der letzte „Antigöze" heißt „Nathan".

Trotzdem darf das Drama nicht lediglich als Produkt des Göze-Streites betrachtet werden. Denn der erste Entwurf ist älter; „die Polemik" hat nach des Dichters Worten dies Kind seines eintretenden Alters „entbinden helfen", nicht erzeugt. Dies zeigt z. B. ein Brief Lessings an seinen Bruder vom 7. September 1778: „Mein Nathan ist ein Stück, welches ich schon vor drei Jahren vollends aufs reine bringen und drucken lassen wollen". Danach sind also die zahlreichen Beziehungen auf den Göze-Streit von dem Dichter erst nachträglich in ein fast vollständig konzipiertes Stück eingeschoben, und es erhebt sich die Frage, wie der „Nathan" ursprünglich geplant war, wie also Lessing zu den Fragen nach der „Evidenz und Allgemeinheit" der Religionen poetisch Stellung nahm, ehe ihn die Polemik mit der lutherischen Orthodoxie in bestimmte Bahnen drängte. Mag es sich auch bei jenem Entwurf, goethisch gesprochen, um Konzeptionen, nicht um Konzepte, handeln — die Bedeutung des „Nathan" und seiner Probleme für Lessings Weltanschauung rechtfertigt gewiß die Betrachtung dieser Vorstufe des Dramas.

Glücklicherweise können wir der Untersuchung ein Szenar von der Hand des Dichters zu Grunde legen, dessen Abfassung nach der allgemeinen Annahme, die sich uns noch bestätigen wird, in das Jahr 1775, also in die Zeit vor dem Göze-Streit, fällt. Das Quartheft, welches außer diesem Szenar Bruchstücke des Dialogs und Notizen, meist aus dem November 1778, enthält, ist mehrfach abgedruckt worden, aber bis vor kurzem nie ohne Fehler und mit sorgfältiger Scheidung der alten Bestandteile von 1775 und der späteren Bemerkungen. Der Insel-Verlag hat sich durch die Herausgabe eines Faksimiles des Heftes mit genauer Transkription ein hohes Verdienst erworben (eines der zweihundert Exemplare befindet sich in der Bibliothek des Freien Deutschen Hochstifts in Frankfurt). Die Abweichungen in der Handlung zwischen dem Plane des Szenars und dem Drama erscheinen auf den ersten Blick nicht sehr beträchtlich und beschränken sich der Hauptsache nach auf zwei Punkte. Die Beziehungen des Tempelherrn zum Patriarchen sind andere: der Klosterbruder überbringt im ersten Aufzug keine bestimmten Aufträge, sondern nur eine Einladung ins Kloster, die der Ritter aber zur Freude des braven Bruders ausschlägt. Als indessen Nathan seine Werbung um Rahel (wie hier Recha heißt) nicht hat verstehen wollen, und Dinah (die spätere Daja) ihn über die Herkunft des Mädchens aufgeklärt hat, geht er dennoch hin. Der Patriarch verspricht ihm, den päpstlichen Dispens von seinem Gelübde und die Hand Rahels zu verschaffen, wenn er sich wieder ganz dem Dienste der Kreuzfahrer widmen wolle; Curd sieht, daß dies „auf Verräterei hinausläuft", und will versuchen, mit Saladins Hilfe zu seinem Ziel zu gelangen. Auch die Erkennung des Ritters als Bruder der Recha vollzieht sich anders. Der Auftritt zwischen Nathan und dem Klosterbruder fehlt; die ihn betreffende Notiz ist, wie die Numerierung zeigt, erst nachträglich ins Szenar eingeschoben; natürlich fehlt auch das Brevier, durch welches im Drama die Aufklärung herbeigeführt wird. Dagegen hilft hier der Tempelherr selbst dem Nathan auf den rechten Weg. Schon nach der ersten Begegnung mit Rahel erinnert er sich, „er habe eine solche himmlische Gestalt schon wo gesehen, eine solche Stimme schon wo gehört. Aber wo? Im Traum? Bilder des Traumes prägen sich so tief nicht ein." Als ihm nun Nathan, der hier wie im Drama den Sachverhalt ahnt, die Frage vorlegt, ob Rahel nicht seiner Mutter ähnlich sehe, sagt er: „Bei Gott, das wäre möglich. So ein Lächeln, so einen Blick habe ich mir wenigstens immer gedacht, wenn ich an meine Mutter dachte."

Aus diesen Abweichungen in der Handlung folgt zunächst noch nicht, daß der „Ur-Nathan" wesentlich verschieden von dem späteren Drama gedacht war. Daß indessen tiefergehende Unterschiede vorhanden sein müssen, zeigt die Entstehungsgeschichte des Dramas und auch Aeußerungen des Dichters (z. B. in einer Vorrede), aus denen hervorgeht, daß auf die „letzte Hand" der Göze-Streit von großem Einfluß gewesen ist. Wir werden also zu fragen haben, inwieweit die Tendenz des Dramas in seiner jetzigen Form und die Auffassung der Personen durch die Ereignisse von 1778 bestimmt erscheinen, und versuchen, die Abweichungen in der Handlung aus den veränderten Absichten des Dichters zu begreifen.

Die Erzählung des Decamerone, die Lessing oft als den Kern des Stückes bezeichnete, kennt nur Vertreter der positiven Religionen; von Freidenkern ist in ihr nicht die Rede. Auch in der Lessingschen Bearbeitung ist das nicht wesentlich anders; neben die drei Brüder tritt kein vierter, der ohne Ring und Vatersegen Anspruch auf den Vorrang im Hause oder auch nur auf Gleichberechtigung erhebt. Erwarten wir somit auch im Drama Vertreter der überlieferten Bekenntnisse zu treffen, die sich in wechselseitiger Duldung oder vielmehr vorurteilsfreier Liebe dem Richterworte gemäß zusammenfinden, so überzeugen wir uns bald, daß seine Helden in Wahrheit ein Bekenntnis hegen, wenn auch unter verschiedenen Namen: das deistische. In dem Glauben Nathans und des Tempelherrn duldet Saladin tatsächlich nur seinen eigenen. Nicht illustrierend, ergänzend tritt die Handlung der Ringparabel zur Seite: nicht die Duldung überlieferter Bekenntnisse verkündend, sondern die Anerkennung der Rechte der Deisten.

Und das ist nicht zu verwundern. Ohne jene Abweichung von dem durch Boccaccio nahegelegten Wege hätte das Drama nicht als Fortsetzung des Kampfes gegen Göze gelten können, ja den Gegnern fast noch Wasser auf die Mühle geleitet. Eben darüber hatte sich doch Reimarus in dem ersten der von Lessing herausgegebenen Fragmente beschwert, daß die positiven Religionen weit mehr Duldung und Freiheit genössen als der Standpunkt der „vernünftigen Verehrer Gottes". Die Berechtigung seiner Klage hatte sich bald erwiesen. Als Lessing Reimarus' Streitschriften herausgab, polemisierte Göze nicht etwa gegen einzelne Anschauungen des Verfassers (das wäre ja dem Herausgeber nur erwünscht gewesen), sondern er protestierte gegen die Herausgabe und gegen deren Begründung durch Lessing. Mag sich die Polemik gelegentlich in theologische Einzelheiten verlieren: die Kernfrage ist und bleibt doch die, ob auch einer abseits von den positiven Bekenntnissen stehenden Auffassung Achtung und Redefreiheit von Andersdenkenden zu gewähren ist. Zu dieser Kernfrage nimmt auch „Nathan" Stellung, indem er uns nach den eigenen Worten des Dichters Menschen vorführt, „die sich über alle geoffenbarte Religion hinweggesetzt und doch gute Leute gewesen" sind, und zwar in der Absicht, „derartige Leute in einem weniger abscheulichen Lichte vorzustellen, als in welchem der christliche Pöbel sie gemeiniglich erblickt". So wenig wie er einst Reimarus' Ansichten völlig geteilt oder gar Propaganda für sie hatte machen wollen, so wenig tritt er für die alleinige Berechtigung der deistischen Weltanschauung ein: es handelt sich um das Recht der Deisten auf volle Denk- und Redefreiheit, nicht um die wissenschaftliche Berechtigung des Deismus. Daher kann Lessing in der eben zitierten Vorrede mit Recht die Hoffnung auf die Zustimmung auch solcher Leser äußern, „die nicht jede geoffenbarte Religion, nicht jede ganz verwerfen": wer möchte einem Nathan die Duldung versagen, die dem Patriarchen gewährt wird?

Ist somit der Zusammenhang mit dem Göze-Streit erst durch die Umbildung der Hauptgestalten zu Deisten hergestellt worden, so liegt die Vermutung nahe, daß jene Umbildung von Lessing erst mit Rücksicht auf die Polemik in letzter Stunde vollzogen wurde, er ursprünglich also in Nathan, Templer und Saladin tatsächlich Vertreter ihrer Religionen hat schildern wollen. Und diese Vermutung bestätigt der erste Entwurf. Die Stellen des Stückes, in denen der Bruch der Helden mit ihren Bekenntnissen zum Ausdruck kommt, fehlen sämtlich und sind meist im Widerspruch zu den Angaben des Szenars eingefügt.

Der Tempelherr zeigt im Drama seine Abneigung gegen das Christentum nicht nur in Aeußerungen gegen Nathan, deren Fehlen im Szenar nicht viel beweist, sondern namentlich in seiner Bereitschaft, sein Zölibatsgelübde zu brechen, u. z. mit einer Jüdin. Was diesem Entschlusse entgegensteht, gilt ihm als unmännliches Vorurteil. Im Entwurf wird dagegen auf die Möglichkeit des Dispenses ausdrücklich hingewiesen; mag sich der Tempelherr zu seiner Erwirkung des Patriarchen bedienen oder nicht, wir sehen doch, daß seine Ehe nicht notwendig einen Bruch mit seinem Glauben bedeutet. Im Drama ist sie es; der Ritter darf daher dem Patriarchen seine Absichten nicht mitteilen, also auch nicht aus dessen Munde die schmählichen Aufträge hören, deren Erfüllung die Schafe auf Wege leitet, über die er ihnen keine Rechenschaft zu geben braucht. Haben Sie nicht schon beobachtet, daß die düsteren Geschöpfe niemals das letzte Wort haben? Warum reden Sie von „erworbenen Rechten"? Es gibt kein Recht irgendwelcher Art gegen den Willen des Stellvertreters der göttlichen Allmacht. Vielleicht erinnern Sie sich an den Eintritt Lacordaires in die Konstituante, der im weißen Kleide der verfolgungssüchtigen Dominikaner gesagt hat: „Ich bin eine Freiheit!" Der Unglückliche mußte seine Demission geben, ein Vorspiel des Vorgangs von heute, und unsre Freiheit hat bei dem Lärm nichts gewonnen. Uebrigens darf man dem Papst nichts erwidern. Einmal will er, ein andermal will er nicht, damit ist alles gesagt.

Ich fühle, daß ich Ihnen da sehr unangenehme Dinge sage. Meine Freundschaft entbindet mich aber nicht von der Pflicht, Ihnen zu sagen, was Sie wohl schon geahnt haben, daß nach meiner Meinung, also nach der Meinung eines Häretikers von gesundem Menschenverstand, zwischen dem Papst und Ihnen alle Gewalt des Verhängnisses, wozu es ein Platz zur Diskussion fehlt, gegen Sie ist. Weshalb ich Sie von ganzem Herzen bedaure. Sie wissen, daß Häretiker ursprünglich heißt: ein Mann, der wählt, also selbst denkt, statt sich den Gedanken anderer zu unterwerfen. Das kann kein Titel sein, der von Ihnen gewünscht wird; das begreife ich wohl. Trotzdem, wenn der Teufel im Abgrund seiner Hölle einfach sagt: „Hier ist es warm", so würden die Engel des Paradieses selbst gezwungen sein, anzuerkennen, daß die Bemerkung nicht ganz unbegründet ist. Ein Zugeständnis dieser Art wage ich von Ihnen zu erbitten, o grausam geprüfter Priester, wenn ich Ihnen zunächst meine besten Gefühle mitempfindender Menschlichkeit ausdrücke und Ihnen dann ganz leise sage: Sie müssen wählen zwischen dem Absolutismus und der Freiheit!

Abbé Lemire hat damals nicht gewählt. Er wird es wohl jetzt nun müssen.

Großbritannien.

Das gesunkene Unterseeboot.

Das Unglück des Unterseebootes A 7 erregt begreiflicherweise schmerzliches Aufsehen. Der Marinemitarbeiter der „Daily News" erklärt, die ganze A-Klasse der Unterseeboote sei veraltet. Von dieser Klasse sind, abgesehen von dem untergegangenen Boot A 7 noch die Boote A 5 bis A 13, die in den Jahren 1904/05 gebaut worden sind. In A 13 hat im letzten Jahre der Marineminister Churchill eine Fahrt gemacht. Der Korrespondent der „Daily News" rechnet aus, daß bei Unfällen der A-Klasse bereits 40 Menschen ihr Leben verloren und er zählt nacheinander 5 Unglücksfälle auf, von denen diese Schiffe betroffen worden sind. Sie werden jetzt zur Ausbildung benutzt, und der Gewährsmann des Blattes gibt dazu die bittere Erläuterung, daß die unerfahrenen Mannschaften auf die ältesten Fahrzeuge gesetzt werden. Im kommenden Jahr sollten, wie in der „Times" ausgeführt wird, die noch übrigen Schiffe dieses veralteten Typs von der Liste der kampffähigen Schiffe gestrichen werden.

Die Vieh- und Obstbaumzählung in Preußen.

Die vorläufigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 gestatten für Preußen (ebenso wie die schon veröffentlichten Ziffern anderer Bundesstaaten) nach dem verhängnisvollen Rückgang der Viehhaltung im Jahre vorher jetzt wieder eine stellenweise beträchtliche Besserung.

Der Rindviehbestand ist um 391 324 Stück gleich 3.30 Prozent gestiegen und übersteigt nun auch wieder etwas — um 168 331 Stück — den bisher höchsten Stand vom Jahre 1908, unter den die Bestände der vier letzten Jahre erheblich heruntergegangen waren. Von einer Vermehrung, die auch nur annähernd mit derjenigen der Bevölkerung gleichen Schritt hielte, ist allerdings beim Rindviehbestand in keiner Weise die Rede. Erfreulicherweise aber ist diesmal wenigstens die Vermehrung des Schweinebestandes in raschem Tempo eingetreten, nachdem im Jahre 1912 die akute Verschärfung der Fleischnot gerade dadurch verursacht worden ist, daß zu der unbefriedigenden Entwicklung der Rindviehhaltung auch noch eine heftige Verminderung der Schweinebestände kam. Der Schweinebestand, der 1912 um 1 787 116 Stück gefallen war, ist diesmal um 2 538 599 Stück gleich 16.40 Prozent gestiegen und erreicht damit eine Höhe, die auch den bisherigen Höchststand von 1911 noch um 769 483 Stück übertrifft. Die Entwicklung zeigt die nachstehende Tabelle:

im Jahre	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
1873 (10. Januar)	2 282 435	8 639 514	19 666 794	4 294 926
1883 (10. „)	2 417 367	8 737 641	14 752 328	5 819 136
1892 (1. Dezember)	2 653 661	9 871 521	10 109 594	7 725 601
1897 (1. „)	2 808 419	10 552 672	7 859 086	9 390 231
1900 (1. „)	2 923 631	10 867 872	7 001 518	10 960 921
1902 (1. „)	2 927 484	10 409 789	[illegible]	[illegible]
1904 (1. „)	2 964 408	11 156 193	[illegible]	[illegible]
1906 (1. „)	3 018 443	11 646 908	5 436 053	15 353 609
1907 (1. „)	3 046 304	12 011 584	[illegible]	[illegible]
1908 (1. „)	3 062 865	12 068 073	[illegible]	[illegible]
1909 (1. „)	3 077 991	11 763 161	[illegible]	14 172 367
1910 (1. „)	3 128 585	11 592 521	[illegible]	[illegible]
1911 (1. „)	3 171 574	11 662 234	[illegible]	17 244 853
1912 (1. „)	3 196 270	11 866 076	[illegible]	15 457 739
1913 (1. „)	3 256 257	12 257 400	[illegible]	18 014 338

Sehr interessant ist, daß auch in diesem Jahre der Großgrundbesitz an dieser Vermehrung der Viehhaltung einen weit unter Durchschnitt bleibenden Anteil hat. In den Gutsbezirken nämlich konnten nur 24 002 Rinder mehr gezählt werden, absolut weniger als in den Städten, wo es 24 536 mehr waren, während in den Landgemeinden 342 786 mehr hinzukamen; so ergibt sich in den Gutsbezirken ein Plus von 1.26 Prozent (auf 1 924 873), bei den Landgemeinden ein Plus von 3.65 Prozent (auf 9 732 051) und bei den Städten ein Plus von 4.26 Prozent (auf 600 479). Noch krasser ist das bei den Schweinen. Ihr Bestand wuchs in den Gutsbezirken nur um 9.15 Prozent auf 1 882 632 Stück, dagegen in den Landgemeinden um 17.06 Prozent auf 14 614 131 und in den Städten sogar um 19.80 Prozent auf 1 517 515 Stück. Daß der Zuwachs bei den beiden Hauptnahrungstieren in den Städten am größten und in den Gutsbezirken am kleinsten ist, verdient alle Beachtung; geht das noch ein paar Jahre so weiter, so wird in den Städten die Schweinehaltung größer sein als in den Gutsbezirken!

In Bezug auf die Obstversorgung besteht diese Inferiorität des Großgrundbesitzes schon lange, sie ist aber neuerdings noch gewaltig gewachsen. Die Zählung für 1913 ergab nämlich auf den Gutsbezirken 9 315 848 Obstbäume, das sind nur 48 484 oder 0.52 Prozent mehr als bei der letzten Zählung im Jahre 1900. Dagegen ist in den Landgemeinden die Zahl der Obstbäume von 1900 um 12 453 864 Stück gleich 18.07 Prozent auf 81 374 140 gewachsen. Und bei den Städten ist die Vermehrung relativ sogar noch sehr viel stärker, nämlich 33.44 Prozent; es sind jetzt dort 4 080 086 mehr als 1900, nämlich 16 280 880. Im ganzen Preußen ist von 1900 bis 1913 die Zahl der Obstbäume um 18.35 Prozent gleich 16.58 Millionen gestiegen; es sind diesmal 106 270 868 Stück gezählt worden.

Deutsches Reich.

Der Arbeitsmarkt.

Nach vorläufiger Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amts im „Reichs- und Staatsanzeiger" auf Grund der Berichte für das „Reichsarbeitsblatt" zeigt die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Dezember gegenüber dem Vormonat und dem gleichen Monat des Vorjahres eine weitere Verschlechterung.

Nach den Berichten von 15 größeren Arbeiterfachverbänden mit zusammen 1,72 Million Mitgliedern waren Ende Dezember 79 345 oder 4,7 v. H. der Mitglieder arbeitslos gegenüber 3,1 v. H. Ende November 1913. Die alljährlich von Ende November auf Ende Dezember steigende Arbeitslosigkeit erreichte in diesem Jahre einen besonders hohen Stand und übertraf sogar die des Dezember in dem Krisenjahre 1908 (4,4 v. H.). Von November bis Dezember 1912 war die Verhältniszahl der Arbeitslosen von 1,8 auf 2,9 v. H. gestiegen. Bei 238 öffentlichen Arbeitsnachweisen mit 104 684 Vermittlungen kamen im Dezember auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 214, bei den weiblichen 120 Arbeitsgesuche. Die entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 219 und 143. Hiernach hätte der Andrang männlicher wie weiblicher Arbeitsuchenden etwas abgenommen, was zum Teil auf die zahlreicheren Einstellungen zur Bewältigung der Weihnachtsarbeiten zurückzuführen ist. Die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarktes im Dezember lauten verschieden. Ueberwiegend günstig, wenn auch von Verschlechterung betroffen, sind danach die Verhältnisse im Kohlenbergbau mit Ausnahme des Ruhrkohlenmarktes und teilweise des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues, ferner im Erzbergbau sowie in der Kali-, der Maschinen- und der elektrischen Industrie. Ueber Verschlechterung klagen die Berichte namentlich aus der Roheisenerzeugung, deren Ausbeute allerdings nach Mitteilung des Vereins deutscher Eisenindustrieller von 1 587 288 Tonnen im November auf 1 609 680 Tonnen im Dezember 1913 stieg und auch der des Vorjahres im Dezember (1 566 025 Tonnen) überlegen war, ferner die Berichte über die Stahlwerke (der Gesamtversand blieb mit 457 472 Tonnen Rohstahlgewicht um 4733 Tonnen hinter dem des November zurück) und die Textilindustrie. Auch die mit dem Baugewerbe, das auch im Berichtsmonat vollständig darniederlag, zusammenhängenden Gewerbe, wie Holz-, Glasindustrie usw., klagen über ungenügende Beschäftigung. Verschlechterung gegen das Vorjahr berichten nahezu sämtliche Industrien, namentlich der Ruhrkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, die Textil-, die Holzindustrie und das Baugewerbe. Von 323 Firmen ist der Arbeiterzahl angegeben und zwar mit 411 703 zu Ende Dezember 1913 gegen 402 879 zu Ende Dezember 1912. Es ist also eine Vermehrung um 2,19 v. H. eingetreten, während für den November eine solche gegenüber dem Vorjahr um 1,21 v. H. und für den Oktober eine solche von 2,83 v. H. zu verzeichnen war. Die Steigerung hat also gegenüber dem Vormonat an Umfang gewonnen, wenn sie auch noch hinter der des Oktobers zurückbleibt. An der Erhöhung sind mit erheblichen Anteilsätzen nur die chemische Industrie (+ 9.58 v. H.) und die Maschinenindustrie (+ 3.65 v. H.) beteiligt. Auf den Bergbau und das Hüttenwesen entfällt die geringe Zunahme von 1.95 v. H. Auch die Eisen- und Metallindustrie und das sonstige Gewerbe weisen in der Beschäftigtenziffer etwas erhöhen (+ 0,82 bezw. + 0,59 v. H.).

§ Mannheim. Der schon kurz erwähnte Jahresbericht der hiesigen Handelskammer führt aus, daß dem süddeutschen Handelsbrenner als noch einigermaßen lukrativ und entwicklungsfähig nur die Herstellung von Edelbranntwein aus Kirschen, Zwetschen, Heidelbeeren und anderen Obstsorten sowie die Brennerei von Wein und Weinrückständen bleibt. Die Kirschenernte war fast Null, Zwetschen waren ziemlich teuer; der Ausfall lasse sich nicht ersetzen, denn reichere Obsternten können nicht ausgenützt werden, da der Brenner auf sein noch dazu ständig der Einschränkung unterworfenes Kontingent angewiesen bleibt. Wolle er es überschreiten, so seien die Steuerzuschläge so hoch, daß er nicht mehr wettbewerbsfähig bleibe. Der Bericht betont die dringende Notwendigkeit einer Aenderung des Branntweinsteuergesetzes. Wenn die Spirituszentrale trotz der diesmal reichen Kartoffelernte die exorbitant hohen Spirituspreise in rigoroser Weise behauptet, so sollte die Regierung dieser Ausbeutung durch Erhöhung des Kontingents entgegenwirken. In chemisch-pharmazeutischen Artikeln war der Geschäftsgang ebenso befriedigend wie im Jahr zuvor. Erzeugung und Absatz erhöhten sich in zahlreichen Artikeln noch weiter. Der Geschäftsgang in Düngemitteln befriedigte weniger.

Deutscher Reichstag.

195. Sitzung.

N Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.)

Der Präsident bittet um die Ermächtigung, dem Kaiser zum Geburtstag die Wünsche des Hauses aussprechen zu dürfen. Die Ermächtigung wird erteilt.

Abg. Erzberger fragt an: Am 28. November 1913 ist zu Berlin eine

„Vereinigung Berliner Schutzmänner"

gegründet worden mit den satzungsgemäßen Zwecke: Pflege königstreuer Gesinnung, Pflege der Kameradschaft und Geselligkeit, Förderung des Standesansehens, Ehrung unserer Jubilare, Erinnerung der letzten Ehre für die verstorbenen Kameraden, Hilfe für Witwen und Waisen. Die Behandlung politischer und dienstlicher Angelegenheiten war satzungsgemäß grundsätzlich ausgeschlossen." — Am 2. Dezember 1913 erließ der Berliner Polizeipräsident hierauf folgenden Tagesbefehl: „Am 28. November haben verschiedene Versammlungen von Schutzleuten stattgefunden, in denen eine „Vereinigung Berliner Schutzmänner" gegründet worden ist. Ich verbiete sämtlichen Beamten der Schutzmannschaft im landespolizeilichen Bezirk Berlin Einladungen zu solchen Versammlungen zu erlassen, aber sich an derartigen Versammlungen zu beteiligen. Verfügung vom 2. Dezember 1913. Gez. v. Jagow." — Auf das am 8. Dezember 1913 eingereichte Gesuch um Genehmigung der Vereinsgründung erfolgte am 24. Dezember der Bescheid: „Die Genehmigung zur Gründung der „Vereinigung Berliner Schutzmänner" wird nicht erteilt. Gez. v. Jagow. Gründe der Versagung der Genehmigung sind nicht angegeben und aus dem satzungsgemäßen Zweck der geplanten Vereinigung gewiß nicht zu entnehmen. Bereits unterm 10. Dezember wurde der Vorsitzende der Vereinigung unter schwerer Schädigung seiner persönlichen Interessen gegen seinen Wunsch nach Jabrze versetzt. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der im Reichsvereinsgesetz auch den Berliner Schutzmännern garantierten Vereinsfreiheit gegenüber diesen Maßnahmen preußischer Behörden Geltung zu verschaffen?

Ministerialdirektor Lewald: Es handelt sich um eine Angelegenheit, die ihrer Natur nach nicht dem Vereins-, sondern dem Beamtenrecht angehört. Ich verweise auf die derzeitigen Ausführungen des Staatssekretärs. Auch die Reichstagskommission hat das seinerzeit anerkannt. Unter diesen Umständen sieht die Reichsleitung keinen Anlaß zu irgend welchem Einschreiten.

Zur Ergänzung der Anfrage fragt **Abg. Erzberger:** Der seinerzeitige Staatssekretär und jetzige Reichskanzler hat aber damals gesagt, die Beamten sollten in ihrem Vereinsrecht nicht angetastet werden. Daraufhin haben sich die Reichstagsabgeordneten beruhigt. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um den unhaltbaren Zustand zu beseitigen.

Ministerialdirektor Lewald: Ich empfehle, diese Frage bei den zweiten Etatberatungen zur Sprache zu bringen. Ich habe meinen Auftrag hier erledigt. (Zurufe und Gelächter.)

Es folgt die Fortsetzung der

Etatberatung des Reichsamts des Innern.

Abg. Kräig (Soz.): Die Rede des Herrn v. Gräfe war ein lehrreicher Anschauungsunterricht für uns. Die Sozialpolitik der Konservativen ist Reaktion. Herr v. Heydebrand erwartet vergeblich die Revolution. Wir werden den herrschenden Klassen nicht die Bolschewiker für die Arbeitergesetze liefern. In der schlesischen Weberindustrie werden Strafen über die Arbeiter verhängt, die ungesetzlich sind. Die Arbeiterschutzvorschriften stehen hier nur auf dem Papier. Das Strafrecht der Unternehmer wird dazu benutzt, die Arbeiter in die gelben Vereine zu pressen, deren Angehörige man nicht bestraft. Ein Unrecht, daß der Arbeiter einfach als Arbeiter in den Werken Schlesiens gemacht. Gegen die Arbeiter dagegen einschreiten könnten. Nicht die Sozialpolitik verteuert die Produktion, sondern die Verteuerung der Rohstoffe tut das. Wir sind der Meinung, daß die Junker nicht ein verderbendes, sondern ein

fressendes Inventar der Volkswirtschaft

sind, weil sie durch die Schutzzölle verteuernd wirken. Wir werden bei späterer Gelegenheit noch in konzentrierter Form diese Frage vorbringen. (Große Heiterkeit.) In der Landwirtschaft fehlt die gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses. Viele Arbeiter würden gerne in die Landwirtschaft gehen, wenn die Arbeiterverhältnisse rechtlich besser geregelt wären, als es in den 44 Gesindeordnungen der Fall ist. Schwangere Personen werden einfach auf die Straße gesetzt. Man verlangt von den Landarbeitern hohe Kautionen. Das ist eine Schamlosigkeit sondergleichen. Selbst sehr nationale Zeitungen haben anerkannt, daß deutsche Bauernsöhne und Gutsinspektoren unter den schlechten Bedingungen großen sittlichen Verwüstungen anrichten. Auf dem Dominium geht man mit den Arbeitern um, wie mit dem Vieh! Die Gutsdörfer beuten die Arbeiter aus. Die Gutswohnungen sind alles andere als gute Wohnungen und sind Herde der Seuchenverbreitung. Die ledigen Landarbeiter sind auf das schmählichste untergebracht. Das Säuglingssterblichkeit ist angeht, so stehen wir in manchen Bezirken noch hinter Rußland zurück. Die Altersgrenze kommt mit 70 Jahren für den Landarbeiter fast nie. Sie müßte mit 60 Jahren kommen. (Sehr richtig! links.) Wir Sozialdemokraten sind unschuldig an diesem System. Unsere Anträge für die Landarbeiter sind stets abgelehnt worden. Deutschland ist ein Agrarstaat. Um das Anhaben schuldig, diesen Zuständen ein Ende zu machen. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich habe 197 Einzelfragen bearbeiten lassen und selbst durchgearbeitet zur Vorbereitung meines Etats, von denen ich mit Rücksicht auf die hier zur Sprache gekommenen Dinge und mit Rücksicht auf die Presse annahm, daß sie hier zur Sprache kommen könnten. Ich führe das wieder an in der Hoffnung, daß Sie daraus entnehmen möchten, wie unbegründet der Vorwurf ist, wir gäben uns nicht die geringste Mühe, auf Wünsche und Anfragen des Hauses einzugehen. Ich will nicht diese 197 Fragen — es sind noch etwa 20 mehr geworden (große Heiterkeit) — einzeln erörtern. Alle Resolutionen des Reichstages kann man nicht mit Denkschriften beantworten, vor allem nicht in den Fällen, die noch nicht spruchreif sind. Von den früher aktuellen Fragen ist ein großer Teil hier schon erledigt und gestreift worden. Wenn ich hier versuche, den roten Faden zu entwerfen, der durch alle diese Reden hindurchgeht, so führt er im wesentlichen zu zwei Fragen: Was wird mit unserer Sozial- und was wird mit unserer Wirtschaftspolitik? Unter allgemeinen Gesichtspunkten will ich beide Fragen hier erörtern und behalte mir vor, auf die zahlreichen Einzelfragen noch einzugehen. Auch zum Thema der Mittelstandspolitik behalte ich mir vor, in besonderer Rede zu sprechen. Wir haben mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in unserer

sozialpolitischen Gesetzgebung einen gewissen Abschluß

erreicht. (Zuruf: Donnerwetter!) Die Ausführung dieser neuen Bestimmungen ist noch nicht abgeschlossen, und vorher werden wir neue Fragen nicht in Angriff nehmen können. Wir müssen uns klar sein, daß wir mit der Ausdehnung der Krankenversicherung annähernd bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen sind. Das ist nicht auf Grund oberflächlicher Vorbetrachtungen geschehen; denn gerade dieser Teil ist so sorgfältig vorbereitet worden wie kaum einer vorher. Daß die Ausführung des Gesetzes mit Schwierigkeiten verbunden sein wird, haben wir von Anfang an gewußt. Aber mit solchen Schwierigkeiten war bisher bei der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung zu rechnen müssen. In der Reichsversicherungsordnung ist ferner die Selbstverwaltung durch die Einrichtung der Versicherungsämter erheblich ausgedehnt worden. Der gesamte Verwaltungskörper wird durch diese Weise mit sozialpolitischen Ideen durchsetzt. Dazu kommt die Fürsorge für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Auch auf diesem Gebiete sind große Fortschritte zu verzeichnen. Die Polizeibehörden haben die weitestgehenden Befugnisse, einzuschreiten, nach dem das Reichsgesundheitsamt mit der Kommission für Arbeiterstatistik allgemeine Grundsätze für die einzelnen Gewerbebetriebe vereinbart hat. Wir können jetzt überall eingreifen, wo eine generelle Regelung sich verbietet. Wir verfügen jetzt über einen gut vorgebildeten Beamtenpersonal, und das ist wichtiger als die Zahl der neuen Gesetze. Der Abg. Hitze hat eine Sammlung von Material über die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangt. Wir sind dabei, dieser Anregung nachzukommen. Die Schwierigkeiten der sozialpolitischen Gesetzgebung liegen auf dem Gebiete des

Koalitionsrechtes.

Die Koalition beherrscht unser ganzes öffentliches Leben. Sie hat ihre wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen sich unsere Volkswirtschaft in der kurzen wissenschaftlich und praktisch aufgebaut hat, erhalten. In dieses Koalitionsrecht greift das Syndikatsgesetz ein, die Kaligesetzgebung, die Verstaatlichung des Bergbaues und vieles andere. Alle diese Fragen haben Reichstag und die Verwaltung noch lange beschäftigen. Die Auffassung der verbündeten Regierungen über das Koalitionsrecht der Arbeiter habe ich früher eingehend dargelegt. Ich habe keine Veranlassung, daran etwas zu ändern. Der Abg. Doormann hat gefragt, ob wir nicht zu einer gesetzlichen Regelung des Tarifvertrages gekommen seien. Die Voraussetzung dafür wäre zunächst eine Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Das setzt also voraus, daß wir uns, Regierungen und Parlamenten über das Recht, das den Vereinen Freiheit läßt, ihre wirtschaftlichen Ziele zu erfüllen, daß die Durchführung der eingegangenen Verträge sicher stellt und den Staat das Recht gibt, einen Mißbrauch zum Schaden der Einzelnen und des Ganzen zu verhindern. Wir müssen versuchen, dieses Problem zu lösen. Es beschäftigt zur Zeit alle Kulturstaaten der Welt, aber noch keiner hat es lösen können. Wenn wir in der Lage sind, die darüber zu machenden Denkschriften vorzulegen, werden wir vielleicht der Lösung näher kommen. Mit dieser Tarifvertragsfrage hängt zusammen die Frage des

Reichseinigungsamtes.

Ein solches hat nur dann einen Zweck, wenn wir einen Verhandlungszwang haben und seine Entscheidungen vollstrecken können. Andernfalls müssen wir uns beschränken, es bei Anrufe der Beteiligten paritätische Schiedsgerichte zu berufen. Deren Erfolg hängt von dem Vertrauen ab, welches die beiden Teile den zu berufenden Personen entgegenbringen. Typisch auf diesem Gebiet ist die Krankenkassenfrage. Es scheint, daß es gelungen ist, hier im Wege des Vertrages von Organisation zu Organisation eine Aufgabe zu lösen, wo die Gesetzgebung bisher versagt hat. Charakteristisch ist, daß die Entscheidung über alle Streitfragen in die Entscheidung von paritätischen Schiedsgerichten gelegt ist. Ich halte das, abgesehen davon, daß es mir gelungen ist, diese Verständigung herbeizuführen und dadurch großes Unheil abzuwenden (Bravo!) für bedeutsam für die allgemeine Würdigung der Bedeutung eines festen Vertragsverhältnisses. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir auf diesem Gebiete gedankenlos treiben zu lassen. Ein gebildeter und wirtschaftlich gut gestellter Arbeiterstand ist eine feste Stütze unserer Volkswirtschaft. Unser

verständnisvoller Sozialpolitik

verstehe ich eine, die dem Arbeiter nicht gibt, was ihm zukommt, sondern auch dem Arbeitgeber, nämlich wirtschaftlichen und moralischen Ellbogenfreiheit, die er in Zukunft nicht haben müssen, wenn wir unsere Stellung in der Welt behaupten wollen. Eine verständige Sozialpolitik muß in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen bleiben und im Einklang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es ist Pflicht der Regierung, die Dinge anders anzusehen, als Sie (zu den Sozialdemokraten), weil wir nicht nach den Wünschen einer einzelnen Partei zu richten haben. (Lebhafter Beifall und Zurufe.) Ob Sie mich Knecht der Unternehmer nennen, ist mir gleichgültig, das wird mich nicht abhalten, das zu tun, was ich für meine Pflicht halte. (Lebhafter Beifall.) Alles, was wir für die Arbeiter getan haben, ist von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) bekämpft worden. Redner gibt einige statistische Ziffern über die Entwicklung unserer Volkswirtschaft im Vergleich zu der des Auslandes. Unser Außenhandel steht dem englischen nur noch um 16 Prozent nach. Redner schildert weiter die Steigerung unserer inneren Produktion, des Güterverkehrs und der Kapitalskraft, des Einkommens im Vergleich zur Bevölkerungszahl und der Sparkassenguthaben. Im Jahre 1911 haben wir einige Sorgen wegen unserer

finanziellen Kriegsbereitschaft

gehabt. Die damaligen Sorgen sind abgelöst worden durch die Balkanunruhen. Aber am Schluß dieser 2½jährigen fortgesetzten Unruhen ist unsere finanzielle Kriegsbereitschaft stärker geworden als bisher. Das ist ein erfreuliches Zeichen für

---

als Gegendienst für die Bemühungen des Pfaffen gedacht war. Er muß vielmehr den Klosterbruder damit beauftragen, sie auszurichten; dadurch gewinnt dessen erstes Auftreten an Sinn und Bedeutung; nur hat man mit Recht gefragt, warum ein so schlauer Mensch wie der Patriarch, sich ein so ungeeignetes Werkzeug wählt und wieso Daja als fromme Christin die Heiratsabsichten eines Ordensmannes so unbedenklich fördert.

Noch wichtiger ist die Umwandlung in der Auffassung Nathans. Noch in den handschriftlichen Zusätzen zum Szenar denkt er nicht daran, die Scheidewand zwischen sich und seinem Volke zu ziehen, das der Templer „verachten mag, so viel er will": dem „Schatzmeister des Sultans" (also Al Hafi) sagt er, „laß meinen Wert auch für den Wert meines Volkes gelten" (I 3). Natürlich ist er kein Fanatiker; aber man beachte die ursprüngliche Begründung: „So hatte ich in meiner Jugend einen Freund unter den Christen; um ihn liebe ich die Christen; so bittere Klagen ich auch über sie zu führen hätte." Indem also dieser Nathan als Jude die Christen liebt, folgt er der Lehre seines Richters und bewährt durch herzliche Verträglichkeit die Kraft seines Ringes. Ganz anders der Nathan des Dramas: ein Deist, der nicht Christen, sondern nur Menschen kennt und liebt, und die Pflicht zu solch unterschiedsloser Liebe nicht seinem Glauben entnommen, sondern in schwerem Ringen vernunftgemäß erfaßt hat. Wenn er sich in der furchtbarsten Stunde seines Lebens mahnt, „zu üben, was du längst begriffen hast, was sicherlich zu üben schwerer nicht als zu begreifen ist", so gibt er uns einen tiefen Einblick in die Schwere dieser Seelenkämpfe. Und dieser für Nathans Verständnis wichtigste, weil seinen Bruch mit überlieferten Anschauungen berichtende Auftritt fehlt ursprünglich im Szenar. Um Nathans Erzählung besser zu motivieren, machte der Dichter den Klosterbruder zum ehemaligen Diener des Herrn v. Filneck und ermöglichte dadurch die genaue Bestimmung der Verwandtschaften mit Hilfe des Breviers; die Ahnungen des Tempelherrn konnten jetzt gestrichen werden.

Nathans grundsätzlichem Standpunkt entsprechend mußte sein Verfahren bei Rechas Erziehung dargestellt werden. Von Nathan dem Juden konnte im Szenar Saladin annehmen, daß er Recha „als seine Tochter und folglich als Jüdin" erzogen habe: er gibt sich zufrieden, als sich herausstellt, daß er „keine Jüdin aus einer Christin habe machen wollen und daß das Mädchen von den geoffenbarten Religionen kaum die Namen kennt". Die Recha des Dramas ist dagegen nicht in Unkenntnis, sondern in bewußtem Gegensatze zu positiven Bekenntnissen erzogen. Sie hat von Gott „nicht mehr noch weniger gelernt, als der Vernunft genügt"; und so gern es Nathan auch sieht, daß sie von den Glaubenshelden aller Bekenntnisse hört, um sie so vor zu bestimmter Parteinahme für eines derselben zu bewahren so wacht er doch ebenso liebevoll wie schonungslos darüber, daß nicht das Unkraut einer Schwärmerei den reinen Weizen seiner Anschauungen ersticke. Eine Probe gibt die Heilung von dem Glauben an den Engel im ersten Aufzug; wieder ist es bezeichnend, daß sie im Gegensatz zum Szenar eingefügt ist, wo Rahel bei Nathans Ankunft „nur ihren Retter zu sehen verlangt". Daß Nathans Erziehung Früchte trägt, ist begreiflich; Recha lehnt nicht nur Dajas engherzigen Konfessionalismus ab und zeigt vor der Bekanntschaft mit dem Tempelherrn Neugier, ob dieser etwa deren Standpunkt teilt; sie bestreitet auch — im Sinne der Lehre Nathans von den „echten" Wundern — den überlieferten Begriff der Offenbarung: wo Moses stand, stand er vor Gott.

Ob die kleinen Züge, die Saladins Gegensatz zum Islam zeigen — Billigung der Mischehe, Verwendung von Figuren beim Schachspiel — gleichfalls erst nachträglich im Widerspruch zur ursprünglichen Absicht des Dichters eingefügt sind, läßt sich nicht entscheiden.

Jedenfalls ist der Plan des „Ur-Nathan" deutlich. Das Stück war als eine vertiefte Fortsetzung des Jugendstückes „Die Juden" gedacht, in dem ebenfalls ein edler Mann jüdischen Glaubens Christen das Leben rettet und Ueberwindung des Vorurteils gegen sein „mehr verachtetes als verächtliches Volk" lehrt. Auch hier stehen Juden und Christen innerlich auf dem Standpunkte ihres Glaubens, sodaß die Mischehe als ausgeschlossen gilt: hat doch Lessing gläubige Gesinnung und Unduldsamkeit nie identifiziert und im „Freigeist" sogar dem atheistischen Fanatiker den duldsamen Geistlichen gegenübergestellt. Und die Lehre, daß gerade der seinen Eltern unbedingt Vertrauende denselben Autoritätsglauben, wie er ihn besitzt, auch beim Andersgläubigen schätzen und mindestens dulden, also gerade weil er gläubig ist, auch tolerant sein muß, klingt in der Ringfabel, dem Kern des Stückes, deutlich wider. Aber im Drama kann weder den Sprecher noch den Hörer dieser Schluß binden: seinen Vätern glaubt weder Saladin noch Nathan. Die Menschenliebe, wie beide sie üben, schöpfen sie nicht aus geschichtlicher Ueberlieferung, aber auch nicht aus dem naiven Gefühl, aus dem Rousseau sie herleiten mochte, sondern ausschließlich aus der Vernunft. Zu ihren Höhen hat sich Nathan in schweren Stunden emporgerungen; sie zügelt die glühende Leidenschaftlichkeit seines Temperaments, ohne sie zu ersticken, noch fühlt er Kraft, zum Märtyrer zu werden — aber nur „wenn's nötig ist und nützt". Wo die Vernunft nicht gebietet, herrscht die „Schwärmerei", die böse oder die gute. Gewiß ist ein Unterschied zwischen der „liebenswürdigen Schwärmerin" Recha oder dem Tempelherrn, der leicht „an beiden Enden schwärmt", und den „frommen Schwärmerinnen" wie Daja oder gar „den Schwärmern des Pöbels" mit dem Patriarchen an der Spitze, der der Vernunft ihren Anspruch auf Geltung auf geistlichem Gebiete versagt. Aber auch der harmlosesten Schwärmerei hält Nathan entgegen, daß gut handeln schwerer und wertvoller ist als andächtig schwärmen. Mit diesem aus des Dichters tiefstem Wesen geflossenen Grundsatz tritt Lessing Reimarus zur Seite, dessen theologischen Standpunkt er gewiß in wichtigen Fragen nicht teilt, dem er aber begeistert zustimmt in dem Glauben an die alles erleuchtende und ebnende Macht der Vernunft und einer aus ihr geflossenen Sittlichkeit.

So ist aus der Dichtung durch die Umarbeitung etwas anderes geworden als ein Drama der Toleranz in weitestem Sinne: sie ist der tiefste poetische Ausdruck der Weltanschauung des Dichters, zugleich aber auch dasjenige Drama, das den Glauben des 18. Jahrhunderts an die Vernunft als den einzigen Quell alles Guten und Edlen am reinsten — weit reiner als „Carlos" und „Iphigenie" — zum Ausdruck bringt. In dieser Stellung des Dramas als des Dramas des Rationalismus liegt zugleich seine historische Bedingtheit und seine unvergängliche Bedeutung.

Die Goethe-Sammlung Kippenberg.

Von **Eugen Wolff** (Kiel).

Der Verlagsbuchhändler Dr. Anton Kippenberg in Leipzig veröffentlicht soeben im Insel-Verlag den Katalog seiner Goethe-Sammlung („Katalog der Sammlung Kippenberg: Goethe, Faust, Alt-Weimar"). Der künstlerisch ausgeführte Band weist über 3900 Nummern auf; auf 73 Tafeln sind die wertvollsten und interessantesten Stücke reproduziert. Unsere Bewunderung für die Umsicht und Opferwilligkeit Kippenbergs wächst, wenn wir erfahren, daß seine eigentliche Sammeltätigkeit erst 1896 begonnen hat. Jetzt bietet er unter Mitarbeit von Dr. Fritz Adolf Hünich eine sachkundige Beschreibung seiner Schätze. Die meisten Bilder und zahlreiche Bücher sieht man hier zum ersten Mal verzeichnet. So ergeben sich eine Fülle wissenschaftlicher Aufschlüsse. Die Sammlung greift tief in das Leben und Wirken des Dichters hinein, und geht weitblickend all seinen Beziehungen nach.

Blättern wir in dem Katalogwerk zunächst die Tafeln durch, so fallen uns eine Reihe von Prachtstücken auf. Zuerst Goethes eigenhändige Niederschrift der Uebersetzung aus Ossian, ein Geschenk an Friederike Brion; von den vierzehn Quartseiten ist eine faksimiliert. Ein anderes, nicht minder wertvolles Dokument aus der Straßburger Periode ist die Othello-Ausgabe mit der berühmten Widmung: „Seinem und Shakespears würdigem Freund Lerſen, zum ewigen Angedenken Goethe". Nach Inhalt und Stil reiche Aufschlüsse gewährt ein Brief Karoline Flachslands vom 18. Juni 1772: „Ist's auch recht, daß ich erst auf Anlaß des einliegenden Briefs meiner Lila Ihnen schreibe, lieber bester Freund? Hab ich Ihnen doch für Ihr Fels-Weihegesang und Wanderlied mit Herz und Seele gedankt und Sie dafür umarmt!" Und in den Schluß klingen diese beiden Gedichte, klingt auch die verwandte Elysiums-Hymne hinein: „So oft ich zum Felsen komme, stecke ich einen grünen Zweig, die ich sehr liebe, und Blumen darauf, umarme dann alle meine Freunde, und blicke gen Himmel — Adieu lieber guter G., möchte Ihnen doch oft wenn Sie an Ihre Freunde denken und mit Ihnen wandeln, ein gutes Weib mit einem schönen Knaben begegnen!

Uns gaben die Götter
auf Erden Elysium."

Zwischendurch erkundigt sich Karoline: „Sie die 3 Monat bald vorbei?" (Goethe hatte von vornherein die Absicht, nur drei Monate in Wetzlar zu weilen!) „werden wir Sie bald wiedersehen? o lieber guter Freund was haben Sie zurück in unsern Herzen gelassen!" Später finden wir ein kleines Gedicht von Marianne v. Willemer an Goethe. Vor allem fällt eine zweiseitige Niederschrift der Frau v. Stein in die Augen: die Vorderseite weist Goethes Lied „An den Mond" in der ersten Fassung auf, der Rückseite vertraut Charlotte zwei eigne Strophen „An Louise" an (ihre Schwester, die unglückliche Louise v. Imhoff? oder die Herzogin Louise?):

„Wenn mich Lebens Ekel greift
Denk ich nur an dich
und so gleich noch einmahl reift
eine Frucht vor mich.

Wenn der Jugend Freude flieht
und des Lebens Scherz
und mir alles sinkt, verblüht,
hält mir nur dein Herz."

Der Goethe-Kenner weiß, daß hinter dieser Beziehung ein Problem steckt. Während der Arbeit der Fortsetzung meines die Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Daß die Diskontpolitik der Reichsbank mancherlei Unbequemlichkeiten zur Folge gehabt hat, ist richtig, aber sie sind gering gegenüber dem schließlichen Erfolge für die Gesamtheit des Wirtschaftslebens. Daß es an flüssigen Geldmitteln fehlt, liegt zum Teil daran, daß die Kapitalisten sich zum Teil nicht scheuen, mit ihrem Geld ins Ausland zu gehen. Welchen Anteil haben nun die Arbeiter an dieser Entwicklung? Tatsache ist, daß auch der kleine Mann im Laufe der letzten zehn Jahre in der Lage gewesen ist, trotz der Steigerung der Lebensmittelpreise sein Vermögen zu vermehren. In dieser Beziehung ist die Beweisführung Calwers nicht zu bestreiten. Die Löhne sind gestiegen. Die Wohnungen sind besser geworden. Die Lebenshaltung ist besser geworden und zugleich haben die Arbeiter an der Vermehrung des Volksvermögens teilgenommen. Der Redner belegt das im einzelnen ziffernmäßig. Mein Urteil, daß die

Lebenshaltung der Arbeiter bedeutend gestiegen

ist, wird von den gewerkschaftlichen Blättern offen zugegeben. Das Organ des Holzarbeiterverbandes erklärt, daß die Hebung der Lebenshaltung unverkennbar sei. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) Also nicht einmal mehr Zitate aus Ihren Blättern kann ich ohne Zwischenrufe verlesen, so weit ist es also schon gekommen. (Lebhafte Zustimmung bei allen bürgerlichen Parteien.) Eine Preissteigerung der Lebensmittel ist zweifellos vorhanden. Sie ist in allen Ländern zu erkennen, auch in den Ländern mit Freihandel. Wir haben ein sehr umfangreiches Material gesammelt mit Hilfe unserer Botschaften und Gesandtschaften. Eine sehr interessante Schrift ist darüber in England herausgegeben worden. Sie ist amtlichen Ursprungs. Das Gesamtergebnis wird dahin zusammengefaßt, daß ein teures Jahr, eine verunglückte Ernte einen größeren Einfluß ausübt auf die Preisgestaltung als alle wirtschaftlichen Maßnahmen der Welt. In dieser Denkschrift wird auch ein Vergleich angestellt mit den Preisen in den fremden Ländern, und da bestätigt sich, daß auch im Auslande die Steigerung der Preise besteht, die hinter der unsrigen nicht zurücksteht. Selbst wenn man aber in England die Preise weniger gestiegen sein sollten als bei uns, so hängt das absolut nicht zusammen mit unserer Zollpolitik. Das englische Volk ist uns mit seiner Lebenshaltung um ein Menschenalter voraus. Wir haben uns nun angestrengt, dem nachzufolgen, und das hat natürlich eine große Preissteigerung hervorrufen müssen. Es ist nun gesagt worden, daß unsere Zollpolitik zu einer Vernachlässigung der Viehzucht und zur Vermehrung der Getreideanbauflächen in unverhältnismäßigem Maße beigetragen hätte. Das stimmt nicht. Vor allem hat unsere Zollpolitik nicht beigetragen zu einer Vernachlässigung des Futtermittelbaus. Die letzte Viehzählung hat eine beträchtliche Steigerung der Viehzucht ergeben im Gegensatz zu den gegenteiligen Behauptungen, die man vorher gehört hat. Heftig angegriffen wird unser

Einfuhrscheinsystem.

Unsere Getreidezölle sind in erster Linie nicht Finanzzölle, sondern Schutzzölle. Sie sollen der einheimischen Produktion einen gewissen Vorsprung vor der ausländischen geben. Um dies Ziel zu erreichen, hat man nach Einführung der Getreidezölle den Zoll bei der Ausfuhr nur erstattet für solches Getreide, das nachweislich aus dem Auslande eingeführt wurde. Damit zertrümmerte man den Handel unserer Ostsee und man verschloß der Produktion unserer östlichen Provinzen, die gewohnt waren, ihr Getreide zu Schiffe auszuführen, ihre früheren Absatzgebiete. Man wollte ihnen helfen mit dem Staffeltarif. Das hat den Erfolg, daß die örtlichen Getreidemärkte überhaupt verödet sind. Dagegen litten Berlin und der Südwesten an einer Ueberflutung von Getreide. Also niemand genoß den Zollschutz. Das führte zu dem Einfuhrscheinsystem. Dadurch wurden die einzelnen Produzenten erst richtig in den Genuß des Zollschutzes gesetzt. Die Einfuhrscheine sind nicht im geringsten eine Ausfuhrprämie. Sie sollen nur ermöglichen, daß der Produzent sein Getreide zu Weltmarktpreisen, dort, wo es gebraucht wird, absetzen kann. Das ist der wirtschaftliche Zweck der Sache, und dieselbe Erfahrung haben wir machen müssen bei der Kohle. Es ist wohl behauptet worden, daß durch das Einfuhrscheinsystem die Roggenausfuhr in unverhältnismäßiger Weise gesteigert worden sei. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Konsum von weißem Brot stark zugenommen und der Schwarzbrotkonsum abgenommen hat. Dadurch ist Roggen freigeworden und Weizen mußte eingeführt werden. Der Konsum von Weizenmehl ist wesentlich gestiegen und dadurch wurde eine Mehrausfuhr von Roggen notwendig. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir im Osten auf den Roggenbau angewiesen sind, weil der Boden für Weizenbau nicht geeignet ist. Ich komme zu dem Ergebnis, daß unsere Wirtschaftspolitik einen großen Umschwung gebracht und zu einer gewaltigen Steigerung unserer Wohlhabenheit geführt hat. Sie hat es uns ermöglicht, unsere Sozialpolitik überhaupt zu treiben, und wir haben keinen Grund, an den

bewährten Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik

irgendwie zu rütteln. (Zustimmung rechts.) Ich stelle im Namen der verbündeten Regierungen fest, daß der Zolltarif von 1902 und die auf seiner Grundlage abgeschlossenen Handelsverträge sowohl den Interessen des inneren Marktes als auch dem Streben nach Stärkung unseres Auslandsmarktes Rechnung getragen haben. Die verbündeten Regierungen stehen daher auf dem Standpunkte, daß der bisherige Zollschutz im allgemeinen genügt hat, daß er aber auch aufrechterhalten bleiben muß (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum) und daß auch unsere Vertragspolitik im wesentlichen dieselbe bleiben muß. (Zustimmung.) Jedenfalls muß unserer Landwirtschaft der gegenwärtige Zollschutz nach wie vor erhalten bleiben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aus Interessentenkreisen ist darauf hingewiesen worden, daß bei dem außerordentlichen Aufschwung unserer Volkswirtschaft unser Zolltarif in manchen Sätzen und Bestimmungen den berechtigten Interessen nicht mehr voll Rechnung trägt. Es sind deshalb mehrfach Wünsche auf Abänderung verschiedener Sätze sowohl des autonomen Tarifs wie auch der verschiedenen Handelsverträge an uns gelangt. Auch die verbündeten Regierungen verkennen nicht, daß sowohl verschiedene Sätze unseres autonomen Tarifs wie unseres Vertragstarifs eines Ausgleiches bedürfen und daß eine Anzahl von Ergänzungen des Tarifschemas notwendig sind. Aber so wünschenswert diese Aenderungen und Ergänzungen auch sind, so handelt es sich dabei doch nur um Einzelheiten. Im großen und ganzen entspricht der gegenwärtige Zustand durchaus den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft. Da muß es das Ziel unseres Strebens sein, die bewährte bisherige Wirtschafts- und Handelspolitik in gesicherten Bahnen fortzuführen. Soweit es sich zur Zeit übersehen läßt, wird für uns keine Veranlassung vorliegen, durch Kündigung der Tarifverträge von 1906 zur Neuregelung unserer Handelsbeziehungen den Anstoß zu geben. (Lebhaftes Hört! Hört!) Es besteht daher einstweilen nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif von 1902 vorzulegen. (Lebhaftes Hört! Hört!) Wenn die Vertragsstaaten sich mit uns auf einfache Verlängerung der bestehenden Verträge einigen würden, so würde für uns die Vorlegung einer solchen Novelle auch unnötig werden. Wenn dagegen von anderer Seite das Vertragsverhältnis gekündigt oder an ihren Tarifen Veränderungen vorgenommen werden sollten, die unsere Ausfuhr berühren wollen, dann werden die Verbündeten Regierungen nicht zögern, die Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Wirtschaftsinteressen Deutschlands zu verteidigen und Angriffe auf unsere gegenwärtigen Handelsbeziehungen abzuwehren, sowie die als notwendig erkannten Veränderungen des geltenden Tarifs durchzuführen. Wir sind uns des Ernstes dieser Aufgabe voll bewußt. Die beteiligten Stellen sind seit langer Zeit damit beschäftigt, die in Betracht kommenden Verhältnisse unter Würdigung des vorliegenden Materials sowie unter der Anregung aus den Kreisen unserer Erwerbsstände und ihrer Organisationen einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Dieses Material auf dem Laufenden zu halten und aus den beteiligten Kreisen zu ergänzen, das wird die dringende Sorge der beteiligten Stellen sowohl des Reiches wie auch der verbündeten Regierungen sein. Ich möchte die Erklärung abgeben, daß wir im Reiche wie in Preußen wie auch in anderen Bundesstaaten daher bemüht sein werden, die schwierige Frage richtig zu untersuchen und zwar in Verbindung mit den Sachverständigen. Wir werden uns auch rechtzeitig mit dem wirtschaftlichen Ausschuß in Verbindung setzen. Zum Schluß möchte ich noch einmal hervorheben, daß wir nach den gemachten Erfahrungen an unserer bewährten Wirtschafts- und Sozialpolitik auch in Zukunft weiter festhalten werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Chrysant (Ztr.): Eine gesunde Fürsorge für unsere Angestellten kommt auch den Interessen des Mittelstandes entgegen. Allerdings werden besondere Berufe noch besonders belastet. Die Bundesratsverordnungen z. B. über die Bäckereien und Konditoreien sind eine ungeheure Belastung. Die Reklame der Genossen für die Konsumvereinsbäckereien ist vollständig deplaciert. Wir wollen für die Regelung des Submissionswesens dem Reiche einen neuen Weg vorschlagen. Aus diesem Grunde haben wir eine Resolution eingebracht. Mit der Vorlage über die Sonntagsruhe sind wir einverstanden. Eine schwere Schädigung des Mittelstandes ist

der geheime Warenhandel der Beamten.

Eine darauf bezügliche Petition ist vom Bundesrat nicht berücksichtigt worden. (Beifall.)

Geheimrat Dr. Caspar: Der Vorredner hat aus der Tatsache, daß der Bundesrat einer Petition über den geheimen Warenhandel der Beamten nicht Folge gegeben hat, den Schluß gezogen, daß der Bundesrat Petitionen aus dem Reichstage teilnahmslos gegenübersteht. Das ist nicht der Fall. Die Bekämpfung des geheimen Warenhandels der Beamten ist Sache der Einzelstaaten. Die Reichsregierung hat dafür Anordnungen erlassen, so ist der Gebrauch von Amtsräumen für diese Warenlager verboten. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben bei der herrschenden Unruhe unverständlich.

Abg. Dr. Böhme (Bbd.): Bei der Erneuerung der Handelsverträge muß erwogen werden, ob nicht manche allgemein erkannte Mängel ausgemerzt werden können. Die Resultate der Viehzählung haben wir vernommen. Die Entwicklung der Viehzucht widerlegt die Auffassung, daß die Zollpolitik hindernd auf die Viehzucht gewirkt habe. Der vorübergehende Tiefstand war die Folge der Dürre des Sommers 1911. Für die Zölle auf Mais und Gerste ist im wesentlichen die amerikanische Ernte maßgebend gewesen. Der Maiszoll könnte wohl eine Abänderung erfahren, wenn wirtschaftliche Vorteile zu erzielen wären. Der Zoll auf Gerste ist nur noch ein Finanzzoll. Andere Futtermittel kommen zollfrei rein. An dem Haferzoll möchten wir unter allen Umständen festhalten. Rußland beabsichtigt Getreidezölle einzuführen und droht die russischen Landarbeiter zurückzuziehen. Man will mit dieser Drohung handelspolitische Zugeständnisse von uns erreichen, die unsere Volkswirtschaft schwer schädigen würden. Der Angriff richtet sich besonders gegen die Einfuhrscheine. Die Einfuhrscheine sind zu Gunsten des Ostens eingeführt worden, der Nutzen ist später auch dem Westen zu Gute gekommen. Die Mißstände sind aber nicht so groß, daß eine Abänderung geboten erscheint. Ohne erhebliche Schädigung der Landwirtschaft kann an dem System nicht geändert werden. Der Redner polemisiert sodann gegen die Ausführungen des Frhrn. v. Wangenheim auf der letzten Tagung des preußischen Landwirtschaftsrates im Herrenhaus in Gegenwart des Kaisers, in denen Frhr. v. Wangenheim sich gegen die Bauernkolonisation ausgesprochen hat. Das Koalitionsrecht der Landarbeiter stellen wir nicht als unser Ziel hin, aber wir wünschen im Gegensatz zu den Konservativen, daß sich die Arbeiter gewissen nationalen Landarbeiterverbänden anschließen können. Für unsere Kleinbauern wäre unsere wirtschaftspolitische Gesetzgebung durchaus förderlich.

Darauf tritt Vertagung ein. Mittwoch 1 Uhr Fortsetzung. Schluß 6¾ Uhr.

Sport.

= **Pferderennen zu Nizza.** 20. Jan. **Prix des Oeillets** 4000 Frs 1. J. Hennessys Pyrrhus (A. Carter), 2. Prétendante, 3 Alexandrie. Ferner: Kyarias, Saint Ange II, Mon Cauchois, Oncle Lou, Maillette, Reflet d'Argent 20:10; 16, 26, 54:10. — Prix d'Espoud de Paul 8000 Frs 1. Ch. Blanchets Franton Baboue (Raspail), 2 Antonine, 3 Don César. Ferner: Jolingten Green, Idle, Panagera, Maleflee, Ulinen, Mozette 33:10; 18, 22, 32:10 — Prix du Casino Municipal 8000 Frs. 1. J. D. Cohns Montmartre (M. Mitchell), 2 Va Tout, 3 Tripot II. Ferner: Le Potache, Etrurie, Saint Mor, Grand Matin 24:10; 17, 25:10 — Prix de Anemones 4000 Frs. 1. J. Hennessys L'Impetueux (A. Carter), 2 Fonrand, 3 Haldeonnette. Ferner: Ninive IV, Kola Bicarra 13:10; 15, 26:10.

Ein Protest des bayrischen Landtags und des Kriegsministers gegen den Preußenbund.

W München, 20. Jan. (Priv.-Tel.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, die mit der Beratung des Militäretats in breiten, aber wenig beachtenswerten Auseinandersetzungen fortfuhr, kam zum Schluß der Zentrumsabg. Leibl auf die Aeußerungen des Generalleutnants v. Kracht auf dem Preußentag zu sprechen und bezeichnete dessen Angriffe auf die bayerische Armee als zu niedrig, als daß sie den Ruhm der bayerischen Armee beschmutzen könnten.

Auch der Abg. Dr. Dirr (Lib.) protestierte gegen die Aeußerungen des General v. Kracht im Namen der liberalen Fraktion. Er nannte die Ausführungen auf dem Preußentage eine ganz ungehörige Schmähung der Verdienste, die sich die bayerische Armee auf den Schlachtfeldern von Frankreich und um die Errichtung und den Ausbau des Deutschen Reiches erworben habe. „Ich weiß nun nicht,“ fuhr er fort, „soll man sich mehr wundern über die Unkenntnis eines hohen Militärs in geschichtlichen Dingen, die die bayerische Armee angehen, oder über eine solche unglaubliche Anmaßung, wie sie in der Aeußerung über die bayerische Armee liegt.“

Darauf nahm **Kriegsminister Freiherr v. Kreß** das Wort zu folgender Erklärung: „Die durch die Presse gegangene Nachricht, wonach Generalleutnant v. Kracht auf dem am 18. Januar in Berlin stattgefundenen sogenannten Preußentage geäußert haben könne, daß die Bayern sich vor dem französischen Feuer zurückgezogen, die Preußen aber flott angegriffen hätten und „wenn wir kommen, dann haben sie Courage“, muß mir durch tendenziöse Absicht entstellt erscheinen. Wenn aber diese Nachricht sich als richtig erweisen sollte, so könnte ich eine solch unerhörte Aeußerung nicht scharf genug brandmarken, da sie eine völlig unbegründete Verunglimpfung der ruhmreichsten Tat der bayrischen Armee darstellt, die gerade in jenem Kampfe um Orléans sich auf das heldenmütigste geschlagen und mit unvergänglichem Ruhme bedeckt hat. Ich müßte diese Aeußerung aus dem Munde eines hohen Offiziers auf das tiefste bedauern und einen solchen Vorwurf gegen die bayrische Armee auf das entschiedenste zurückweisen.“

Die Erklärungen der Redner aus dem Hause, wie die des Kriegsministers, waren von einmütigem starken Beifall begleitet.

W München, 20. Jan., 5.55 N. Die Münchener Veteranen- und Kriegervereine, denen hunderte von Kombattanten des ersten bayerischen Armeekorps angehören, erheben entrüsteten Protest gegen die Unterstellung der Feigheit, die auf dem Preußentage von dem Generalleutnant v. Kracht gegen die bayerische Armee erhoben worden sei. Sie erinnern an die geschichtlichen Beweise unübertrefflicher Tapferkeit, die gerade die Bayern in jenen Kämpfen ablegten, und führen unter anderen Beispielen die Tatsache an, daß das bayrische Infanterieleibregiment in der ersten Brigade des ersten bayrischen Korps im Feldzuge seinen ganzen Regimentsbestand, 3000 Mann und 47 Offiziere, verlor.

Frh. v. Pechmann und der Preußenbund.

In der Münchener Meldung im Abendblatt ist angekündigt worden, daß Frh. v. Pechmann sich veranlaßt sehe, alle Beziehungen zum Preußenbund abzubrechen. In dem Telegramm, das Frh. v. Pechmann an den Vorsitzenden des Preußentags, Herrn Handelskammersyndikus Dr. Rocke in Hannover, gesandt hat, nennt er das Mißverständnis, das durch die fälschliche Zitierung aus seinem Briefe entstanden ist, ein heilloses; mit dem gleichen Attribut belegt er die Aeußerungen des Generals v. Kracht. Wir haben kurz dazu bemerkt, daß über die Angelegenheit noch einiges zu sagen sein werde, wenn erst der Wortlaut des Pechmannschen Briefes vorliege. Das ist jetzt der Fall, und das Bild, das wir nunmehr von der Sache bekommen, ist doch ein wesentlich anderes als der Eindruck, den man gewinnt, wenn man nur den ebenfalls in Briefform gehaltenen kurzen Auszug liest, der sich beispielsweise im „Bayrischen Kurier“ findet.

Der Brief, den der vielbeschäftigte Frh. v. Pechmann trotz seiner Krankheit an den Preußentag gerichtet hat, ist nicht eine bloße höfliche, oder wenn man will: liebenswürdig dankende Antwort auf eine erfolgte Einladung, sondern ein politisches Bekenntnis, das der Schreiber, da er in Berlin nicht als Redner auftreten konnte, schriftlich niederlegte. Daß der Vorsitzende des Preußentags einen, übrigens referierend wiedergegebenen und darum in indirekter Rede gehaltenen Ausspruch David Müllers, er sei Preuße nicht durch Geburt, aber längst durch die freie Wahl seines Herzens, als Bekenntnis des Herrn v. Pechmann dem Preußentag mitteilte, ist unangenehm für beide, für den Preußentag, weil seine Arrangeure in den Verdacht kommen, einer Stimmungsmache zu Liebe mit der Zuschrift einer politischen Persönlichkeit Mißbrauch getrieben zu haben, für Frh. v. Pechmann, weil er durch den fälschlich ihm zugeschriebenen Ausspruch bei seinen engeren Landsleuten leicht in Mißkredit kommen konnte. Daß der bayrische Führer der von ihm auch ins Leben gerufenen Reichspartei sehr betroffen von dieser neuesten Zitiermethode seiner echtpreußischen Freunde ist, darf man ihm ohne weiteres glauben, und daß er alle Hebel in Bewegung setzt, den üblen Eindruck, soweit er mit Bezug auf ihn entstehen konnte, zu verwischen, ist leicht verständlich. Zur Entschuldigung der Preußenleute wird man immerhin einiges sagen können: Entweder sie haben den langen Brief, der eine Rede ersetzen sollte, gar nicht gelesen und waren froh, als sie einen so famosen Ausspruch gleich im Eingang des Schreibens entdeckten — und das wäre für den Briefschreiber nicht eben schmeichelhaft — oder aber: sie waren auf Grund der bisherigen politischen Deklarationen des Herrn v. Pechmann von dessen allgemein preußischer Gesinnung so überzeugt, daß ihnen seine spezifisch bayerische Eigenart gar nicht mehr störend ins Bewußtsein trat. Auch dieses letztere wäre für den also Mißverstandenen schmerzlich.

Wenn man den Pechmannschen Brief liest, so fragt man sich, warum er eigentlich seine Beziehungen zum Preußenbund lösen will, denn man kann in der Tat sich kaum preußischer geben, als er es in diesem Briefe tut. Den „tiefen Schmerz“, den Herr v. Pechmann darüber empfindet, auf die Teilnahme an der Versammlung verzichten zu müssen, die „herzlichen, warmen und tiefempfundenen Grüße“, die „treuen Wünsche“, mit denen er die Verhandlungen bedenkt, können zur Not noch als konventionelle, wenn auch vielleicht als überkonventionelle Liebenswürdigkeiten eines auf dem Parkett der Höflichkeiten erfahrenen, auch in seinem ganzen Wesen sehr artigen Mannes hingenommen werden. Was er aber als eigenes politisches Bekenntnis — nicht das David Müllers — auf den Stufen dieses Preußentags niedergelegt hat, das ist so ultra-konservativ, so preußisch-junkerlich, daß es sachlich wirklich keinen großen Unterschied macht, ob das Zitat ihm fälschlich zugeschrieben worden ist oder nicht.

Frhr. v. Pechmann ist ohne Zweifel eine Persönlichkeit, die von dem, was sie sagt und im politischen Leben tut, innerlich überzeugt ist. Aber seine Ueberzeugung wird ihm zu einem Dogma und einer Heilslehre, die er — mehr als es für die Sache und für ihn selber gut ist — bei jeder Gelegenheit glaubt verkünden zu müssen. Er fühlt sich als eine Art Staats- und Gesellschaftsretter, betraut mit einer hohen politischen Mission. Und in dem Bestreben, diese Mission zu erfüllen, ist er in der Wahl seines Publikums, an das er sich wendet, weniger wählerisch, als es für einen Mann seiner Art gut sein mag. Er benutzt auch die Tribüne der preußischen Ultras vom Schlage der am Sonntag in Berlin versammelt gewesen, um seine politischen Heilswahrheiten zu verkünden. Als da sind: unbedingte Preußenverehrung, unbegrenzter Dank für das, „was Preußen und damit das Reich der preußischen konservativen Partei verdankt.“ So war es Frhrn. v. Pechmann nie möglich, sich „zu dem konservativen Preußentum in einen Gegensatz oder gar in eine feindliche Stellung bringen zu lassen“. Und darum sein Nichtaushalten bei den Nationalliberalen, als die unheilvolle Zeit kam, in der sie „sich mit der bürgerlichen und sozialen Demokratie zum haßerfüllten Kampfe gegen rechts“ zusammenschlossen. In der demokratischen — nicht nur der sozialdemokratischen — Bewegung der Gegenwart sieht Herr v. Pechmann „eine unmittelbare Lebensgefahr für das Deutsche Reich und für das deutsche Volk“ und „den geraden Weg zum Untergang“. Darum kein weiteres Zugeständnis an die Demokratie, denn es wäre ein „politisches Verbrechen“. Besonders kein besseres Wahlrecht in Preußen. Daß in einzelnen mittleren Bundesstaaten man sich entschlossen hat, das konservative Landeswahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts zu verändern, wird Herrn v. Pechmann „immer rätselhaft bleiben“. „Je mehr hier und vollends in Elsaß-Lothringen gefehlt und gesündigt worden ist, desto mehr hängt alles davon ab, daß Preußen fest bleibt“. Das sind kurz die politischen Ueberzeugungen, aus denen heraus der Führer der bayerischen Reichspartei „den Preußenbund mit Ueberzeugung, mit Wärme und mit den treuesten Wünschen“ begrüßt „im Sinne eines aufrichtigen Bekenntnisses zu dem Preußen, das nicht umsonst die Ehre hat, von den Demagogen im bürgerlichen wie im sozialdemokratischen Lager mit dem bittersten Haß und mit unversöhnlicher Todfeindschaft verfolgt zu werden“.

So redet ein Mann, der die Demagogie bekämpft, und merkt nicht, daß er selber der schlimmste Demagoge ist, freilich ein Demagoge des reaktionären Junkertums, vornehmer in der Form, vielleicht auch mit größerem Wissen ausgestattet als viele seiner ostelbischen Gesinnungsgenossen, aber doch ein Demagoge. Warum Herr v. Pechmann sich vom Preußenbund abwenden will? Wegen der kleinen Entgleisung? Wer hätte nicht schon einmal im Autor eines Zitats sich vergriffen! Wir sind ganz im Gegenteil der Meinung, Frh. v. Pechmann sollte weiter bei den „Preußen“ sich betätigen, auch wenn sie seine bayerischen Volksgenossen vor aller Welt in so brutaler Weise zu diskreditieren suchen, wie es in der famosen kriegsgeschichtlichen Reminiszenz des Generalleutnants von Kracht am Sonntag geschehen ist. Preuße zwar nicht durch Geburt, auch nicht durch freie Wahl des Herzens, aber doch nach der politischen Gesamtüberzeugung!

Preußischer Landtag.

N Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus beendete die allgemeine Debatte beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung mit einer ausgiebigen Erörterung über unsere Wirtschaftspolitik und vertagte sich dann auf morgen.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

N Berlin, 20. Jan., 6 N. Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute ihre Weiterberatung des Etats des Innern bei der Erörterung über die Ausführung des

Kaligesetzes

fort. Ein Zentrumsabgeordneter unterstützte die konservative Forderung auf Anstellung staatlicher Beamten zur Abnahme von Empfängerproben. Unterstaatssekretär Dr. Richter gab zu, daß sich Mängel herausgestellt hätten. Trotzdem könne er sich für die staatlichen Kontrolleure nicht aussprechen, dagegen sollten die Syndikatskontrolleure mit größeren Vollmachten ausgestattet und unabhängig gestellt werden. Es wurden hierauf für die Empfängerproben 150 000 Mark, 50 000 Mark mehr als im Voranschlag, eingestellt. Bei Kapitel 7, Titel 4 (Kosten zur Prüfung der Endlaugenfrage, erste Rate 100 000 Mark) erwiderte der Unterstaatssekretär auf Anfrage eines nationalliberalen Abgeordneten, die Endlauge könne schließlich als Futtermittel Verwendung finden. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes machte Mitteilungen über die guten und schädlichen Wirkungen der Kaliwasser. Die Ansichten darüber gingen auseinander. Um die Frage zu klären, werden vom Gesundheitsamt systematische Untersuchungen angestellt. Die Mitglieder erklärten sich damit einverstanden. Der Titel wurde mit großer Mehrheit genehmigt. Ebenso der Einnahmetitel unter Berücksichtigung der bei den Ausgaben gefaßten Beschlüsse. Die Petition des Kalisyndikats und zwei weitere Petitionen wurden als erledigt erklärt.

Eine Zentrumsresolution wurde einstimmig angenommen: 1. Den Reichskanzler zu ersuchen, die vom deutschen

Handwerks- und Gewerbekammertag

errichtete Zentralberatungsstelle für die Verdingungsämter der einzelnen Handwerkskammern, welche die Vergebung öffentlicher Arbeiten durch Lieferungen an das Handwerk fördern, zu unterstützen; 2. die Bereitwilligkeit auszusprechen, bis zur dritten Lesung des Reichshaushalts die Summe von 20 000 Mk. als Beitrag für diese Zentralberatungsstelle in den Etat 1914 einzustellen.

Auf Anfrage teilte Ministerialdirektor Dr. Lewald mit, daß noch im Laufe des nächsten Monats ein Gesetzentwurf vorgelegt werde betreffend die Uebernahme von Bürgschaften beim Wohnungsbau für Arbeiter und geringbesoldete Beamte des Reiches und der Militärverwaltung.

Es folgte der Etat der

Reichsjustizverwaltung.

Die geforderten neuen Stellen für einen Vortragenden Rat und einen Kanzleisekretär wurden genehmigt. Beim

Reichsgericht

werden drei Räte und ein Reichsanwalt mehr angefordert. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Lisco erklärt, mit dem jetzigen Personal könne die Arbeit nicht bewältigt werden und die Reste vermehrten sich mit jedem Jahr. Die Bildung eines neuen Senats beim Reichsgericht sei nicht beabsichtigt. Ein Mitglied des Zentrums befürwortet eine Aenderung des Systems durch Schaffung einer zweiten Instanz beim Strafprozeß. Es befürchtet, die Genehmigung der neuen Stellen werde die Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes nur hinausschieben. Staatssekretär Dr. Lisco gab die Notwendigkeit einer Aenderung der Strafprozeßordnung zu. Im letzten Reichstage sei eine Einigung jedoch nicht erzielt worden. Ein Nationalliberaler hielt die neuen Stellen für nötig. Ein Sozialdemokrat sprach sich gegen die Bewilligung aus, insbesondere aus dem Grunde, um die verlangten Reformen zu beschleunigen. Ein Volksparteiler hielt es bei Einigkeit der Parteien für sehr wohl möglich, durch ein Notgesetz wenigstens eine

Berufungsinstanz gegen Strafkammerurteile

zu schaffen. Diese Frage der organischen Aenderung habe aber nichts mit den drei neugeforderten Reichsgerichtsräten zu tun. Ein Zentrumsabgeordneter erachtete in der Frage der Berufungsinstanz die Einigkeit des Reichstages für gegeben. Das Hindernis liege beim Reichsjustizamt. Demgegenüber bestritt ein Nationalliberaler die Einigkeit des Reichstages.

Die geforderten neuen Räte werden genehmigt.

Gegen die geforderte Stelle eines weiteren Reichsanwalts erhob ein Zentrumsabgeordneter Bedenken. Durch Aenderung des Spionagegesetzes könne das Reichsgericht entlastet werden. Ein Fortschrittler stimmte dem letzteren Teil dieser Ausführungen zu, war aber dennoch für Bewilligung der Stelle. Man habe seit Jahren mit der normalen Zahl der Gerichtsbeamten nicht auskommen können und Hilfsarbeiter beschäftigen müssen. — Staatssekretär Dr. Lisco ersucht um Bewilligung der Stelle. Die Zahl der Revisionen habe bedeutend zugenommen. Hilfsarbeiter könnten etatsmäßige Besetzung nicht ersetzen. Ueber eine Aenderung der Zustände des Reichsgerichts könne man sich bei Beratung des Spionagegesetzes unterhalten.

Mit geringer Mehrheit wurde die Stelle abgelehnt und sodann der Reichsjustizetat erledigt.

Es folgte der Etat der

Reichsdruckerei.

Für den Erweiterungsbau auf dem Hinterlande des Reichsdruckereigrundstücks werden unter den einmaligen Ausgaben 350 000 Mk. gefordert. Ein Mitglied des Zentrums verwies darauf, daß bisher immer gesagt worden sei, daß auf dem Grundstück eine Erweiterung nicht vorgenommen und an eine Vergrößerung der Reichsdruckerei überhaupt nicht gedacht werden könne. Ein Regierungskommissar erklärte, es handle sich um die erhöhte Herstellung von Kassenscheinen, Banknoten, Postmarken und geheimen Drucksachen, die für die Privatindustrie überhaupt nicht in Betracht kämen. Der Privatkonkurrenz wolle man nicht zu nahe treten. Platz zum Erweiterungsbau sei auf dem Grundstück vorhanden. Die bisherigen Räume seien überfüllt. Durch Aufstellung weiterer und besserer Maschinen könnten größere Summen erspart werden. Andere Redner meinten, ein Ausbau des alten Gebäudes sei unpraktisch, und mit der angeforderten Summe könne man außerhalb Berlins ein Gebäude herstellen, das allen modernen Anforderungen entsprechen würde. Die Beratung wurde abgebrochen.

N Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Die 20. Kommission des Reichstages zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige beschloß heute, in § 2 den von der Regierung vorgesehenen Mindestsatz der Entschädigung der Zeugen für Zeitversäumnis von 10 Pfg. pro Stunde auf 80 Pfg., den Höchstsatz für Zeugen von 1 Mark auf 1,50 Mark

---

Kommentars zu Goethes Gedichten ergab sich aus der Entstehungsgeschichte des Liedes „An den Mond“ ein schwerwiegender Zweifel an der harmonischen Einheitlichkeit der endgültigen Gestalt des Gedichtes. Eine Auseinandersetzung über den Wert wissenschaftlicher Erläuterung für den künstlerischen Genuß der Dichtung gab mir (im dreißigsten Bande des Goethe-Jahrbuchs) Gelegenheit, zunächst als Hypothese vorzutragen, daß Charlottens Parodie des Mondlieds die Brücke zwischen Ur- und Endgestalt des Goetheschen Gedichtes bilde. Ein umfassender Nachweis folgte in der „Frankfurter Zeitung“ (19. Sept. 1909: „Charlotte v. Stein als Mitarbeiterin an Goethes Mondlied“). Im Gegensatz zu der kritiklosen Hinnahme des gegebenen Textes zeigte ich, daß das Zwischenstück, die Klage um verrauschte Treue, den Rahmen mit seiner Befestigung in der Freundschaft sprengt. [illegible]

„. . . Wich das Bild aus meinem Herz
Vom geschiedenen Freund,
Vom unausgesprochner Schmerz
Stille Tränen weint.

Mischet euch in diesen Fluß!
Nimmer werd' ich froh,
So verrauschte Scherz und Kuß,
Und die Treue so.

Jeden Nachklang in der Brust
Froh und trüber Zeit,
Wandle ich nun unbewußt
In der Einsamkeit.“ . . .

Von den übr'gen Tafeln des Katalogs Kippenberg interessieren Handzeichnungen von Goethe, Aufnahmen von Goethes Bild und Büste sowie wertvolle Reproduktionen von Handschriften, Bildern, Abdruck der Büsten seiner Familie und seiner Freunde. Der Titel und die letzte Seite des ersten [illegible]

So bild't die Sammlung Kippenberg ein monumentales Zeugnis [illegible] an den größten deutschen Dichter und Menschen. [illegible] „Einen einzigen verehren.“ —

zu erhöhen. Die Regierung behält sich ihre Stellungnahme vor.

Die 12. Kommission des Reichstages (Konkurrenzklausel) beendete heute die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Aenderung der §§ 74, 75 und 76 Absatz 1 des Handelsgesetzbuches. Der von der Regierung nach Schluß der ersten Kommissionslesung vorgelegte umgearbeitete Entwurf wurde in seinen einzelnen Bestimmungen angenommen. Nach einem von sämtlichen bürgerlichen Parteien gestellten Kompromißantrag mit der einzigen Aenderung, daß die Gehaltsgrenze, bis zu der das Wettbewerbsverbot nichtig sein soll, von 1500 auf 1800 Mark zurückgesetzt wurde. Die Regierung ließ erklären, sie habe gegen diese Fassung große Bedenken, sie könne aber erst morgen hierzu endgültig Stellung nehmen. Die Gesamtabstimmung über das Gesetz wird morgen vorgenommen werden.

Drahtmeldungen.

Nachdruck, telegraphische oder telephonische Verbreitung ist nur mit deutlicher Quellenangabe „Frkf. Ztg." gestattet.

Privat-Depeschen der Frankfurter Zeitung.

⊙ Dresden, 20. Jan., 2 N. Staatsminister Graf Vitzthum äußerte sich heute in der Ersten Kammer über die Auskunfterteilung der Beamten an die Landtagsabgeordneten. Er betonte, es liege ihm fern, die Rechte der Abgeordneten zu beschränken, aber er bitte, sich bei Auskünften direkt an die Regierung zu wenden, da diese die allein verantwortliche Stelle sei. Was für die Staatsbehörden gelte, müsse auch für die der Oberaufsicht des Ministeriums des Innern unterstellten Gemeindebehörden Anwendung finden, soweit sie anstelle des Staates öffentliche Gewalt und öffentliche Verwaltung ausüben.

D Madrid, 20. Jan., 1.20 N. Die von den Vertretern der Rio Tinto-Gesellschaft den Arbeitern angebotenen äußersten Konzessionen wurden von diesen zurückgewiesen, so daß die Beilegung des Konflikts immer schwieriger erscheint.

Wolff's telegraphisches Correspondenz-Bureau.

Berlin, 20. Jan. Nach dem Bekanntwerden des ablehnenden Beschlusses der Budgetkommission des Reichstages betr. des Reichszuschusses für die olympischen Spiele 1916 gingen dem Präsidenten des Reichsausschusses für olympische Spiele und dem Generalsekretariat aus allen Teilen Deutschlands Zuschriften zu, die die Hoffnung ausdrückten, daß der Reichstag den Beschluß der Budgetkommission nicht zu seinem eigenen machen werde. Von verschiedenen Seiten sind auch Geldsummen eingesandt worden. Der Senat in Bremen gewährte eine Beihilfe von 5000 Mark. Der Senat in Lübeck beschloß, zur Förderung der Bestrebungen des Reichsausschusses auf fünf Jahre eine jährliche Beihilfe von 200 Mark zu bewilligen.

Berlin, 20. Jan. Der Kaiser hat im Schlosse den Vortrag des Reichskanzlers entgegengenommen.

Bukarest, 20. Jan. (W. B.) Der Thronfolger Prinz Ferdinand ist mit dem Prinzen Carol von Berlin abgereist.

Washington, 20. Jan. Der Marinesekretär Daniels erklärte sich bereit, zu erlauben, daß ausländische Schiffbauer Angebote für amerikanische Kriegsschiffe machen. Es soll dadurch ein größerer Wettbewerb mit den privaten amerikanischen Werften hervorgerufen werden.

Frankfurt, 20. Jan. Auf Grund eines heute Nacht bei der hiesigen Kriminalpolizei eingegangenen telegraphischen Ersuchens der Polizeibehörde in Philadelphia wurde der 35jährige italienische Arbeiter Gaetano Pezirolli, der Predigerstraße 6 wohnte, wegen Ermordung und Beraubung seiner Schwester Maria in Philadelphia festgenommen und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. So weit aus dem telegraphischen Ersuchen hervorgeht, ist Pezirolli im November in Philadelphia unter dem Namen Pietro Galiano aufgetreten … unter diesem Namen Briefe und Pakete. Er gibt zu, daß er den falschen Namen benutzt hat, bestreitet aber den Mord und Raub an seiner Schwester. Pezirolli war am 13. Dezember 1913 von Philadelphia nach Deutschland abgereist und am 29. Dezember hier eingetroffen.

r Wiesbaden, 20. Jan., 5.55 N. Die hiesige Staatsanwaltschaft setzt sofort auf die Ermittlung des Raubmörders Karl Müller eine Belohnung von 500 Mark aus.

ꝛ Stuttgart, 20. Jan., 3.50 N. Der Stuttgarter Nikolauspflege für Blinde hat nach dem „Beobachter" Prof. Dr. Karl Roth eine Schenkung in Höhe von 100 000 Mark gemacht.

Hohenheim, 20. Jan. Die Erdbebenwarte verzeichnete heute Nachmittag ein mittelstarkes Erdbeben. Der Herd befindet sich in einer Entfernung von 8500 Kilometer. Der erste Vorläufer traf 1 Uhr 13 Minuten 10 Sekunden ein.

Bukarest, 20. Jan. Im ganzen Lande herrscht Schneesturm.

Der Krupp-Prozeß vor dem Oberkriegsgericht.

Berlin, 20. Jan. Zeuge Grünwald, Bureauvorsteher der Firma Krupp in Essen, erklärte, daß die Kenntnis der Konkurrenzpreise für die Firma Krupp von keinem Wert gewesen sei, aber niemals dazu benutzt wurde, die Preise in die Höhe zu setzen. Die Kenntnis der Konkurrenzpreise habe lediglich dazu gedient, die Preise zu regulieren. Der Handelsbevollmächtigte Zeuge v. Dewitz schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des vorherigen Zeugen an; auch er bekundet, daß die Firma Krupp auf Grund der Kenntnis der Konkurrenzpreise niemals die Preise erhöht habe. Es gebe überhaupt keine Bestimmung, wonach die Firma Krupp gleichzeitig mit der Einladung zur Beteiligung an den Lieferungen die Mindestpreise mitgeteilt werden sollen, sonst müßte dann der Firma Krupp ein Teil der Lieferungen gegeben werden. Dies wird von dem militärischen Sachverständigen bestätigt. Der Zeuge wird vereidigt. Im Gegensatz zu der Vorverhandlung, in welcher von einer Vereidigung Abstand genommen wurde, ist inzwischen das gerichtliche Verfahren gegen Mitwisserschaft eingestellt worden. Ferner wird noch Direktor Dreger als Zeuge vernommen. Obwohl dem Zeugen der letzte Verkehr Brandts mit den Zeugoffizieren nicht gefiel, hatte er, wie er aussagt, doch nicht den Gedanken daran, daß Brandt den Offizieren Gelder gab; er machte auch Brandt darauf aufmerksam. Der Zeuge, der in der Voruntersuchung wegen der gegen ihn schwebenden Untersuchung auf Anstiftung zum Militärverrat nicht vereidigt worden war, wird nach einer Beratung des Gerichtshofes vereidigt. Für den Rest der Verhandlungstages wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Nächste öffentliche Sitzung Mittwoch.

Vermischtes.

X Aachen. Die Annahme, daß das ganze Projekt der Verlegung des hiesigen Badebetriebes in den Stadtgarten gefährdet erscheine, hat sich doch nicht bestätigt. Die Stadtverordneten beschlossen nämlich, den Umbau des Badehauses nach den auf Grund des Gutachtens Prof. Fischers in München ausgearbeiteten Plänen der Firma Stähr in München trotz der von verschiedenen Seiten erhobenen Einsprüche auszuführen. In einer Erklärung behandelte Oberbürgermeister Veltman die gegen das Projekt geübte scharfe Kritik und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Beschluß der Stadtverordneten dem Aachener Badewesen zu neuem Leben verhelfen und der Stadt zum Segen gereichen werde.

K Barmen, 16. Jan. Der Barmer Haushaltsplan für das Jahr 1914 weist gegen den vorjährigen eine beträchtliche Steigerung von etwa ½ Million auf. Eine Steuererhöhung … Der gesamte Plan bewegt sich in Einnahme und Ausgabe mit 10 715 000 Mk.

w Stromberg (Hunsrück), 18. Jan. Gestern 11½ Uhr fuhren hier ein Güterzug und ein Personenzug zusammen. Die Verletzungen der Reisenden sind leichter Natur. Es ist zu verwundern, daß auf der hiesigen Station, wo eine Menge Züge kreuzen, und wo die Lokomotiven Züge nur unmittelbar vor der Einfahrt gesichert werden können, keinerlei Vorsignale sind.

= Saßnitz, 18. Jan. Der durch die Sturmflut angerichtete Schaden ist für Saßnitz von einer Regierungskommission auf 70 000 Mark geschätzt worden. Ueber Maßnahmen … wurde bereits in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung beraten. Es wurde die Errichtung einer massiven Schutzmauer von der Landungsbrücke an bis zu der vorspringenden Ecke der Promenade ins Auge gefaßt. Beschlossen wurde angesichts der schweren finanziellen Aufwendungen für Instandsetzung und Instandhaltung der Seebadeeinrichtungen eine Aenderung der Kurtaxordnung in dem Sinne, daß die Kurtaxe nach der fünften Nacht erhoben werden soll (50 Pfennig); die bisherige Bestimmung war … Jahren in Geltung, hat sich aber damals nicht bewährt; … die Dauer der Zahlungspflicht von 10 auf 12 Tage ausgedehnt worden.

Frankfurter Handelsblatt.

Wiedergabe der mit * bezeichneten Artikel und der Privat-Depeschen ist unter Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen nur mit deutlicher Quellenangabe „Frkf. Ztg." gestattet.

*** Deutsche Hypothekenbank A.-G., Berlin.** Das Institut zählt zu den wenigen Banken, die im letzten Jahr ihren Obligationenumlauf und entsprechend den Hypothekenbestand erhöhen konnten. Das wurde durch die Ausgabe 4½proz. Titres erreicht, welche die Bank, dem Beispiel der Berliner Hypothekenbank folgend, im vorigen Jahr ausgegeben hat. Von den neuen *M* 20 Mill. betragenden 4½proz. Stücken waren bis Jahresschluß *M* 14.83 Mill. verkauft; dagegen flossen an 4proz. Obligationen *M* 5.71 Mill. und von den geringer verzinslichen *M* 1 Million zurück. Wegen der Zurückhaltung im Hypothekengeschäft war der Ueberschuß des Hypothekenbestandes über den Obligationenumlauf im Durchschnitt wesentlich geringer, weshalb auch der Zinsüberschuß zurückging. Nach Rückstellung von *M* 95 460 (0) für den Wehrbeitrag ergibt sich fast der gleiche Reingewinn wie im vorigen Jahr. Auch dessen Verteilung bleibt die gleiche. Die Dividende beträgt bekanntlich wieder 8 pCt. Aus dem Verkauf der 4½proz. Obligationen ergab sich ein Disagioverlust von *M* 121 457, der dem Provisionskonto entnommen wurde. Aus dem Rückkauf der sonstigen Obligationen wurde ein Disagiogewinn von *M* 364 260 (i. V. *M* 134 020) erzielt. Dieser Betrag wurde dem Agiovortrag überwiesen, der sich nunmehr auf *M* 2 008 151 (*M* 1 643 891) stellt. Aus dem früheren Agiogewinn von *M* 708 000 wird ein Betrag von *M* 300 000 jetzt der Reserve II überwiesen. Der Provisionsvortrag beträgt einschl. der Neuzuweisung von *M* 100 000 nunmehr *M* 850 000 (*M* 750 000).

(in Mark)	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Aktienkapital	15 Mill.	15 Mill.	18 Mill.	18 Mill.	18 Mill.	18 Mill.
Hypothekenzinsen	10 860 258	10 880 747	11 878 146	12 060 951	13 020 008	13 428 479
Obligationenzins.	8 631 746	8 491 178	10 021 055	11 129 806	11 647 005	11 745 450
Zinsüberschuß	1 308 318	1 395 569	1 424 983	1 659 493	1 698 305	1 673 656
Vortrag	214 798	115 064	197 918	227 217	259 437	246 404
Kostenbeiträge	38 742	45 113	40 084	29 420	25 784	34 984
Sonstige Zinsen	186 248	299 408	283 154	282 129	238 410	352 506
Provisionen	284 245	420 278	380 973	437 126	348 902	349 168
Wechselzinsen	139 805	84 778	103 102	101 122	98 519	159 871
Bruttogewinn	2 307 023	2 360 239	2 424 494	2 736 747	2 742 807	2 818 050
Unkosten	403 920	348 842	362 295	398 075	388 510	480 466*)
Oblig.-Anfertig.	55 715	89 916	157 022	156 541	76 269	232 752
Zum Agiovortrag	—	—	—	—	100 000	—
Reingewinn	1 442 880	1 518 417	1 507 199	1 774 915	1 743 471	1 747 347
do. samt Vortrag	1 557 388	1 633 478	1 705 117	2 002 132	1 978 928	1 993 842
Reserve	200 000	—	—	84 444	—	100 000
Spezial-Reserve	100 000	100 000	100 000	—	100 000	—
Talonsteuer-Res.	—	—	50 000	50 000	50 000	50 000
Dividende	1 125 000	1 200 000	1 200 000	1 440 000	1 440 000	1 440 000
in Prozenten	7½	8	8	8	8	8
Tantieme	89 325	97 564	89 959	104 024	104 454	104 918
Unterstütz.-Fonds	28 000	28 000	28 000	28 000	28 000	28 000
Abschr. Bankgeb. Mobil.	—	—	—	56 120	—	—
Vortrag	115 063	197 918	227 217	259 437	246 404	269 925

*) einschl. Mk. 95 460 Rückstellung für Wehrbeitrag.

Der Hypothekenbestand zeigt mit *M* 288.12 (i. V. 282.07) Mill. eine Zunahme von rund *M* 6 Mill.; der Neuzugang betrug *M* 14.31 (11.87) Mill. bei einem Zinsfuß von 4% bis 4½ pCt., sowie 1½ bis 2 pCt. Provision und die Rückzahlungen *M* 8.60 (11.25) Mill. Im Register standen *M* 285.70 (277.88) Mill., von denen *M* 0.13 (0.17) Mill. als Obligationendeckung nicht in Ansatz kommen.

Auf Amortisationshypotheken entfallen Mark 36.51 (34.71) Mill. Außerhalb des Registers befanden sich *M* 2.42 (4.71) Mill., wovon *M* 2.08 (2.79) Mill. mit geringer Ausnahme unterlagsfähige Hypotheken, die aus formalen Gründen dem Treuhänder noch nicht übergeben werden konnten. Sämtliche Hypotheken sind erststellig. Von den Registerhypotheken ruhen *M* 272.80 (264.14) Mill. auf städtischen und *M* 14.51 (15.17) Mill. auf ländlichen Objekten. Die Stückelung ergibt einen höheren Durchschnitt von *M* 96 140 (94 644). Auf Beleihungen bis *M* 100 000 entfallen 2056 (2153) mit *M* 76.12 (77.39) Mill., bis *M* 500 000 insgesamt 786 (720) mit *M* 144.29 (141.31) Mill., bis *M* 1 Million 46 (48) mit *M* 32.72 (32.59) Mill. und bis *M* 5 Mill. 18 (15) mit Mark 30.38 (28.29) Mill. Sieben Hypotheken in Beträgen von Mark 930 000 bis *M* 1 230 000 bilden gleichberechtigte Hälften, drei in Beträgen von *M* 585 000 bis 1 200 000 gleichberechtigte Drittel von Gemeinschaftshypotheken. In Berlin und Vororten ruhten *M* 121.66 (182.76) Mill. in 976 (950) Posten, vom Rest die Mehrzahl in Ostdeutschland. Die Zinsrückstände werden für Ende 1913 auf *M* 33 297 (*M* 15 507) gleich 0.27 (0.13) pCt. des Solls angegeben. Die Zahl der Zwangsversteigerungen, die bei der Bank von jeher auch die Vorfälle bei freien Hypotheken einbegriff, betrug 62 (68), die der Zwangsverwaltungen 106 (115). In 33 der 62 Fälle konnte das Darlehen voll auf dem Grundstück belassen werden. Den Gesamtsteigpreisen von *M* 7.00 (9.54) Mill. standen *M* 5.59 (7.61) Mill. gleich 78.8 (81.2) pCt. Beleihungen gegenüber, wozu die Bank zu berücksichtigen gibt, daß die hinter dem Bankdarlehen eingetragenen Gläubiger wegen der Kostenersparnis zur die voreingetragenen Posten anzubieten pflegen, und daher die Meistgebote oft den wirklichen Wert der Grundstücke bei weitem nicht erreichen. 12 (15) der Subhastationen entfielen auf die Provinz Posen, 28 (37) auf Berlin und Vororte. Bei 103 (134) freihändigen Verkäufen betrug der Gesamtkaufpreis *M* 10.20 (16.89) Mill. gegenüber einer Gesamtbeleihung von *M* 5.41 (9.58) Millionen gleich 53 (56.67) pCt.

Der Umlauf an Hypotheken-Obligationen hat sich um *M* 8.32 (1.65) Mill. auf *M* 274.48 (266.16) Mill. erhöht. Davon sind *M* 0.50 (0.54) Mill. 5proz., *M* 34.74 (21.88) Mill. 4½proz., *M* 217.86 (221.54) Mill. 4proz., *M* 9.38 (9.91) Mill. 3¾ proz. und *M* 12 (12.46) Mill. 3½proz. An Kommunal-Obligationen waren zum Jahresschluß Mark 25.57 (24.18) Mill. in Umlauf, davon *M* 19.88 (18.32) Mill. 4proz., *M* 1.28 Mill. (wie i. V.) 3¾ proz. und *M* 4.41 (4.46) Mill. 3½proz. Diesen Obligationen standen *M* 28.93 (25.50) Mill. Kommunaldarlehen gegenüber.

Aus der Bilanz ist zu erwähnen, daß die Bank zum Jahresschluß über *M* 6.82 (4.58) Mill. bar und Bankguthaben, *M* 1.60 (2.16) Mill. Wechsel und *M* 1.67 (1.92) Mill. Effekten (deutsche Staatspapiere) verfügte. Sie hatte ferner *M* 0.26 (0.25) Mill. Hypotheken in Lombard. An Reserven sind, neben der ordentlichen von *M* 4.10 Mill. die Reserve II mit künftig *M* 1.10 (0.70) Mill., sowie die obenerwähnten Agio- und Provisionsrücklagen vorhanden.

*** Neue Magdeburger Stadtanleihe.** Angesichts der angekündigten Emission der neuen Anleihe erhalten wir über die finanzielle Lage der Stadt eine Auskunft, der wir folgendes entnehmen: „Den Hauptwert stellen im städtischen Haushalt die werbenden Anlagen dar. Als solche sind anzusehen das städtische Gas- und Wasserwerk, das städtische Elektrizitätswerk, der städtische Schlacht- und Viehhof, das Industriegelände, der Hafen, die Gutswirtschaft Körbelitz, sowie ein nicht unerheblicher Grundbesitz. Diese Anlagen, die zur Vermögens- und Schuldenverwaltung des städtischen Etats teilweise erhebliche Beträge beisteuern, stellen lediglich zum Einstandswerte veranlagt ein Wertobjekt von ca. *M* 70 Millionen dar; ihr Geschäftswert ist natürlich ein ungleich höherer. Hierzu treten andere städtische Anlagen, wie Krankenhäuser, Friedhöfe, Theater, Schulen, Museen usw., deren Wert mit etwa 60 Millionen zu veranlagen sein dürfte, sodaß sich ein Gesamtvermögensbestand von ungefähr *M* 130 Millionen ergibt. Diesen Aktivbeständen stehen gegenüber die Anleiheschulden der Stadt in Höhe von ca. *M* 65 Millionen. Dazu treten die etwa in Höhe von *M* 4 Millionen ausgegebenen Pfandbriefe des Pfandbriefamts der Stadt Magdeburg. Die Steuerkraft der Stadt beträgt nach dem letzten Jahresetat ca. *M* 12 Millionen, während die Verzinsung und Tilgung der Anleihen ungefähr *M* 4 Mill. erfordern."

*** New Yorker Börse.** Aus New York, 8. d. M., schreibt unser R-Korrespondent: „Die Zeit, in der an der hiesigen Börse der Aktienumsatz täglich mitunter auf eine Million Shares stieg, scheint endgültig vorüber zu sein. Jedenfalls wurde diese Zahl im letzten Jahre an keinem einzigen Tage erreicht und im vorletzten nur an fünf, während es z. B. im Jahre 1907 etwa 140 Tage gab, wo ein solcher Umsatz zu verzeichnen war. Seit 1897 gab es 19 Monate, in denen der Tages-Durchschnitt die genannte Menge überstieg, aber diese Monate liegen alle zwischen 1901 und 1908 einschließlich. (Im neuen Jahr zeigt auch die New Yorker Börse wieder einige Belebung, wie die letzten Umsätze und der Preis des gestern verkauften Börsensitzes zeigten. D. Red.) Um die Interessen der Börse gegen immer wieder auftauchende Vorschläge zur „Regulierung" des Effektenverkehrs, die sowohl im Kongreß wie in einzelstaatlichen Legislaturen an der Tagesordnung sind, zu schützen, bilden die Teilhaber von an der Börse vertretenen Firmen eine Vereinigung, der sich bis jetzt 500 Mitglieder angeschlossen haben. — Neuerdings wird wieder versucht, die sehr darniederliegende Arbitrage zu beleben. Bekanntlich ist diese vom Börsenvorstand auf den Grund hin, es seien Verletzungen der Kommissions-Vorschriften zu befürchten, außerordentlich eingeengt worden. Mit Inlandplätzen hat schon lange keine Arbitrage mehr bestanden und mit dem Ausland ist sie auf 15 000 Shares täglich oder weniger gesunken, während früher London allein etwa 40 000—50 000 Shares täglich zum Verkehr beitrug. Jetzt ist eine schon von 600 Mitgliedern der Stock Exchange unterschriebene Petition in Umlauf gesetzt worden, welche bei dem Vorstand die Milderung der Arbitrage-Bestimmungen in Anregung bringt."

*** Ein neues Jessenitz-Projekt.** Nach zwei gescheiterten Reaktivierungstransaktionen verlautet jetzt von einem projektierten Umtausch der Kuxe der Gewerkschaft Wendland gegen Jessenitz-Aktien (total *M* 5 Mill.), die zuvor einer Zusammenlegung zu unterwerfen sein würden. Die letzte Jessenitz-Bilanz (per Ende 1912) hatte bei *M* 2.05 Mill. Obligationenumlauf eine Unterbilanz von fast *M* 2¾ Mill. nachgewiesen, ohne daß diese Unterbilanz den tatsächlichen Wert der Aktiva der Gesellschaft deklariert haben dürfte. Soweit man hört, soll Wendland gegen pfandrechtliche Sicherheit nach erfolgtem Umtausch ein Darlehen von Jessenitz erhalten. Ueber den Umtausch wie über den Zusammenlegungsmodus soll eine Einigung noch nicht erzielt sein. Es handelt sich bei diesem Projekt um einen Versuch, die Barmittel von Jessenitz, die Mitte 1913 auf etwa *M* 1 Mill. beziffert wurden und die den wesentlichsten Rückhalt der ca. *M* 2 Mill. Jessenitz-Obligationen darstellen, für eine Finanzierung der Gewerkschaft Wendland zu verwenden und den Jessenitz-Aktionären für die Zustimmung zu der Transaktion eine Beteiligung an der Gewerkschaft Wendland zu gewähren, über deren Ausmaß noch keine Klarheit zu gewinnen ist. Nicht klar ersichtlich ist ferner, was mit den Jessenitz-Obligationären, die doch in allererster Linie bei der Verwendung der Mittel der Gesellschaft in Betracht kommen sollten, geschehen soll, ob etwa diese Obligationäre lediglich durch das Pfand abgefunden werden sollen, das Wendland für die Barmittel von Jessenitz, aus denen Wendland ein Darlehen erhalten soll, bietet. Die Gewerkschaft Wendland gehört zum Teutoniakonzern. Zwischen Wendland, Teutonia und Ilsenburg bestehen Durchschlägigkeitsverträge. Wendland ist bereits mit *M* 2 Mill. 5proz. Obligationen belastet; die Gewerkschaft verfügt über 5½ preußische Normalfelder. Der Schachtbau wurde im September 1909 begonnen. Wendland hat eine Abwässerkonzession von 5000 Dztr. Das Unternehmen ist noch im Baustadium, der Schacht war im Dezember 1913 270 m tief und stand damals vom Liegenden des Hartsalzes bei 254 m ab im Carnallit. Im Februar 1914 soll der Antrag auf Erteilung der provisorischen Quote für Wendland gestellt werden. Nach dem Finanzprogramm waren für 1913 *M* 500 000, für 1914 *M* 700 000 erforderlich; für 1913 wurden *M* 500 000 Zubuße bewilligt. Bis Ende 1912 waren zuvor *M* 915 000 Zubuße eingezogen worden. Alles in allem ist Wendland somit eines jener jüngeren Kaliwerke, deren endgültige Finanzierung noch aussteht, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich wohl auch, zumal die Lastenmehrung durch die Kalinovelle bevorsteht, sich nicht eben leicht vollziehen dürfte. Daraus erklärt sich wohl auch der Wunsch der Interessenten von Wendland, aus den Mitteln der Kaliwerke Jessenitz schöpfen zu können. Für die Wendlandkuxe wurde zuletzt ein Briefkurs von *M* 900 genannt. Das neue Jessenitzprojekt macht auf den ersten Blick keinen besonders günstigen Eindruck, wenigstens solange nicht, als nicht bekannt wird, ob ausreichend für die Jessenitzobligationäre vorgesorgt ist. Aber auch die Jessenitzaktionäre werden zu beachten haben, daß, wenn sie Wendlandkuxe in Eintausch nehmen, sie unter Umständen nicht am Ende ihrer Kapitalleistungen sein werden. Denn schließlich weiß man ja bisher noch nicht, welche Mittel für Wendland noch aufzuwenden sein werden. Sind aber einmal die Jessenitzaktionäre Wendlandgewerken geworden, so lastet der finanzielle Bedarf des neuen Interessenkreises in erster Linie auf ihnen.

*** Die neue preußische Anleihe.** Zu den Frankfurter Zeichnungsstellen auf die neuen 4proz. Schatzanweisungen gehört auch die in unserem Artikel im Abendblatt irrtümlicherweise nicht erwähnte Pfälzische Bank.

*** Aus der Schlittschuh-Industrie.** Aus Remscheid, 19. d. M., wird uns geschrieben: „Das anhaltende Frostwetter ist der Schlittschuhindustrie Remscheids und der benachbarten Orte trotz des eben verflossenen Weihnachtsfestes sehr zu statten gekommen. Die Läger waren infolge der milden Winter der letzten zwei Jahre überfüllt. Ueber Nacht ist eine Wandlung eingetreten. Von allen Seiten laufen so reiche Bestellungen ein, daß in allen Betrieben auf absehbare Zeit ausreichende Arbeit vorhanden ist."

*** Emmericher Creditbank A.-G., Emmerich.** Die Dividende für 1913 wird mit 6 pCt. vorgeschlagen gegen 5 pCt. im Vorjahre.

*** Lothringer Brauerei A.-G., Metz-Devant-les-Ponts.** Die Gesellschaft macht bekannt, daß gegen die Beschlüsse der Generalversammlung vom 29. Dezember 1913, soweit sie die Abschreibungen aus den Reserven anordnen und die Bewilligung der Aufsichtsratstantième betreffen, ferner soweit bezüglich dieser Punkte Entlastung erteilt wird, durch Herrn D. Alexander Beckh - Straßburg Anfechtungsklage erhoben ist. Der erste Termin steht vor dem Landgerichte Metz am 10. Februar d. J. an. Die Gesellschaft hatte aus den jährlichen Reingewinnen große besondere Reserven angesammelt und zur Verfügung des Aufsichtsrates gestellt. Aus diesen Reserven erhielten die Aktionäre vor zwei Jahren einen Betrag, der einer 50proz. Einzahlung auf die damalige Aktienkapitalerhöhung von *M* 1 050 000 entsprach, also *M* 525 000 ausmachte. Es verblieben dann noch per 30. September 1912 *M* 2.57 Mill. besondere Reserven. Wegen der in den letzten Jahren eingetretenen Depression auf dem Immobilienmarkte — die Gesellschaft hat einen großen Häuser- und Grundstücksbesitz und einen großen Darlehensbestand — und mit Rücksicht auf die erfolgte Erneuerung der maschinellen Einrichtung nahm die Verwaltung Extraabschreibungen auf die Anlage-Konti und Debitoren aus diesen Reserven vor. Diese Abschreibungen betrugen *M* 2.06 Mill. Gegen diese Abschreibungen richtet sich die Anfechtungsklage. Nach den vorgenommenen Abschreibungen verbleiben der Gesellschaft noch an Rücklagen total einschl. der gesetzlichen Reserve und Vortrag *M* 1.06 Mill. bei einem Aktienkapital von *M* 2.10 Mill. Die Berechnung der Aufsichtsratstantième ist angefochten, weil vom Kläger behauptet wird, die Steigerung von 10 pCt. um je 1 pCt. für je 10 000 besondere über die gewöhnlichen Sätze hinausgehenden Abschreibungen oder Rücklagen bis zu 20 pCt. im Maximum sei nicht zulässig, obwohl diese Tantième im Gesellschaftsvertrage von 1899 festgelegt ist.

Stettiner Spritwerke A.-G., Stettin. Das Unternehmen, das dem Sinnerkonzern in Karlsruhe-Grünwinkel angehört, berichtet für 1912/13 von einem Umsatz aus den Lieferungen der angegliederten landwirtschaftlichen Brennereien von rund 50 (46) Mill. Liter r. A. Kartoffelbranntwein. Der Kundenkreis habe sich stark vergrößert, wodurch der Ausfall des durch die Verminderung der staatlichen Ausfuhrvergütung vollständig lahmgelegten Exportgeschäfts einigermaßen hat ausgeglichen werden können. In der chemischen Abteilung sei die Neuaufnahme weiterer Fabrikate vorgesehen. Es ergab sich ein Bruttoertrag, der ohne nähere Spezialisierung verzeichnet wird, von *M* 2 142 695 (i. V. *M* 2 006 615). Die Betriebsausgaben betrugen *M* 1 412 502 (*M* 1 245 836), wobei weder die Steuern, noch die Löhne, Zinsen, Bankspesen etc. spezialisiert sind. Bei Abschreibungen von *M* 185 047 (*M* 176 950) beträgt der Reingewinn *M* 544 279 (*M* 577 967), die Dividende 12 (13) pCt. Die Bilanz verzeichnet bei unverändert *M* 3.20 Mill. Aktienkapital die Akzept- und Buchschulden mit *M* 3.78 Mill. (i. V. *M* 1 Million Buchschulden), die Kreditoren für gestundete Verbrauchsabgaben mit *M* 2.04 (1.87) Mill., die Avalkreditoren und Steuerkredit-Bürgschaften etc. mit *M* 3.81 (3.75) Mill. Andererseits standen bei Debitoren *M* 2.31 (1.70) Mill. aus. Die Grundstücke sind mit *M* 2.17 (2.27) Mill. bewertet, die Vorräte mit *M* 0.31 (0.21) Mill. Unter den Aktiven erscheinen weiter *M* 0.46 Mill. (wie i. V.) Beteiligungen, *M* 0.17 (etwa wie i. V.) Kassa, Wechsel und Bankguthaben etc. und Mark 4.63 (2.29) Mill. Abschlagszahlungen auf den für die Spirituszentrale eingelagerten Spiritus. Die ordentliche Reserve, neben welcher *M* 30 000 (wie i. V.) Delkredererücklage bestehen, erhöht sich durch die diesjährige Zuweisung auf erst *M* 182 276 oder wenig über 5 pCt. des Aktienkapitals. Für das laufende Jahr glaubt die Verwaltung ein befriedigendes Erträgnis in Aussicht stellen zu können. Die Generalversammlung genehmigte, wie uns die Verwaltung telegraphisch mitteilt, die sämtlichen Vorlagen antragsgemäß.

*** Zahlungseinstellungen.** Aus Leipzig, 19. d. M., wird uns geschrieben: „Die Meeraner Baumwollweberei Wilhelm & Co. in Meerane i. Sa. ist in Konkurs geraten. Dem Vernehmen nach ist der Zusammenbruch durch das Verschwinden des zweiten Teilhabers mit veranlaßt worden. Um das Fortbestehen der Firma zu ermöglichen, wäre die Beschaffung neuer Mittel notwendig gewesen, was sich trotz dahingehender Verhandlungen nicht hat ermöglichen lassen. Der Status liegt noch nicht vor. Die Regelung der Angelegenheit ist dadurch erschwert, daß von einer Seite das Eigentumsrecht an den Webstühlen geltend gemacht wird."

Drahtmeldungen des Handelsteils.

Brüssel, 20. Jan., 3.40 N. Die **Börse** war anfangs fest, bei Schluß abgeschwächt auf zahlreiche Transaktionen.

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
Rio Tinto	1740	1755	Metropolit.	543.—	545.—	Gr. Dir.-A.	63.—	63.50
Randmines	144.50	147.—	Sweps. Elec.	737.—	742.—	Aumetz Fr.	793	792
Tanganyika	46.—	45.50	Parisienne	282.—	283.—	Kalinsk	1928	1950
Gen. Brasil	49.50	47.25	Str. Kaliw.	338.50	340.—	Mark-Rich.		
Türkenlose	200.—	202.—	Brasil Tract.	434.50	435.50	Eli. del. Gen.	1760	1750
Prince Henri	—.—	—.—	Mex. Tramw.	337.50	350.50	S. Gobain	—.—	2185
ultimo	793.—	780.—	Arg. Railw.	106.—	105.—	Privat-Disk.	3 11/16	3 11/16
Saragossa	—.—	438.—	Barcelona Tr.	141.—	140.25			
Nordspan.	—.—	446.—	B. Afr. Exp.	—.—	—.—			

T **Triest,** 20. Jan., 4.20 N. **Börse.** Creditaktien ultimo 633.—, Kärntnerbahn halbjähr. 641.—, Verkehrsbank einjähr. 631.—, Staatsbahn 710.75, Lombarden 104.—, Alpine 798.—, Türkenlose 234.50, Dacia 1710, Nationale 1240.—, Generali 1245, Austro-Americana Schiffahrt 369.—, Navigazione Libera Triestina 612.—, Kerka-Wasserkraftwerke 438.50.

W **Wien,** 20. Januar, 3 N. Die **Börse** war zum Schluß lustlos. Renten waren kaum verändert. Kreditaktien K 632.50, Staatsbahn-Aktien K 710.50, Lombarden K 104.25, Alpine Montanaktien K 797, Rima Muranyer K 680, Skodaaktien K 762.50, Prager Eisen Industrie K 2150, Friedrichswerke K 1278, Türkische Tabakregie-Aktien K 434.

Der **Privatdiskont** war billiger 4⅛ pCt.

s **Paris,** 20. Jan., 3.54 N. An der **Börse** machte sich zu Beginn eine neue Steigerung geltend. Später war die Haltung abgeschwächt. Rente lag matt. Serben waren schwächer. Mexikanische Werte steigend auf Deckungen. Nationalbankaktien Frs. 492 nach Frs. 505. Bank of London and Mexiko Frs. 275. Französische Industriewerte waren weiter gebessert. Rente Foncière Frs. 657. Der Devisenmarkt lag schwach.

Fonds.	19.	20.		19.	20.		19.	20.
3% Französ.	86.12	85.85	Créd. Lyon.	1693	1690	Mozambique	7.75	7.25
4% Brasil.	—.—	74.10	Banq. Ottom.	637.—	637.—	Mossamedes	17.50	17.25
5% Bulg. 03	496.20	491.25	Briansk	486.—	482.—	Tanganyika	45.50	45.50
3½% Jap.	96.90	96.65	Hartmann	565	562	Trans. Ld.	25.25	25.75
4% Arg. 1900	—.—	88.75	Lianosoff	443.—	438.—	Central Min.	197.—	198.—
Türkenlose	201.—	202.—	Sc. Bahne	1875	1862	Chartered	34.—	34.—
4% Türken	85.40	85.50	Maltzoff	774	793	General Min.	13.—	13.—
4% Spanier	85.90	86.—	Naphte Baku	718.—	718.—	Goerz & Co.	11.—	12.—
3% Port. I	62.10	—.—	S. Gen. Sicil.	69.25	68.75	Goldfields	54.—	54.—
3% do. III	64.10	64.60	Taganrog	427.—	429.—	**Montanwerte.**		
4½% do.	498.—	497.—	Tula	955	959	Balia Kar.	512.—	509.—
5% Russ. 06	103.20	103.20	Tubes Sosn.	722.—	725.—	Cape Copp.	118.50	117.50
4½% do. 09	97.50	97.40	Nap. Ri Pet.	310.50	312.50	Geld. Hoch	70.—	68.75
4% do. kons.	91.—	90.80	Caoutchouc	86.—	85.50	Kasachum	36.50	36.50
4% do. v. 81	—.—	—.—	Malacca Rubb.	116.50	117.50	Lena	31.75	31.—
3% do. v. 91	75.25	75.40	Air Comp.	377.—	385.—	Platine	642.—	646.—
Serben	80.90	80.90	Azote	274.—	279.—	Spassky	64.75	65.—
Transport-Aktien.			Orn. Cent.	—.—	732.—	Utah Copp.	270.—	271.50
Nord de l'Espagne	443.—	445.—	Phosphates	404.—	408.50	Harpener	1373	1365
Saragossa	437.—	436.—	Sosnowice	162.50	163.50	Rio Tinto	1733	1741
Brasil. Bahnen	158.—	159.—	Ch. Nord	689.—	699.—	Shansi	29.—	30.—
Mex. Tramw.	337.—	351.—	Cr. Tabacco	242.—	239.50	Sosnowice	1490	1507
Lombarden	112.—	110.—	**Südafr. Shares.**			Tharsis	165.—	166.—
Suez-Akt.	4850	4830	City Deep	69.—	—.—	**Wechsel.**		
Metropolit.	546.—	542.—	Crown Min.	159.50	160.—	Check a. Berlin	123.09	123.10
Tram Franç.	507.—	511.—	Goldfields	28.50	28.75	do. lang	122⅞	122½
Bank u. Industrie.			Debeers	433.—	434.—	Petersb.	265⅞	265¼
Banque Paris	999	996	East Rand	33.—	34.—	Ital. kurz	99.50	99.50
Azow Don	1572	1570	Jagersfont.	129.—	130.—	Check a. L.	25.23½	25.21½
Banq. Ac.	724.—	725.—	Randmines	145.—	146.—	Amsterd.		
Banq. de P.	1610	1612	Robinson Gold	69.—	69.—	Madrid	470.25	470.50
			Jahrbg. Inv.	24.25	24.75	Privatd.	3½	3½

m **London,** 20. Januar, 4.03 N. Die **Fondsbörse** verkehrte nach fester Haltung später ungleichmäßig. Vorübergehend drückten ungünstige Gerüchte über die Gesundheit des Deutschen Kaisers. (Von einer Unpäßlichkeit des Deutschen Kaisers ist hier nichts bekannt. D. Red.) Konsols notierten unter den festen Preisen. Fremde Werte lagen fest. Neue Brasilianer 93¼. Mexikaner notierten höher. Amerikaner waren unsicher. Kanadas lagen schwach auf die Krankheit Strathconas, des High Commissioner von Kanada. Mexikanische Bahnen waren steigend auf Gerüchte über die angebliche Abdankung Huertas. Kupferwerte, Diamantaktien und Südafrikanische Goldminen verkehrten schwankend.

Sämtliche Notierungen bedeuten die Mitte zwischen Geld- und Brief-Kursen.

Wechsel.	19.	20.		19.	20.		19.	20.
Deutsch. Pl.	20.71	20.68	Denv. & R. pref.	30¼	30¼	Knights	3 3/16	3 11/16
Paris	25.54	25.48	Erie com.	31½	31¼	Lake View C.	8/6	8/9
Petersburg	24¾	24¾	do. pref.	48¼	48½	Langl. Est.	1 7/32	1.—
3 Monatsw.	3⅛	3⅛	Gd. Trunk	21⅜	21¼	Modderfont.	12.—	12⅛
Tägl. Geld	2¾	2½	do. 3 pref.	49.—	49¼	do. B	4 5/32	4 5/32
Silber prpt.	26 5/16	26½	Illin. Centr.	113.—	116.—	Murex	1⅝	1 19/32
do. 2 Monate	26⅜	26 5/16	Louisv. Nash	140.—	142.—	Oceana	9/16	9/16
Staatsfonds.			Mo. Kans. ord.	24.—	26¾	Prem. Diam.	9⅛	9⅛
2½% engl. C.	73 11/16	73 11/16	Mo. Kans. Tex.	22½	22¾	Randf. Est.	1 7/32	1 7/32
Bucharest	75.—	75.—	Nat. Rail. of Mex. 1st pr.	28.—	31.—	Randmines	5 21/32	5 11/16
5 Argent. 86	101.—	101.—	do. 2nd. do.	10⅞	11¾	Rio Tinto	68¾	69⅛
5 do. Beleih.	101½	101½	Nw. York Ct.	93½	94½	Robinson Gold	2⅜	2 7/16
do. 97/1909	82.—	82.—	Norf. com.	106½	107.—	Rose Deep	2⅜	2⅜
2½ Bocaiuva	66½	66½	N. York Ont.	29⅝	29¼	Sim. & Jack	⅝	⅝
4 Brasil. 89	73.—	74.—	Pennsylvania	57¾	58.—	Spassky	2 11/16	2 11/16
4½ Chil. 06	91.—	91.—	Read. com.	87.—	87¼	Tharsis	6½	6½
5% China 95	101.—	101.—	Rock Island	14⅞	15.—	Transvaal C.	1 5/16	1⅛
4½% do.	93½	93½	South. Pac.	96¼	95⅝	do. Co. Land	1.—	1 1/32
Griech. Anl.	58.—	58.—	do. Railw.	25⅝	26¼	do. G. M. Est.	2 3/16	2½
do. 1889	44.—	44.—	Union Pac.	162½	162¾	Utah Copper	10½	10½
3½ Ind.	63¾	63¾	Wabash pr.	10.—	9½	Welgedacht	⅜	9/16
4½ Jap. 99	77¼	77¼	Westinghouse	64⅝	65⅛	Geers	13/32	13/32
4% do. 1911	82¾	82½	do. pref.	112¼	112½	Geduld	1 5/32	1 5/32
4½ do. 83 II	91¾	92.—	**Minen-Shares.**			Lanc. West	⅝	9/32
Mex. cons.	77¼	80.—	Amalgam	76¼	77⅛	Mex. Cons.	6/-	6/-
3% Mexik.	—	—	Anaconda	7⅛	7 3/16	Modd. Deep	14/3	14/6
3% Portug.	62.—	62.—	Angl. Fr. Exp.	13/16	⅞	Stuart	5⅜	5⅜
4% Russ. 89	89.—	89.—	Assoc. G. M.	8/3	8/9	Ang. Rhod.	4⅝	4⅝
5 Russ. 06 II	103½	104.—	Brakpan	2 15/32	2 15/32	Frontino	4/6	4/6
4 Span. ausl.	85.—	85.—	Cape Copper	4⅛	4⅛	Randf. Deep	⅛	⅛
4½ Columb.	49½	49½	Chartered	21/32	19/32	South West	22/6	22/9
Egypt. unif.	98.—	98½	City Deep	2⅝	2¾	Tudor	1/32	1/32
Uruguay	52.—	52.—	Cons. Min. S.	8/6	9/-	Van Dyk	6 11/16	6 9/16
Per. Corp. pr.	44.—	44½	Crown Min.	6⅜	6 7/16	Gener. Min.	5/16	5/16
do. com.	8⅜	8⅜	Debeers	17¾	17¼	Aurora West	13/32	13/32
4% Uruguay	68½	68½	East Rand Pr.	2 3/32	2 3/32	Stand. Cons.	13/32	13/32
3% Venez.	56¾	57.—	Ferreira D.	2⅛	2⅜	Meyer & Ch.	3 7/16	3½
Amerik. Bahnen.			Geld. Deep	2⅜	2 13/32	New Heriot	15/32	15/32
Atch. com.	99½	99¾	Geldenh. est.	2⅛	2⅛	New Kleinf.	⅝	⅝
Baltimore	94¾	95½	Gold Fields	19/32	21/32	Rand Coll.	3/32	⅛
Ches. & Ohio	65¾	66¾	Gr. Boulder	13/6	13/6	Randf. Nord	¼	9/32
Canada	213¾	217½	Great Fing.	⅜	⅜	Van Ryn	3 3/16	3 3/16
Chic. Gt. W.	13.—	13.—	Gr. Ferr. ab.	1/9	1/9	Westfal.	8/9	8/9
Chic. Milw.	105.—	105.—	Jumbos	2⅞	2⅞	Argent. v. 1.	19½	20.—
Denv. & Rio	18⅞	18¾	Jagersf. def.	5⅛	5 3/16	Mexik. pref.	24¾	24¾
			Gebr. Ashburt.	⅜	1.—	Per. Timbr.	48.—	48.—
						do. pref.	35¼	35.—
			Kalgurli	1 11/16	1 11/16	Shell Tr. ord.	102/9	103/9

E **New York,** 20. Januar, 10.15 V. Die **Börse** eröffnete ruhig mit nachgebender Tendenz und zurückhaltend auf die Botschaft des Präsidenten Wilson. Sehr matt lagen Canadian Pacific Shares infolge von europäischen Verkäufen.

	Schluß 19.	Anfang 20.		Schluß 19.	Anfang 20.
Atchison common	97.—	97⅜	Baltimore & Ohio sh.	92⅞	93⅛
Union Pacific sh.	158⅞	158⅛	Canada Pacific sh.	213½	212¼
Reading	165½	165⅛	Amalgamated Copper	75.—	75⅛
Southern Pacific	92⅞	94½	United St. Steel Corp.	63⅝	63⅝
Erie common sh.	30⅜	30⅛			

11.15 V. Die Haltung der Börse wurde dann unentschieden.

Die Umsätze beliefen sich in der ersten Börsenstunde auf 87 000 Shares.

Nach Paris wurden als erstes Engagement für $ 2 Mill. **Gold** verschickt.

Amsterdam, 20. Jan. **Schlußkurse.**

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
Scheck London	*)	**)	Amalgamat.	74⅞	75¼	South. Pac.	94.—	93⅞
do. Berlin	59½	59½	Steel	63⅛	63¾	South. Railw.	26.—	25¾
do. Paris	47.95	47.95	Niederl. Petr.	619.—	621.—	Union Pac.	158½	158⅜
do. Wien	50.19	50.20	Atchison	97⅞	97¼	Russ. Loi	192½	192½
Niederl. St.	77¾	77¾	Rock Island	15⅛	15¼	Markasin	60.—	60.—
do. Ind. Bk.	—.—	—.—						

*) 12.05⅞ **) 12.05⅛

Hamburg, 20. Jan. **Schluß-Kurse.** Fest.

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
3 Hamb. St.	79.75	79.50	Hg.-Südamerik.	167.30	166.—	Phönix	240.25	239.50
Baltimore	92.25	92.75	Nordd. Lloyd	118.75	117.80	Laurahütte	156.50	156.30
Canada Pac.	218.50	218.10	Komm. u. D. B.	109.40	109.10	Dynamit	176.50	176.10
Lombarden	22.10	22.10	Deutsche Bk.	251.—	251.25	Ver. Bar. Sell	246.—	246.—
D.-A. Dampfs.	192.20	192.25	Disk.-Kom.	189.10	190.—	Otavi Minen	119.—	119.75
Dyn. Kosmos	211.—	210.75	Kreditakt.	203.50	203.50	Hamb. Elektr.	182.60	182.25
Ostafrika-L.	122.75	122.20	Gelsenkirch.	192.40	192.10	Silb. u. Kärl	79.25	79.—
Paketfahrt	137.30	136.40	Harpener	184.—	184.90	Harr./Guld	78.75	78.50

Valparaiso, 19. Jan. Wechsel auf London 9—.

r **Berlin,** 20. Jan., 2 N. An der **Börse** notierten von Brauereiaktien Schultheiß 269 pCt., Spandauerberg - Brauerei 119.10 pCt., Patzenhofer 238.50 Prozent, Norddeutsche Steingut 180 Prozent, Augsburg-Nürnberg Maschinenfabrik 233.25 pCt., Lindström 188 pCt., Didier 142.50 pCt., Vogtländische Maschinen und Norddeutsche Lederfabrik schwach. Canadabezugsrecht 4.2750 pCt.

Jetzt (2 N.) ist die Börse still, aber ziemlich fest, zumal der Londoner Mexikanermarkt fest kommt auf Gerüchte, Huerta danke ab oder von einflußreicher Seite seien Friedensvermittlungsversuche eingeleitet worden. London meldet 3proz. Mexikaner mit 60 pCt., hier sind die Kurse noch nicht fertig.

Die inländischen Anleihen waren schwächer, nur die 3proz. Anleihe war bis 20 Pfg. höher. Russische Prioritäten waren fest. Der Industrieaktienmarkt war eher etwas schwächer, obwohl das Provinzpublikum mit Käufen am Markte war. Oelfabrik Groß-Gerau 2 pCt. höher, Norddeutsche Zellulose 214 pCt., weil im Kurse 15 pCt. Dividende lagen.

2.20 N. Jetzt sind Diskontokommandit 189.62 pCt., Canada 218 pCt., Phönix 239.87 pCt., Schiffahrtsaktien sind gut behauptet; entscheidend sei der 31. Januar, nicht schon der morgige Tag. Norddeutscher Lloyd 117.87 pCt., Packetfahrt 136.87 pCt. (Wiederholt.)

r **Berlin,** 20. Jan., 5.45 N. Die **Deutsche Pfandbriefanstalt in Posen,** deren Stammkapital von *M* 2 Mill. (i. V. *M* 1 500 000) der Staat besitzt, erhöhte im Jahre 1913 ihren Umlauf um *M* 5.41 (i. V. 5.12) Mill. auf *M* 16.42 Mill. und andererseits den Bestand an 4% und 4½proz. Amortisationshypotheken um *M* 5.89 (5.35) Mill. auf *M* 17.77 Mill. Nach Abführung von 3½ pCt. Zinsen an den Staat mit *M* 28 958 (*M* 5062) bleiben *M* 96 791 (*M* 68 166) Reingewinn.

Das Bezugsrecht auf die jungen Aktien der **Brown, Boveri u. Co.** A.-G. soll morgen zum ersten Male notiert werden.

Die Kursk-Kiew-Eisenbahn-Aktien (Moskau-Kiew-Woronesch-Bahn) gelangten heute an der hiesigen Börse mit 467 pCt. zur Notiz. Gegen die letzte Notierung vom 31. Dezember 1913 ergibt sich also eine Steigerung um 67 pCt.

Für **mexikanische Werte** kamen schließlich folgende Notierungen zustande: 5proz. Mexikaner 79½ (gestern 77.75) pCt., kleinste Stücke 79.20 (77.75) pCt., 4proz. Mexikaner 68.50 (66.80) pCt. bezw. 68.75 (67.80) pCt., Bewässerungsanleihe 68 (65.70) pCt., 5proz. Tehuantepec-Anleihe 88.75 (86.50) pCt. bezw. 89.25 (86.60) pCt. 4proz. Tehuantepec 82 (81) pCt.

Zur Zulassung an der Börse beantragt sind von der Diskonto-Gesellschaft, der Bank für Handel und Industrie und der Nationalbank für Deutschland *M* 1 500 000 4proz. Anleihen der Stadt **Herne** von 1909.

Der zu heute anberaumte Termin in der von den **Diamantenförderern** gegen das Kolonialamt angestrengten Feststellungsklage betr. die Verstaatlichung der Regie wurde vertagt, da die Parteien nicht erschienen waren.

Seit kurzer Zeit befindet sich die **Favorite Rekord A.-G.** in Linden bei Hannover im Konzern der Carl Lindström A.-G. Diese hat am 23. Dezbr. verschiedene Beschlüsse fassen lassen, die die Folge davon sind. Gegen diese Generalversammlungsbeschlüsse hat die Bankfirma von Koenen u. Co. in Berlin (Inhaber Geh. Regierungsrat Rosenthal) Anfechtungsklage erhoben mit Termin am 20. Januar d. J. Die Beschlüsse betreffen u. a. Herabsetzung des Grundkapitals, Abschließung einer Interessengemeinschaft mit Firmen des Lindström-Konzerns, Vermehrung der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder.

Die neuen Aktien der **Hamburg-Amerikanischen Paketfahrtgesellschaft** sollen morgen zum ersten Male notiert werden.

Die **Eisenhandels-Statistik** gibt jetzt für Eisen und Eisen-erzeugnissen die Dezember-Ausfuhr mit 378 805 t (November 523 069 t) an und damit die Ausfuhr für das ganze Jahr mit 6 497 262 (i. V. 6 042 023) t im Werte von Mark 1339.26 (1180.80) Millionen. An Maschinen wurden ausgeführt im Dezember für ℳ 80 (November 58) Mill., an elektrotechnischen Erzeugnissen für ℳ 36 (November 29) Mill. und damit im ganzen Jahre an Maschinen ℳ 678 (630) Mill. und an elektrotechnischen Erzeugnissen ℳ 290 (240) Mill.

Leipzig, 20. Jan., 5.55 N. Die Generalversammlung der **Maschinenbau-A.-G. Golzern-Grimma** genehmigte den dividendenlosen Abschluß und beschloß, den ausgewiesenen Reingewinn von ℳ 21 106 der Reserve zuzuweisen. Der alte und der jetzige Vorstand wurden einstimmig und der Aufsichtsrat mit 241 gegen 96 Stimmen entlastet. Ein Aktionär hatte beantragt, dem Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern und ihn für die Unterbilanz verantwortlich zu machen. Die Verwaltung teilte mit, daß noch drei Prozesse gegen die Gesellschaft schweben.

Zürich, 20. Jan., 5.47 N. Bei der **Banca Cantonale Ticinese** ist gutem Vernehmen nach mindestens das Aktienkapital gänzlich verloren. Die Schweizerische Kreditanstalt, der Schweizerische Bankverein, die Union Financière und die Kantonalbank Bern verhandeln in Bern unter dem Vorsitz der Nationalbank wegen einer Hilfsaktion in Form der Gründung einer neuen Bank unter Mitwirkung des Kantons Tessin, die später vom Kanton übernommen und als Kantonalbank weitergeführt werden soll.

St. Gallen, 20. Jan., 4.30 N. Die **Mittelthurgaubahn** (Konstanz—Weinfelden—Wil), von der die Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft in Köln Frs. 200 000 Aktien und Frs. 2.50 Mill. Obligationen besitzt und für welche sie Zinsengarantie leistet, erzielte in 1913 eine Gesamteinnahme von Frs. 430 282 (gegenüber dem Vorjahr Frs. 15 217 mehr). Der Personenverkehr nahm ab und der Güterverkehr zugenommen.

Bern, 20. Jan. (W. B.) Wie es scheint, erlitt die, wie gemeldet, in Schwierigkeiten geratene **Tessiner Kantonalbank** (eine reine Privatbank) besonders in Italien große Verluste. Die Tessiner Regierung hat nunmehr die Initiative zur Schaffung einer tessinischen Staatsbank ergriffen. Die Aufregung der tessinischen Bevölkerung ist außerordentlich. Da die Konferenz schweizerischer Banken bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt hat, hat nunmehr die Schweizer Bundesregierung die Initiative ergriffen, um in Verbindung mit den schweizerischen Großbanken eine Hilfsaktion durchzuführen. Sie beabsichtigt die Schaffung einer Interventionsbank, um die schwer betroffene Bevölkerung vor weiterem Schaden zu bewahren und die Liquidation der zusammengebrochenen Tessiner Institute durchzuführen. Heute tritt in Bern eine Konferenz zusammen, in der der Bundesrat offiziell durch zwei Mitglieder vertreten ist.

Paris, 20 Jan. **Produkten.** (Anf.) Wetter: Kalt.

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
Roggen Jan.	18.75	18.75	Mehl Mai-Aug.	35.25	35.20	Spiritus Jan.	45.—	44 ³/₄
do. Febr.	18.75	18.75	Tend. Sch.			do. Febr.	45 ¹/₂	45 ¹/₂
do. März-Juni	18.75	18.75	Talg			do. Mai-Aug.	46.75	46.75
do. Mai-Aug.	18.75	18.75	Leinöl Jan.	[illegible]	[illegible]	do. Sept.-Dez.	44 ¹/₂	44 ¹/₂
Tend. Ruhig			do. Febr.	[illegible]	[illegible]	Tend. Matt		
Weizen Jan.	26.40	26.45	do. März-Juni	[illegible]	[illegible]	Rohzucker		
do. Febr.	26.55	26.55	do. Mai-Aug.	[illegible]	[illegible]	88% Jan.	27 ³/₈	27 ¹/₂
do. März-Juni	26.55	26.55	Tend. Stet.			Tend. Ruhig		
do. Mai-Aug.	26.75	26.75	Rüböl Jan.	77.—	77.—	Zucker Jan.	31 ¹/₂	31 ¹/₂
Tend. Ruhig			[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mehl Jan.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
do. Febr.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
do. März-Juni	[illegible]	[illegible]	Tend. Willig			[illegible]	[illegible]	[illegible]

Amsterdam, 20. Jan. **Produktenmarkt.** [illegible]

Hamburg, 20. Jan., 2 N. **Produkten.** Wetter: Schön. [illegible]

Hamburg, 20. Januar, 3.30 N. **Kaffee- und Zuckermarkt.** [illegible]

Rotterdam, 20. Jan., 2.40 N. Kaffee: behpt. Zucker: behpt. Zinn: test. Margarine: nominell. [illegible]

Havre, 20. Jan., 3.10 N. **Kaffee und Wolle.** [illegible]

London, 20. Jan. **Produktenmarkt.** [illegible]

London, 20. Jan., 1.10 N. Bei der heute stattgefundenen Kakao-Auktion wurden 1400 Sack verkauft. Trinidad und Grenada waren stetig, African ruhig, Ceylon ruhig.

Hamburg, 20. Jan., 3.35 N. **Kautschuk-Termin-Notierungen** [illegible]

Der Kaffeemarkt [illegible]

Der Zuckermarkt [illegible]

New York, 20. Januar. (Heutige Anfangs-Kurse.) [illegible]

Chicago, 20. Januar. (Heutige Anfangs-Kurse.) [illegible]

Hamburg, 20. Jan. **Zinn.** Terminhandel. Tend. ruhig. [illegible]

London, 20. Januar. **Metall-Börse.** [illegible]

London, 20. Jan., 4.45 N. **Metall-Börse.** [illegible]

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 20. Jan. [illegible]

Berichtigungen zum Frankfurter Kursblatt. [illegible]

Börsenberichte.

Köln, 19. Jan. [illegible]

Essen a. d. Ruhr, 19. Jan. **Gewerkschaftlich betriebene Bergwerke** [illegible]

München, 19. Jan. [illegible]

Waren- und Produktenberichte.

Kolonialwaren und Landesprodukte.

Hamburg, Ende Januar. Vanille. Der Geschäft ist noch immer ... [illegible] ... im Jahre 1913. In Mexiko wird eine enorme Ernte, die größte welche je dagewesen, in diesem Jahre erwartet. Ob allerdings die Vanille gut und zur richtigen Zeit ... werden wird ... [illegible] ... Für Europa ist in Vanille Madagaskar ein sehr bestimmendes Land. [illegible] ... Die Comoren werden in diesem Jahre ähnlich große Ernten bringen wie in letzten Jahren. In Tahiti-Vanille steigt der Konsum. Das ... Gesetz sorgt dafür, daß die Qualität der Ware gesund und haltbar ist.

Häute, Felle, Leder.

Düsseldorf, 19. Jan. Häute-Versteigerung. Angebot: [illegible] ... Der Anschluß an diese Auktion veranstalteten Neuß und Bockholt; diese Plätze erzielten ¹/₄—¹/₂ ₰ per Pfund mehr.

Wetterbericht für Mittwoch den 21. Januar.

Nachmittags-Prognose nach den letzten Telegrammen.
Aufgestellt von der Wetterdienststelle des Physikalischen Vereins Frankfurt a. M.
Wolkig, vereinzelt Schneefälle, Frost, östliche Winde.

Theater.

Mittwoch den 21. Januar.

Frankfurt. Opernhaus. Hofmanns Erzählungen, 7¹/₂ Uhr. — Schauspielhaus. Nathan der Weise, 8 Uhr. — Neues Theater. Rotkäppchen, 4 Uhr. Die heitere Residenz, 8 Uhr.

Aachen. (St.) Cyrano v. Bergerac.
Altona. (St.) Journalisten.
Aschaffenburg. (St.) Die Puppe.
Barmen. (St.) Parsifal.
Basel. (St.) Schmuck der Madonna.
Berlin. (O.) Parsifal. (Sch.) Ural Aronia. — (D.) Hamlet. — (K.) Walteriensohn. — (L.) Der Erbförster. 8. Pygmalion. 8.
Bern. (St.) Tristan und Isolde.
Bonn. (St.) Das Nürnbergisch Ei.
Braunschweig. (H.) Maienkönigin. Versiegelt. 2. Helden. 7.
Bremen. (St.) Parsifal.
Charlottenburg. (O.) Undine.
Crefeld. (St.) Ernste Schwänke.
Darmstadt. (H.) Cavalleria rusticana. Bajazzo.
Dessau. (H.) Don Cesar.
Dortmund. (St.) Mein alter Herr.
Dresden. (O.) Hugenotten. (Sch.) Die armseligen Besenbinder. — (R.) Wie einst im Mai.
Duisburg. (St.) Journalisten.
Düsseldorf. (St.) Faust und Margarethe. — (Sch.) Iphigenie auf Tauris.
Elberfeld. (St.) Schirin und Gertraude.
Erfurt. (St.) Nora.
Essen. (St.) Lokalbahn. I. Klasse.
Freiburg i. B. (St.) Hoffnung auf Segen.
Fürth. (St.) Freischütz.
Gera. (H.) Fidelio.
Gießen. (St.) Eine Frau ohne Bedeutung.
Halle. (St.) Buch einer Frau.
Hamburg. (St.) Mad. Butterfly.
Hanau. (St.) Schützenliesl.
Hannover. (H.) Kriemhilds Rache.
Heidelberg. (St.) Don Pasquale.
Heilbronn. (St.) Walküre.
Kaiserslautern. (St.) Undine.
Karlsruhe. (H.) Symph.-Konzert.
Kassel. (H.) Tosca.
Koblenz. (St.) Hoheit tanzt Walzer.
Köln. (O.) Siegfried. — (D.) Gertrud Eysoldt.
Leipzig. (N.) Barbarina. — (A.) Gudrun. — (N. O.) Farmermädchen. — (Sch.) Geheimnis.
Mainz. (St.) Sympn.-Konzert.
Mannheim. (H.) Hoffmanns Erzählungen. — (N.) Professor Bernhardi.
Metz. (St.) Hernani.
Mülhausen. (St.) Püppchen.
München. (H.) Tannhäuser. — (R.) Maß für Maß.
Nürnberg. (St.) Brüder von Damaskus.
Pforzheim. (St.) Eigentumsrecht.
Saarbrücken. (St.) Fidelio.
St. Gallen. (St.) Fidelio.
Stettin. (St.) Flüchtling. — (B.) Einsamkeit.
Straßburg. (St.) Wallensteins Tod.
Stuttgart. (H.) Die Puppe.
Trier. (St.) Fünf Frankfurter.
Ulm. (St.) Hornsalt v. Erlegnhof.
Wiesbaden. (H.) Mad. Butterfly. — (R.) Schneider Wibbel.
Würzburg. (St.) Schöne Helena.
Zürich. (St.) La Bohème. — (Sp.) Wildente.

Schluß des redaktionellen Teiles.

a = angeboten, g = gefragt, b = bezahlt.

Berliner Kursbericht vom 20. Januar 1914.

G = Gültige, f.V. = freier Verkehr.

Deutsche Fonds.

[illegible]

Hypothekenbank-, Stadt- u. Industrie-Obligationen.

[illegible]

Ausländische Fonds.

[illegible]

Prämien-Anleihen.

[illegible]

Eisenbahn-Aktien.

[illegible]

Ausländische Eisenbahn-Obligationen.

[illegible]

Bank-Aktien.

[illegible]

Industrie- und Bergwerks-Aktien.

[illegible]

Wechsel.

[illegible]

Berlin, 20 Jan. ... N. **Nachbörse.** Per ultimo.

[illegible]

Offene Stellen

Weltbedeutender Konsumartikel der Baubranche!

D. R. G. M. Patent ang.

soll im hiesigen Bezirk **rationell** vertrieben werden.
Der Artikel ist auf Grund seiner **unschätzbarer Vorzüge** eine Umwälzung in seiner Art und wird sich auf die Dauer bei der gesamten Bauwelt als **unentbehrlich erweisen.**
Wir beabsichtigen, einer der Baubranche nahestehenden Firma das **alleinige Verkaufsmonopol** zu übertragen, und bemerken ausdrücklich, daß unser Angebot **keine** sog. Lizenzsache ist.
Offerten von ernsthaften Selbstreflektanten werden unter **F St 156** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** erbeten. D61215

Buchhalter

per bald gesucht.

Lebensstellung.

Offerten nebst Ang. von Alter, Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschr. nebst Bild erb. an D2283

Mech. Berufskleiderfabrik Straßburg J. Kauffmann.

Filiale einer rheinischen Großbank sucht jüngeren Beamten

für Korrespondenz und Buchhaltung. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Angabe von Referenzen unter O F 19395 an die Exp. d. Bl.

Grossbank

im Rheinischen Industriebezirk sucht

Korrespondenten.

Bewerber müssen
1. Höhere Schulbildung,
2. Bankfeldre,
3. Vertrautheit mit sämtl. bankfachlichen Arbeiten
4. Fertigkeit im Stenographieren und Maschinenschreiben

besitzen und dürfen
5. nicht älter als 30 Jahre sein.

Bewerbungen, auf welche die erwähnten Voraussetzungen nicht sämtlich zutreffen, sind zwecklos. Anfangsgehalt *M.* 2400 p. a. Aussicht auf spätere selbständige Stellung.
Offerten mit ausführlicher Beschreibung der bisherigen Tätigkeit unter Beifügung von Referenzen und Photographie erbeten an **Rudolf Mosse, Köln** unter **K F 2550.** D61234

Großzügig organisierender gewandter

Kaufmann

allererste Kraft

für ein in seiner Branche bedeutendstes und führendes Fabrikunternehmen (Maschinenbau)

gesucht.

Derselbe muß die Leitung eines sehr verzweigten Betriebes kaufmännisch übernehmen, das Offertenwesen überwachen, Propaganda organisieren u. Statistiker sein, dabei schnelle Auffassungsgabe für technische Fragen haben.
Nach gründlichem Einarbeiten wird Prokura nebst Gewinnbeteiligung gegeben.
Suchende Firma, z. Zt. noch offene Handelsgesellschaft, soll später in eine Akt.-Ges. umgewandelt werden, und ist daher den ersten Beamten beste Gelegenheit geboten, Direktoren-Posten zu erhalten.
Angebote mit Lebenslauf und Referenzen unt. O. 946 an die Ann.-Exped. D. Schürmann Düsseldorf. D2266

Zur Entlastung der Direktion in der Großorganisation

(Führung von Verhandlungen mit Bewerbern, deren Instruktion und Einarbeitung) wird von bedeutender L. U. H.-Versicherungs-Gesellschaft für die größeren Städte Süddeutschlands

ein gebildeter Fachmann

gesucht.

Neben hohem **Gehalt** werden ansehnliche **Umsatzprovisionen** und Reisespesen gewährt.
Ausreichende Mittel für Organisationszwecke (Annoncen, feste Bezüge für tüchtige Organe) werden bereitgestellt.
Verhandlungen auf Wunsch streng diskret.
Bewerbungen mit näher. Angab. über bisherige Tätigkeit (Erfolge etc.) unter **N. 638** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8.** erbet. D80460

Isolierungen

für Wärme- und Kälteschutz.

Tüchtiger Fachmann od. Ingenieur od. techn. Kaufmann mit reichen Referenzkenntnissen und in den Rheinland gut eingeführt, für selbständige aussichtsreiche Lebensstellung gesucht. Angebote unter **O D 19404** an die Exp. d. Bl.

Schwammreisender

der Erfolge nachweisen kann, für gut bezahlte Lebensstellung gesucht.
Gefl. Angebote unter **S E 3423** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** D61211

Wir suchen zum Eintritt per **1. März tüchtigen**

Buchhalter oder Buchhalterin,

welche die doppelte Buchführung beherrscht, flott korrespondiert und möglichst Kenntnisse der Kraftwagenbranche besitzt. Ausführliche Off. unter Ang. d. Gehaltsansprüche, Zeugnisabschriften u. Photogr. u. **O H 19397** an die Exp. d. Bl.

Tüchtiger, energischer

I. Korrespondent

gesucht, der deutsch flott diktieren kann und formsicher, Französisch und Englisch. Nur [illegible]. Herren, die größere Arbeit zuverlässig u. selbständig erledigen können, wollen sich mit Angabe des Alters, Gehaltsansprüche und Zeugnisabschr. wenden an D2284

Vereinigte Kapselfabriken, Kollerstr. 77, Frankfurt a. M.

Kaufmann

in Kontor und Betrieb der Bronze-Baubeschl.-Branche durchaus selbständig, gewandt, umsichtig u. flott (spätere Prokura oder Beteiligung mit Kapital ev. nicht ausgeschl.) sucht kl. Fabrik des berg. Landes.
Ausführl. Angeb. m. Zeugnis-Abschr. und Gehalts-Ang. erb. unt. O K 19383 an die Expedition d. Bl.

Zur Unterstützung ihres Generalagenten im Großherzogtum Baden [illegible] der bayerischen Rheinpfalz sucht bestens bekannte und gut eingeführte Lebensversicherungs-Gesellschaft je einen vertrauenswürdigen, arbeitsfreudigen

Organisationsbeamten,

der dem auf Grund bisheriger, unter allen Umständen erzielter Erfolge auch künftighin ein belangreiches, besonderes Geschäft erwartet werden kann. Gute Organisation ist bereits vorhanden. Bewerber mittleren Alters, welche mit den Verhältnissen d. in Rede stehenden Bezirks gut vertraut sind, bietet sich angenehme, entwicklungsfähige Stellung bei festen steigenden Bezügen u. Direktions-Vertrag. Strengste Diskretion wird zugesichert. Offerten mit bisher erzielten Resultaten erbet. unt. **M. 70 F M** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** D61148

Tücht. Kaufmann

für eine **Holzwarenfabrik** mit einer Einlage von *M.* 40—50000

sofort gesucht.

Kapital wird sicher gestellt. Off. unter **S G 3424** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** D61217

Tüchtiger Kaufmann

mit gründlichen Kenntnissen in allen Bureauarbeiten, Buchhaltung, amerik. System, der englischen Sprache mächtig, für Versicherungsbureau gesucht. Stellung angenehm u. zukunftsreich. Christliche Bewerber mit tadellosen Referenzen und guten Zeugnissen mögen sich melden unter Einsendung einer Photographie, welche zurückerfolgt. Kaution erforderlich. Gehaltsansprüche erbeten. Offerten unter **G 35307** an die Expedit der Frankf. Zeitung.

Gesucht

für ein **Bankhaus** in **Mannheim** ein im **Effektengeschäft** und **Depotwesen** bewanderter

junger Mann.

Eintritt wenn möglich sofort. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter **No. 2091** an die Agent. d. Bl. in **Mannheim.** D2288

Südd. Engrosgeschäft sucht per 1. April einen tüchtigen militärfreien **jungen Mann** (als tüchtiger Kaufmann) für **Lager u. Reise.** Kenntnisse der Ledermusterbranche erwünscht. Da derselbe Teilhaber wegen Krankheit ausscheidet, ist ein ab [illegible] Zeit geschäftlich gedacht, bietet einer tüchtigen Kraft Aussicht auf Beteiligung. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüche [illegible] an die Agentur dieses Blattes in **Mannheim** unter Nr. 2089. D2286

Tüchtiger Zigarrenreisender

der in der **Rheinprovinz (Saar, Nahe u. Moselgebiet)** seine Kunden gut eingeführt ist [illegible] mit nachweislich gute Resultate erzielte, findet bei erstklassiger leistungsfähiger süddeutscher **Zigarrenfabrik** per sofort **gut bezahlte Position.**
Offerten unt. **A 212** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Mannheim.** D80418

Gesucht zum 1. April bezw.

Bootsdiener,

ev. gelernter Schreiner, für **akademischen Ruderklub.** Angebote unter Angabe eventueller Fähigkeiten u. Zeugn.-Abschriften unter **R 104** an Annonc.-Exp. **Rosiatsky, Bonn.** D2270

Erste kaufmännische Kraft.

Für das Kontor eines größeren Fabrikgeschäftes wird per 1. Juli ein intelligenter tüchtiger Kaufmann, mit abgerundeter Vorbildung, nicht über 35 Jahre, als

Bürochef gesucht.

Bewerber muß stilgewandter Korrespondent sein, die englische und französische Sprache in Wort und Schrift beherrschen und reiche Erfahrung in der Verkaufs- und Effektuierungs-Organisation moderner Groß-Betriebe besitzen.
Offerten mit Zeugnis-Abschriften u. Gehaltsansprüchen erbeten an die Exp. d. Zeitg. unter O C 19403.

Bankgeschäft in Hamburg sucht

für die unnotierte Abteilung

tüchtigen, selbständigen

Händler oder Händlerin.

Ausführliche Offerten erbeten unt. R 9397 an Heinr. Eisler, Hamburg 3. D2295

Tapisserie.

Leistungsfähiges Fabrik- und Engroshaus sucht per 1. April oder 1. Juli eingeführten

Reisenden

für Süddeutschland, Elsaß-Lothringen ic. Ausführliche Offerten unter **F D G 496** an **Rudolf Mosse, München.** D61242

Für die Abteilung:

Anfertigung von Damen-Konfektion, Kostümen und Mänteln

suche ich baldmöglichst einen tüchtigen, erfahrenen

jungen Mann.

Derselbe hat die Beaufsichtigung eines großen Ateliers zu übernehmen, die Ausbildung des Materials zu erledigen, sowie die Lohn- und Arbeitsbücher zu führen. Nur Herren, welche einen solchen Posten in einem größeren Detailgeschäft für Damenkonfektion innegehabt haben, wollen sich melden mit genauer Angabe bisheriger Tätigkeit und Beifügung einer Photographie unter **G 1113** durch **Haasenstein & Vogler, Frankfurt a. M.** D80523

Für unsere Abteilung D2246

Schuhwaren

suchen wir per 1. März einen tüchtigen, branchekundigen

Einkäufer.

S. Blumenthal & Co., Wiesbaden.

Für unsere Zentrale Belle-Alliancestrasse 1-2

suchen wir sofort

einen erstklassigen energischen Herrn als Einkäufer

für die Abteilung

Möbelstoffe, Teppiche, Gardinen.

Es wird nur auf einen Herrn reflektiert, der eine gleiche oder ähnliche Stellung in großen Detailhäusern bereits bekleidet hat und befähigt ist, ein großes Personal zielbewußt zu leiten. Schriftliche Meldungen ausführlich erbeten, persönliche Vorstellung 1—2 mittags oder 7—8 abends. D61227

A. Jandorf & Co.

Berlin, Belle-Alliancestraße 1-2.

Gewandter branchekundiger Herr

als Verkäufer u. Verwalter der Stoffabteilung gesucht. D2264

Möbelfabrik **L. Ernst**, Düsseldorf.

Großmühle

sucht für Mittelrhein u. Untermaingegend

tüchtigen Vertreter.

Gefl. Offerten unter O F 19406 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Kontoristin

welche mit der Buchführung, Stenographie u. Schreibmaschine vollständig vertraut u. im Besitz einer flotten Handschrift ist, wird per Anfang Februar gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften, Bild und Angabe der Gehaltsansprüche u. **133** an die Agentur d. Bl. Wiesbaden. D2202

Zahnarzt-Gesuch.

Erfahrener, selbständig arbeitender Zahnarzt zum 1. Februar oder später gesucht.
Meldungen mit Angabe der Gehaltsansprüche besorgt unt. O D 19394 die Expedition dieser Zeitung.

Für die Abteilungen

Parfümerie-Bijouterie Schreibwaren

suchen wir zum Eintritt per 1. Februar eventl. 1. März einen

Einkäufer und Abteilungsleiter.

Nur bestempfohlene, durchaus branchekundige Herren wollen ausführliche Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüchen an unsere Personalleitung einsenden.

Heymann & Neumann, Bremen. D61210

Von einer der

größten Eisengießereien Deutschlands

wird ein geschäftsgewandter

Reise-Ingenieur

gesucht.

Es wird nur Wert auf einen Herrn gelegt, der bereits mit den besten Erfolgen, vor allem im rheinisch-westfälischen Revier, tätig war.
Offerten mit Zeugnissen, Referenzen unter Angabe der Gehaltsansprüche und des Datums des frühest möglichen Eintritts erbeten unter O N 19386 an die Exp. d. Bl.

Eine größere

Bauunternehmung

sucht zur

Leitung ihrer Filiale

in Süddeutschland einen

Architekten od. Ingenieur

der erfahrener Praktiker und Akquisiteur sein muß. Süddeutscher bevorzugt.
Offerten unter O G 19380 an die Expedition d. Blattes.

Die

provisionsweise Vertretung

eines Spezial-Baugeschäftes, das bei Behörden und der Industrie große Erfolge erzielt hat, ist für das Rheinland, Hessen-Nassau, Bayr. Pfalz, Elsaß-Lothringen

zu vergeben.

Es wird nur reflektiert auf eine eingeführte und seriöse Persönlichkeit.
Gefl. Offerten mit Angabe von Referenzen befördert unter O R 19388 die Exp. d. Bl.

Leistungsfähige deutsche Gummifabrik

sucht zum Vertrieb ihrer

Gummireifen für Fahrräder, Automobile u. Lastwagen, seriösen,

tüchtigen Vertreter.

Angebote unter **M. G. 7135** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** D80111

Tüchtigen Vertreter

für Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen, oder auch einen in diesem Gebiete gut eingeführten

Reisenden

sucht unter Angabe von Referenzen D2180

Erfurter Mech. Schuhfabrik A.-G. Erfurt-Ilversgehofen.

Vertretung

w. a. allen größ. Plätzen phys. vog. [illegible] Prov.-Verzütg. von leistungsfähig. Fabrik, d. Genußlebensm. (Teewaren), Gebäck u. Sauerkraut ber., vergeben. Nur bekannte, m. d. längere Zeit [illegible] d. Kolonialw.-Br. u. feink. Delikat.-Gesch. eingef. Herr. werden in Frage kommen. Angebote unter **V 64** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Mannheim.** D80502

Haus- und Küchengeräte-Geschäft

sucht per **sofort oder später** eine

tücht., branchekundige repräsentable

Verkäuferin

mit **guten Umgangsformen.** Die **Stelle** ist **dauernd** und bei entsprechenden Leistungen **gut bezahlt.** Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unt. **S Z 1229** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** D60124

Tüchtiger

Reisender

auch für

Baden

von gut eingeführter alter Firma

gesucht.

Die Stellung ist bei guten Leistungen dauernd u. gut dotiert. Angebote von nur bestempfohlenen Herren, die Baden schon mit gutem Erfolg bereist und dort ihren Wohnsitz haben, sind mit Lebenslauf und Bild und Angabe von Referenzen unt. **O R 19334** an die Exp. d. Zeitg. zu richten.

Manufakturbranche.

Tüchtiger

Detail-Reisender

mit hohem Gehalt und Provision für eine gut eingeführte Tour in Elsaß-Lothringen per bald zu engagieren

gesucht.

Ausführl. Offerte mit Angabe bisherigen Lebenslaufes unter **O G 19407** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Tüchtiger

Detailreisender

für feinere Herrenschneiderei bei gutem Salair u. Umsatzprovision gesucht. Off. sind mit Angabe der bisherigen Tätigkeit u. NV 234 an Rudolf Mosse, Nürnberg, zu richten. D61220

Verkäufer

für **Damenkleiderstoffe**, Süddeutscher, Christ, ca. 25 Jahre alt, für Stadt- und Landkundschaft gleich gut geeignet, per bald

gesucht.

Bewerber, die eventl. auch schon kleine Touren, Detailreise besorgt haben, wollen ausführliche Offert mit Alter, Größe, Gehalts-ansprüchen und Konfession senden unter **F T Z 470** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** D61230

Zuschneider

jüngere Kraft, mit gutem Schnitt, wird per sofort

gesucht.

Offerte mit Gehalt u. Photographie. D2276

S. Weinschenk, Amberg Bayern.

Inspektoren und Vertreter

sucht e. erstklass. Kranken- und Sterbegeld-Vers. Offerten unter **C 6895** an **Invalidendank, Frankfurt a. M.** D80500

Best empfohl. tüchtiger

Vertreter

für hervorragende patentierte Spezial-Eisen-Artikel allerorts gesucht.
Offerten unter O L 19400 an die Exp. d. Blattes.

Erstkl. Atelier der **Grabmalkunst** sucht [illegible] be[illegible]. D2174

Reisevertreter,

welcher Energie mit dem nötigen Takt verbindet, um Betriebs erfolgreich zu bereisen. Gesucht Absatzgebiet. Fixum und hohe Provision, evtl. voll Beteiligung. Off. u. Nr. **4280** an die Agent. der „Frankf. Ztg." **Darmstadt.**

Platzvertreter

evtl. tüchtiger Reisender, allererste Kraft zum Verkaufe eines gut eingeführten Artikels gesucht bei einem Jahreseinkommen von *M.* 12—15000. Gefl. Off. u. **F Z K 4004** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** D61096

Leistungsfähige

mechan. Weberei

sucht für ihre

Spezialerzeugnisse

starkgeschlichtete und galanderte Schuhfutterstoffe

branchekundigen, bei Schuhfabriken gut eingeführten

Vertreter

gegen hohe Provision. Gefl. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit unter **O B 19402** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Temperguss Grauguss.

Die Generalvertretung eines bedeutenden, bereits gut eingeführten Werkes sucht für die Bezirke **Frankfurt a. M.** und **Mannheim** je einen tüchtigen Untervertreter. Herren aus der Branche mit guten Beziehungen zur Metall verarbeitenden Industrie finden dauernd gutes Einkommen. Offerten erbeten u. **O C 103** a. d. Exp. d. Bl.

Vertreter.

Tüchtige, seriöse Herren, die bei **Malermeistern, Schlossereien, Installateuren, Tapezierern, Glas- u. Werk- u. Fabriken** ic. gut eingeführt sind, zum Verkauf von sehr praktischem Industrieartikel (Patent-Neuheiten) für alle größeren Plätze bei hoher Provision sofort für dauernd

gesucht.

Off. unt **B 35321** an d. Exp.

Gesucht auf 1. März 1914 von einer größeren Fabrik in Baden eine durchaus tüchtige

Maschinenschreiberin und Stenographistin

welche nach deutschem Diktat perfekt [illegible], sowie auch selbständig korrespondieren kann. Nur wirklich erste Kräfte kommen in Betracht. Ausführliche Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche u. Zeugnisabschriften u. unter **O M 19385** an die Exp. d. Blattes erbeten.

Kaufhaus m. Bankgeschäft u. Provinz-[illegible], sucht [illegible] D80529

Buchhalterin od. Buchhalter

(evtl. Volont.) mit 6—10 Mille Einlage gegen [illegible] Verzinsung u. Sicherh. Stellung sehr angenehm, gute Behandlung und Familienanschluß. Tücht. Bewerber wollen Offert. u. **„Glück 243"** bei **Haasenstein & Vogler A.-G., München** einreichen.

Haus-Personal

Gesuchte Stellen.

Staatlich geprüfte **Sprachlehrerin,** aus guter ev. Familie **sucht Stelle als Erzieherin, Reisebegleiterin od. Gesellschafterin.** Liebenswürdiges, anpassungsfähiges Wesen, 21 Jahre, beste Referenzen. Off. u. **C B 102** a. d. Exp. d. Bl.

Französische Sprachlehrerin (Schweizerin) sucht Stelle. Offerten unter **T 35317** a. d. Exp. d. Bl.

Junge gebild. Witwe, tüchtig und erfahren im Haushalt **sucht die Führung eines nur guten Haushalts** gegen mäßige Vergütung zu übernehmen, da es ihr gestattet sein müßte, ihre beiden wohlerzogenen Kinder i. 10—12 Jahren bei sich zu haben. Off. unter **F 72** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Mannheim.** D80525

Gebildetes Fräulein

Anf. 30 erf. i. Haush. u. Küche, Kinder- u. Krankenpfl.; [illegible], wünscht pass. Wirkungskreis eventl. auch als Reisebegl. Ia Ref. und Zeugn. z. Verfüg. Off. u. **H 523 F** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Freiburg i. B.** D80522

Junge Dame

aus besten Kreisen, s. f. bal. od. spät. Stelle, als **Gesellsch. od. Stütze i. voll. Fam.-Anschluß.** Off. u. **N 27269** an die Exped.

Fräulein

welches in einem Offiz.-Kasino das Kochen erlernt hat und sich noch weiter ausbilden möchte, **sucht Stellg. in feinem Hotel als Beiköchin.** Off. u. **M 27268** a. d. Exp.

Fräulein

23 J. prot. lang. bewh. i. Küch., Schneid. u. Handarb., sowie Kinderpflege durchaus bewand., **sucht pass. Stelle a. Gouvernante od. Erz.** in nur f. Hause. Würde auch auf Reisen gehen. Off. u. **D 2128** an die **Agt. d. Frkf. Ztg. in Freiburg i. Br.**

Fräulein,

18 Jahre alt, evangelisch, sucht zur weiteren Ausbildung im Haushalt Stelle bei feinerer Familie, am liebsten auf Landgut. Suchende ist musikalisch, kann etwas schneidern, weißnähen, flicken, bügeln ic. und reflektiert nur auf gute Stelle mit Familienanschluß, eventuell ohne gegenseitige Vergütung. Familie mit nicht allzukleinen Kindern nicht ausgeschlossen. Eintritt im Frühjahr oder früher. Offerten unter **N 27251** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Suche für meine Tochter, 19 J., katholisch, gesund Stelle u. Familienanschluß zur Erl. d. Haush. in best. Hause. Taschengeld erwünscht. Off. u. **C Y 99** an die Exp. d. Bl.

Gebild. alleinstehende Frau in Haushalt und Küche erfahren, sucht Wirkungskreis bei einzelnem Herrn, auf 1. April od. später. Off. u. **A 139** hauptpostl. Heidelberg. D2271

Von Lebensstellung sucht gebildete, vornehme Dame aus gt. Fam. — selbst. Küche u. Haush. — anderweit Stelle als

Hausdame

in feinem herrschaftl. Haushalt. Off. unt. **A. G. Villa Norma, Wiesb.,** Frankfurterstr. 10. D57028

Gesuchte Stellen

Revisor,

Mitte 30er, seit einigen Jahren bei einer ersten Treuhandgesellschaft selbständig tätig, bewährt in Buchhaltung, Finanzwesen, Organisation, **sucht passenden Posten in Industrie od. Bank.** Offerten unter **R H 297** an **Haasenstein & Vogler A. G., Hamburg** erbeten. D80397

Fachmann für Juwelen

äußerst routin., große Sprachkenntn., ganz Europa bereist, [illegible], vorzügl. Verbind., mit Gros- und Detailkundschaft genau vertraut, wünscht die [illegible] Firma tätig zu sein. Ia. Ref. Off. unter **J W 1022** bef. **Rudolf Mosse, Berlin SW.** D61226

Export — Organisation — Kontrolle.

Gereifter **Kaufmann,** verh. Mtr. [illegible], mit vorzügl. Allgemeinbildung u. reicher Erfahrung in **Export- u. Großbetr.,** [illegible] **Disponent und Allgewandt. Diktat-Korrespond. Deutsch — Französisch — Englisch — Italienisch — Spanisch und Russisch.** Erfolgreich bewährt **Propaganda u. Geschäftsg. ausländ. Absatz-Gebiete** [illegible] zu steigern, sucht [illegible] **Stellung** zu verändern. Gefl. Angeb. erb. unter **O K 19399** an die Expedition d. Bl.

Southern Pacific Company.

Report of the Board of Directors.

New York, December 19, 1913.

To the Stockholders of the Southern Pacific Company:

The Board of Directors submit herewith their report of the operations of the Southern Pacific Company and of the Proprietary Companies for the fiscal year ended June 30, 1913.

Properties and Mileage.

The transportation lines constituting the Southern Pacific System, June 30, 1913, were as follows:

Divisions	First Main Track.	Additional Main Track.	Sidings	Ferries.	Water Lines.
A. — Mileage of lines belonging to or leased by Companies, the capital stocks of which are principally owned by the Southern Pacific Company:					
(1) — Operated by the Southern Pacific Company under leases to it:					
Central Pacific Ry.	2,124.30	176.56	850.79	9.90	125
Oregon & California R. R.	680.09	1.09	167.35		
Southern Pacific R. R.	3,508.77	198.11	1,457.81	8.00	
South Pacific Coast Ry.	90.72	10.14	54.25	2.00	
(2) — Operated by the Companies owning them:					
Morgan's Louisiana & Texas Railroad an Steamship Co.	404.58	40.22	226.85	8.00	114
Louisiana Western R. R.	207.81	—	68.68		
Texas & New Orleans R. R.	452.62	3.46	178.22		
Galveston, Harrisburg & San Antonio Ry.	1,338.18	6.59	328.69		
Houston, East & West Texas Ry.	190.94	—	54.18		
Houston & Shreveport R. R.	39.78	—	7.26		
Houston & Texas Central R. R.	789.01	1.27	242.16		
Arizona Eastern R. R.	598.39	—	56.43		
Corvallis & Eastern R. R.	140.58	—	15.35		
Southern Pacific Company	—	—	—	—	4,680
B. — Mileage of lines belonging to Companies, the capital stocks of which are principally owned by the Morgan's Louisiana & Texas R. R. & S. S. Co., but which are operated by the Companies owning them:					
Iberia & Vermilion R. R.	16.09	—	7.00		
Direct Navigation Co.	—	—	—	—	78
Total	10,888.88	425.44	3,691.07	18.90	4,997
Less leased to outside companies	58.82	34	16.15		
Total mileage operated June 30, 1913	10,830.06	425.10	3,674.92	18.90	4,997
Total mileage operated June 30, 1912	10,058.17	384.34	3,523.13	18.90	4,997
Increase	271.89	40.76	151.79		

Income for the year.

The gross receipts and disbursements of the Southern Pacific Company in respect to its leased lines, and of the Proprietary Companies in respect to lines not leased, and the other receipts and disbursement of the Southern Pacific Company and of such Proprietary Companies, after excluding all offsetting transactions between them, were as follows:

	This Year †	Last Year	+ Increase — Decrease	Per Cent
Average miles of railway operated:				
Lines East of El Paso	3,433.01	3,434.97	+ 0.04	—
Lines West of El Paso	6,877.98	6,535.43	+ 340.55	5.21
Total	10,310.99	9,970.40	+ 340.59	3.42
OPERATING INCOME.	$	$	$	
Revenue from transportation—rail lines	130,353,692 66	120,423,055 64	+ 9,930,637 02	8.24
Revenue from outside operations	12,421,012 41	11,092,114 95	+ 1,328,897 46	11.98
Total	142,774,705 07	131,515,170 59	+ 11,259,534 48	8.55
Operating expenses—rail lines	82,135,109 49	75,652,106 32	+ 6,483,003 17	8.57
Expenses outside operations	10,734,300 58	10,838,998 91	— 104,698 33	0.97
Taxes (rail lines and properties dealt with as outside operations)	5,697,285 83	5,621,236 96	+ 76,048 87	1.35
Total	98,566,695 90	92,112,282 19	+ 6,454,413 71	7.01
Net operating income over expenses and taxes	44,208,009 17	39,412,888 40	+ 4,795,120 77	12.17
OTHER INCOME.				
Interest on bonds owned of Proprietary Companies	2,904,165 10	2,040,929 85	+ 863,235 25	42.30
Interest on bonds owned of companies other than Proprietary Companies	3,335,040 27	2,670,883 49	+ 664,156 78	24.87
Dividends on stocks owned of companies other than Proprietary Companies	3,230,061 82	1,066,908 44	+ 2,163,153 38	202.75
Income from lands and securities, not pledged for redemption of bonds	510,891 01	740,146 64	— 229,255 63	30.97
Income from sinking funds, pledged for the redemption of bonds	263,742 90	219,314 11	+ 44,428 79	20.26
Balance of interest received on loans and of interest accruing to June 30, on open accounts other than with Proprietary Companies	1,359,218 04	1,995,762 27	— 636,544 23	31.89
Miscellaneous income	129,052 14	118,574 56	+ 10,478 58	8.84
Total	11,742,172 28	8,852,519 36	+ 2,889,652 92	32.64
Total net operating and other income	55,950,181 45	48,265,407 76	+ 7,684,773 69	15.92
FIXED AND OTHER CHARGES.				
Interest on outstanding funded debt of Southern Pacific Co. and Proprietary Companies	25,201,044 96	23,559,447 58	+ 1,641,597 38	6.97
Sinking fund contributions and income from sinking fund investments	773,834 49	501,494 11	+ 272,340 38	54.31
Hire of equipment—balance	600,581 05	642,158 52	— 41,577 47	6.47
Rentals for lease of road, joint tracks, yards, and other facilities	702,050 44	142,327 03	+ 559,723 41	393.32
Land department expenses	116,609 65	187,919 02	— 71,309 37	37.91
Taxes on granted and other lands	256,931 39	347,526 70	— 90,594 31	26.07
Miscellaneous expenses	82,555 02	60,585 98	+ 21,969 04	36.26
Taxes and other expenses of Southern Pacific Company	291,249 30	245,899 01	+ 45,344 29	18.44
Additions and betterments payable from income of Southern Pacific Company	71,219 37	25,232 60	+ 45,986 77	182.25
Amortization of discount on funded debt	7,700 41	—	+ 7,700 41	—
Expenditures for surveys and examinations for water power, written off	296 11	95,601 76	— 95,405 65	99.70
Reserve for depreciation of rolling stock owned by Southern Pacific Company and leased to other companies	978,239 14	854,060 67	+ 124,178 47	14.54
Total	29,082,374 30	26,662,254 78	+ 2,420,119 52	9.08
Surplus over fixed and other charges	26,867,807 15	21,603,152 98	+ 5,264,654 17	24.37

† The figures for this year include those of the Arizona Eastern R. R. Co. and of the Corvallis & Eastern R. R. Co.' which have not heretofore been dealt with as „Proprietary Companies".

Surplus over fixed and other charges brought over (equivalent to 9.85 per cent. on the outstanding capital stock of the Southern Pacific Company)		$ 26,867,807,15
Applied as follows:		
Dividends on common stock, viz.:	$	
1½ per cent. paid January 2, 1913	4,090,086 08	
1½ per cent. paid April 1, 1913	4,090,086.08	
1½ per cent. payable July 1, 1913	4,090,086 08	
1½ per cent. payable October 1, 1913	4,090,086 08	
Dividends on stocks of Proprietary Companies held by the public	588,00	
		16,360,932,32
Surplus after payment of dividends		10,506,874.83

The surplus for the year after payment of dividends, compared with the preceding year, shows an increase of $ 5,264,909.17 or 100.43 per cent.

During the past ten years, although there has been an increase of only 16.61 per cent. in the mileage of all tracks operated, taxes have increased $ 3,586,745.19 or 169.94 per cent. During the same period, the taxes per mile of all tracks operated have increased from $ 298.69 to $ 552.34.

The decrease in the income for the year from interest on loans and open accounts, is the result, principally of taking over bonds, during the preceding year, in settlement of construction advances made to the railways purchased by Central Pacific Railway Company, referred to on page 7 of last year's report, and in settlement of advances to the Pacific Electric Railway Company. This decrease is offset by the increased interest received on the bonds so taken over.

The increase in the interest on the outstanding funded debt is the result, principally, of a full year's interest charge this year, on the bonds assumed by the Central Pacific Railway Company in the purchase of properties referred to on page 7 of last year's annual report, and the interest for the year on the outstanding funded debt of the Arizona Eastern Railroad Co., and on that of the Corvallis & Eastern Railroad Co., not heretofore included.

The increase during the year in the charge for rentals for lease of road, joint tracks, yards, and other facilities is principally the result of complying with accounting regulations, effective July 1, 1912, prescribed by the Interstate Commerce Commission for carriers by water, under which regulations certain items formerly dealt with as outside operations are now dealt with as debits and credits to Income Account.

Under the provisions of the lease to the Southern Pacific Company, the expenditures for additions and betterments to the property of the South Pacific Coast Railway Co., are payable by the Lessee, and are, therefore, a charge to its income. Such expenditures during the year amounted to $ 71,219.37.

The year's income is charged with $ 773,834.49 for sinking fund contributions, and income from sinking fund investments, pledged for the redemption of bonds The proceeds from the sale of lands, also pledged for the redemption of bonds, amounted to $ 473,739.82. These sums, aggregating $ 1,247,574.31, are dealt with as Profit and Loss items, for the reason that they are applied in reducing the bonded indebtedness of the Companies.

The Southern Pacific Company does not take into either its income or assets, the interest on advances made by it for the construction of new railways by companies incorporated in its behalf, or for the acquisition of new lines, until the principal of such advances has been repaid with interest, either in cash, or in stocks and bonds of the companies. The interest thus included in the cost of the railways is the amount authorized to be charged to such cost under the accounting regulations of the Interstate Commerce Commission.

CAPITAL STOCK.

	$
The capital stock of the Southern Pacific Company outstanding at the beginning of the year amounted to	272,676,700.64
Less: Decrease during the year, account preferred stock called for redemption June 8, 1909	3,025.00
Amount of Southern Pacific Company Stock outstanding June 30, 1913:	272,672,405.64

Note of the Proprietary Companies either issued or retired any capital stock during the year. The only change in the amount of stocks of the Proprietary Companies from the amount reported last year is the result of including the stocks of the Arizona Eastern R. R. Co. and the Corvallis & Eastern R. R. Co., which have not heretofore been dealt with as „Proprietary Companies".

Stocks of Proprietary Companies outstanding at the beginning of the year as shown by last year's report		$ 334,790,572.00
Stocks of Arizona Eastern R. R. Co. and Corvallis & Eastern R. R. Co. outstanding at the beginning of the year, viz.:		
Arizona Eastern R. R. Co.	$ 9,000,000.00	
Corvallis & Eastern R. R. Co.	1,410,000.00	
		10,410,000.00
Total Stocks of Proprietary Companies outstanding June 30, 1913		345,200,572.00
These stocks were held as follows:		$
Owned by Southern Pacific Company		344,768,300.00
Owned by Morgan's Louisiana & Texas R. R. & S. S. Co.		349,500.00
In the hands of the public		82,772.00
Total		345,200,572.00

FUNDED DEBT.

In March, 1913, to provide for the purchase of new equipment, an equipment trust known as Southern Pacific Equipment Trust, Series „A," was created, and an issue of the $ 10,120,000 face value, four and onehalf per cent. equipment trust certificates authorized, all of which the trust provides shall be guaranteed by the Southern Pacific Company. Certificates of this issue to the amount of $ 5,000,000, face value, were issued during the year.

In June, 1913, to provide funds for corporate purposes, the Southern Pacific Company authorized an issue of „One-Year Five per Cent. Secured Gold Notes" to an amount not exceeding $ 30,000,000, face value. Notes of this issue to the amount of $ 20,000,000, face value, were sold during the year.

The funded debt of the Southern Pacific Company and Proprietary Companies outstanding at the beginning of the year was as follows, viz.:

	$		$
Southern Pacific Company	140,587,410.—		
Proprietary Companies	436,717,962.44		
Arizona Eastern R. R. Co. and Corvallis & Eastern R. R. Co. not heretofore dealt with as „Proprietary Companies":	$		
Arizona Eastern R. R. Co.	8,496,000.00		
Corvallis & Eastern R. R. Co.	2,115,000.00		
		10,611,000.00	
			587,916,372.44
Issued during the year:			
Southern Pacific Company.			
One-Year Five Per Cent Secured Gold Notes		20,000,000.00	
Equipment Trust Certificates, Series „A"		5,000,000.00	
			25,000,000.00
			612,916,372.44
Retired during the year:			
Southern Pacific Company.			
San Francisco Terminal First Mortgage Four Per Cent. Bonds:			
Purchased from payments to Sinking Fund		$ 5,500.00	
Arizona Eastern Railroad Company.			
Gila Valley, Globe & Northern Railway Company Five Per Cent. First Mortgage Bonds:			
Purchased from payments to Sinking Fund		2,000.00	
Central Pacific Railway Company.			
Three and One-Half Per Cent. Mortgage Gold Bonds:			
Purchased from sale of lands	$ 350,500.00		
Purchased from sale of securities	345,000.00		
Purchased from payments to Sinking Fund	27,000.00		
	$ 722,500.00		
First Refunding Mortgage Four Per Cent. Bonds:			
Purchased from payments to Sinking Fund	25,000.00		
		747,500.00	
Houston & Texas Central Railroad Company.			
Bonds called for redemption or purchased from proceeds of lands sold, viz:			
First Mortgage Five Per Cent. Bonds	$ 66,000.00		
General Mortgage Four Per Cent. Bonds	74,000.00		
		140,000.00	
South Pacific Coast Railway Company.			
First Mortgage Four Per Cent Bonds:			
Purchased from payments to Sinking Fund		177,000.00	
Southern Pacific Railroad Company.			
First Refunding Mortgage Gold Bonds:			
Purchased from payments to Sinking Fund		15,000 00	
Texas & New Orleans Railroad Company.			
Payments to State of Texas for account of School Fund Debt		5,570.29	
			1,090,570.29
Amount of funded debt of the Southern Pacific Company and Proprietary Companies outstanding June 30, 1913			611,825,802.15
Increase during the year			23,909,429.71
The outstanding bonds are held as follows:			
In the hands of the public			548,089,802.15
Owned by Southern Pacific Company		$ 50,329,000.00	
Owned by Proprietary Companies		3,468,000.00	
In Sinking Funds of Proprietary Companies		9,939,000.00	
			63,736,000.00
			611,825,802.15

Assets and Liabilities.

The combined assets and liabilities of the Southern Pacific Company and Proprietary Companies, on June 30, 1913, and the increases and decreases during the year, excluding the offsetting open accounts between the Companies summarized, were as follows:

	Total June 30, 1913	Increase. †	Decrease. †
Capital Assets.	$	$	$
Cost of road and franchises	804,815,705 42	12,144,286 19	
New Mexico and Arizona Railroad Co. and Sonora Railway Co. securities	6,718,000 00		
Stocks and bonds owned by Southern Pacific Company	* 399,721,147 16	20,018,829 54	
Stocks owned by Proprietary Companies	* 579,878 27	249,476 84	
Bay Shore Line Terminals, and other real estate	38,816,965 00	818,428 30	
Timber-treating plants, saw mills, and other property	961,700 17	11,820 28	
Steamships and other floating equipment	13,805,006 47	48,494 58	
Rolling stock	27,241,408 09	7,014,239 49	
Advances for construction and acquisition of new lines	20,577,374 33	4,239,857 18	
Advances for Oakland Berkeley electric lines	9,462,921 88	361,901 40	
Advances to Southern Pacific Railroad Co. of Mexico	38,255,749 48	—	771,089 70
Advances to electric lines in California and Oregon	14,070,945 11	4,397,626 99	
Advances to Kern Trading & Oil Co.	—	—	8,520,255 92
Advances to Pacific Fruit Express Co.			967,108 15
Lands and other investments	257,818 22	—	
Advances to Southern Pacific Land Co.	3,120,287 12	279,722 63	
Sinking funds	3,560,000 00	—	
Trust funds	* 11,550,690 64	231,947 32	
	257,017 02	—	86,964 15
	* 1,338,182,587 67	39,987,334 41	
Current and Deferred Assets.			
Cash and demand deposits	19,819,164 15	8,105,896 81	
Special deposit—Equipment Trust, Series „A"	2,490,517 41	2,490,517 41	
Union Pacific R. R. Co. bond purchase notes	—	—	23,740,862 22
Other cash accounts	19,301,117 57	1,186,187 92	
Material and supplies	17,518,657 46	788,380 48	
Lands and other investments	617,572 31	201,496 57	
	59,249,618 90	—	10,987,943 00
Contingent Assets.			
San Antonio & Aransas Pass Ry Co.	2,641,870 51	796,268 86	
Expenditures closing crevasse of Colorado River, protection of levees, etc.	4,049,434 95	—	
Land contracts	2,302,575 41	1,159,886 34	
Unextinguished discount on funded debt	6,882,192 39	593,907 60	
	15,906,073 20	2,550,057 50	
Total assets	* 1,488,897,678 77	81,549,456 63	
Capital Liabilities.			
Southern Pacific Company, common stock	272,672,405 64	—	8,825 00
Proprietary Companies, common stock	* 315,800,572 00	—	
Proprietary Companies, preferred stock	* 29,400,000 00	—	
	617,872,977 64	—	8,825 00
Southern Pacific Company, funded debt	165,881,910 00	24,984,500 00	
Proprietary Companies, funded debt	* 446,249,992 15	—	1,068,070 29
	611,835,902 15	23,909,429 71	
Total stocks and bonds	* 1,229,698,779 79	23,900,104 71	
Current and Deferred Liabilities.			
Interest and dividends matured but not called for	350,045 55	—	829,849 08
Dividends due April 1, on S. P. Co. stock owned by O. S. L. R. R. Co.	1,899,780 00	1,899,780 00	
Interest and dividends due July 1 and October 1	11,777,044 66	6,670 00	
Interest accrued to June 30, but not due	5,926,840 57	325,391 19	
Due to Union Pacific R. R. Co.	—	—	12,000,000 00
Vouchers and payrolls	13,146,072 19	2,941,760 15	
Other cash accounts	2,290,970 84	9,674 77	
Deferred liabilities	8,804,293 68	8,078,895 85	
	40,750,989 49	—	4,070,017 14
Contingent Liabilities.			
Insurance funds	5,627,382 21	60,819 77	
Rolling stock and floating equipment depreciation and replacement funds	10,804,692 29	719,817 42	
Unadjusted accounts	3,062,430 11	847,026 54	
Principal of deferred payments on land contracts	2,987,491 47	1,031,704 76	
Fund for refunding outstanding old bonds of Southern Pacific Railroad Co.	3,824,197 88	88,813 60	
Due to other Proprietary Companies	2,904,175 73	—	2,828,787 40
	28,781,769 84	—	71,806 91
Total liabilities	* 1,299,180,509 92	19,764,780 66	
Balance to credit of Profit and Loss	189,217,169 85	11,784,675 97	
Total	1,488,897,679 77	81,549,456 63	

* The capital liabilities include Proprietary Companies' stocks and bonds of the par value of $ 345,117,800 and $ 63,736,000, respectively, a total of $ 408,853,800, which securities are either owned by the Southern Pacific Company and Proprietary Companies, or are held in making funds of Proprietary Companies. The cost of these securities is included in the capital assets shown above. Of the said amount, stocks of the par value of $ 249,653,161, which stand charged on the books at $ 232,982,667.41, are pledged against the issue of Southern Pacific Company stock and bonds. † In arriving at the increases and decreases for the year, the figures for last year, were revised so as to include the assets and liabilities of the Arizona Eastern R. R. Co. and of the Corvallis & Eastern R. R. Co., which have not heretofore been dealt with as „Proprietary Companies".

Transportation operations.

The results of the year's transportation operations compared with those of last year are as follows:

	This Year. †	Last Year.	Increase.	Decrease.	Per Cent
Average miles of railway operated	10,810 99	9,970 40	840 59	—	8.42
OPERATING INCOME.	$	$	$	$	
Freight	80,141,498 84	72,648,091 65	7,493,407 19	—	10.31
Passenger	42,389,837 48	40,269,238 03	2,120,599 45	—	5.27
Mail	2,460,308 29	2,472,768 30	—	12,459 61	.50
Express	2,757,269 88	2,517,096 23	240,173 65	—	9.54
Other transportation revenue	1,332,463 69	1,223,329 20	109,134 49	—	8.92
Revenues from operations other than transportation	1,272,523 48	1,302,841 63	—	30,318 15	2.32
Total—rail lines	130,353,692 06	120,433,455 64	9,920,637 02	—	8.24
Revenues from outside operations	12,421,012 41	11,092,114 95	1,328,897 46	—	11.98
Total	142,774,705 07	131,525,170 59	11,249,534 48	—	8.55
OPERATING-EXPENSES.					
Maintenance of way and structures	15,589,026 66	14,464,204 81	1,124,821 85	—	7.78
Maintenance of equipment	19,295,724 63	16,318,140 51	2,977,584 12	—	18.25
Traffic expenses	3,115,078 74	3,201,366 63	—	86,287 89	2.70
Transportation expenses	40,408,953 93	38,270,811 05	2,138,142 88	—	5.59
General expenses	3,724,328 51	3,397,587 30	326,742 21	—	9.68
Total—rail lines	82,133,109 49	75,652,106 32	6,483,003 17	—	8.57
Expenses outside operations	10,734,300 56	10,838,936 91	—	104,636 35	.97
Taxes	5,697,285 83	5,621,238 96	76,046 87	—	1.35
Total	98,564,695 90	92,112,282 19	6,454,413 71	—	7.01
Net operating income over expenses and taxes	44,210,009 17	39,412,888 40	4,795,120 77	—	12.17
FREIGHT TRAFFIC. (Commercial Freight Only—Way-bill Tonnage.)					
Tons of freight carried	31,642,587	26,950,150	4,692 437	—	17.41
Tons of freight carried one mile	7,034,174,870	6,145,565,486	888,619,384	—	14.46
Ton miles per mile of road (a)	681 729	615,843	65,886	—	10.70
Revenue per mile of road (a)	7,583 29	7,123 32	459 97	—	6.46
Revenue per revenue train mile (a) (b)	4.33	4.42	—	0.09	2.04
Average revenue per ton per mile	1.123 cents.	1.168 cents.	—	0.45 cents.	3.85
Average distance carried	222.30 miles.	228.03 miles.	—	5.73 miles.	2.51
PASSENGER TRAFFIC.					
Revenue passengers carried	42,006,240	40,329,011	1,677,229	—	4.16
Revenue passengers carried one mile	1,834,380,082	1,787,640,025	46,740,057	—	2.61
Revenue from passenger trains per mile of road (a)	4,549 07	4,468 67	80 40	—	1.80
Revenue from passenger trains per revenue train mile (a) (c)	1.64	1.65	—	0.01	.61
Average revenue per passenger per mile	2.248 cents	2.208 cents	.040 cents.	—	1.81
Average distance carried	43.67 miles.	44.32 miles.	—	.65 miles.	1.47

† The figures for this year include those of the Arizona Eastern R. R. Co. and of the Corvallis & Eastern R. R. Co., which have not heretofore been dealt with as „Proprietary Companies."

(a) Based on traffic over rail lines only, length of ferries used between rail stations excluded in distance over which traffic was moved. (b) Based on revenue freight train and all mixed train miles. (c) Based on revenue passenger train and all mixed train miles, including miles run by motor cars.

Compared with the previous year, the per cent. of operating expenses to the gross operating incom was as follows:

RAIL LINES.	This Year	Last Year
For „Maintenance" (Maintenance of Way and Structures and Maintenance of Equipment)	26.76	25.66
For „Operation" (Traffic Expenses, Transportation Expenses, and General Expenses)	36.25	37.26
Total rail lines	63.01	62.82
Total rail lines and outside operations	65.05	65.76

Business diverted from the lines east of El Paso during the previous fiscal year on account of floods and other disabilities has been recovered, and their share of competitive business substantially increased, while the Pacific System has also yielded a gratifying increase in gross earnings. Upon the whole system, the average passenger revenue has been 2.248 cents per passenger mile in comparison with 2.208 cents per passenger mile in previous fiscal year. The average freight revenue has been 1.123 cents per ton mile in comparison with 1.168 cents per ton mile in previous fiscal year, this decrease being attributable partially to enforced reductions in freight rates by order of State and Federal Commissions and partially to the increase in low-rate and decrease in higher-class tonnage.

Notwithstanding the loss of approximately $ 1 000,000, due to the partial destruction of the California citrus fruit and vegetable corps by frost, and about $ 1,125,000 resulting from destruction of sugar cane corps in Louisiana by the overflow of the Mississippi River, the gross earnings of the System during the last fiscal year exceeded by $ 7,750,000 those of any previous year in the history of the Company.

Of the increase of $ 11,249,534 48 in gross operating income, the sum of $ 6,454,413.71, or about 57 per cent., was absorbed in increased operating expenses and taxes and $ 4,795,120.77 or about 43 per cent., was retained as increase in net.

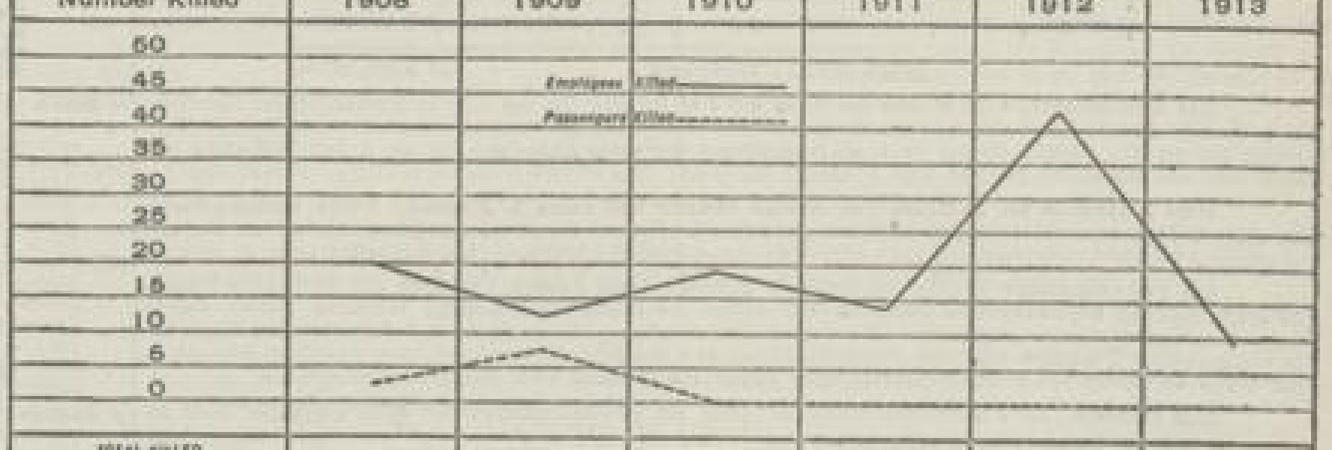
The increase in maintenance expenses is due principally to the large expenditures for rail renewals, there having been renewed this year 619.02 track miles against 256.82 track miles last year; the greater amount of improvements to buildings, grounds, and appurtenances; the greater amount of equipment vacated, and increased repairs to equipment following the shopmen's strike in 1912.

The increase of 5 59 per cent. in transportation expenses is the result principally of an increase of 10.16 per cent. in the mileage of locomotives with freight and mixed trains, made necessary by the increase of 13.68 per cent. in tons carried one mile.

Safety of Operation.

As the reduction in the number of accidents on many railways through the „Safety First" movement has been given wide publicity, attention is directed to the fatalities in train accidents on your lines for six years, which reflect your generous expenditures for safety devices and the unremitting efforts of your officers to discourage assumption of risks and to maintain safe working methods:

FATALITIES IN TRAIN ACCIDENTS



	1908	1909	1910	1911	1912	1913
TOTAL KILLED — Passengers	2	7	0	0	0	0
Employees	20	12	19	14.	42	9
TOTAL KILLED PER MILLION LOCOMOTIVE MILES — Passengers	0.038	0.148	0	0	0	0
Employees	0.382	0.254	0.360	0.258	0.772	0.156
Passengers Carried	41,393,734	39,337,735	40,190,200	39,889,058	40,329,011	42,006,240
Passengers Carried One Mile	1,640,036,373	1,541,212,518	1,805,834,993	1,808,133,603	1,787,640,025	1,834,380,082
Locomotive Mileage	52,292,012	47,282,374	54,457,917	54,227,433	54,427,530	57,653,935
Number Trainmen in Service	8,481	8,144	9,232	8,605	9,137	9,487

In the four years in which no passenger lost his life in a train accident 220,766,815 locomotive miles were run and 162,514,509 passengers were carried, involving 7,235,988,703 passengers carried one mile. In the year just closed, 9 employees out of 9,497 lost their lives through train accidents in running 57,653,935 locomotive miles. Out of 44,482 employees engaged in pursuits not involving train movements, 16 lost their lives, or, one fatality to every 876,400 days, or 2,400 years worked.

Just before this report went to press the trustees of the American Museum of Safety awarded the E. H. Harriman Memorial Gold Medal to the Southern Pacific Company, as „making the best record in accident prevention and industrial hygiene affecting the public and its own personnel," during the year ended June 30, 1913. There were forty-two competitors for the medal, this being the first year it was offered.

GENERAL

On July 1, 1912, the Arizona Eastern R. R. Co., operating 366.39 miles, and the Corvallis & Eastern R. R. Co., operating 140.58 miles, which had not before been dealt with as Proprietary Companies, were taken into the System, and their assets and liabilities and the results of their operations are included in the exhibits of Proprietary Companies in this report.

As mentioned in last year's report, the property of the Sonora Railway Co., Limited, was sold to the Southern Pacific Railroad Company of Mexico on June 30, 1912, at which time, the lease, under which the Southern Pacific Company had theretofore operated the property, was terminated.

Your Company was one of the pioneers in the use of all steel equipment, the first all steel passenger car used on your Company's lines having been placed in service in July, 1906 Since that time your Company has constantly been adding to its steel equipment, and for the past three years has followed the practice of purchasing only all steel cars for passenger service, and either all steel or steel underframe cars for freight service. Of the 2,292 passenger train cars in service at the close of the year, 738, or 32.20 per cent, were all steel; and of the 50,998 freight train cars in service on the same date 29,279, or 57.41 per cent., were either all steel or steel underframe.

To secure and maintain the highest standard of efficiency and safety of operation, your company has expended large sums in the substitution of steel cars for wooden cars; in the application of air brakes automatic couplers, and other safety devices; in the elimination or adequate protection of grade crossings; and in the installation of automatic electric block signals. In addition to these expenditures, a large part of which were not required by law, your company has cheerfully made such other expenditures as were required by Federal or State Commissions, or by legislation.

The officers of your Company are too few in number to exert much influence on public opinion, and a large part of their time and energy which should be devoted to that end, and to promoting safer and more efficient management, is consumed in appearing before commissions, to protect the Company's revenues, and before legislative bodies, to argue against ill advised and damaging laws. The present is an age of regulatory legislation, and the stockholders should endeavor to defend their own interests by opposing unwise legislation adversely affecting their Company, and by correcting erroneous impressions current with the public. The ownership of your property is vested at the present time in over 23,000 stockholders, who could and should prove a potent protective force. Apathetic acquiescence on their part in the assaults of the demagogue and of the well intentioned though unenlightened and irrational reformer, tends toward but one result, while concerted effort will do much to repel the attacks and mold public opinion.

The management has labored energetically to conciliate the people of the communities traversed by the Company's lines. As far as possible, the officers of the Company have attended commercial and other public gatherings, with a view to learning their needs and opinions, in order to improve our service and promote harmonious relations between the Company and its patrons. The management is pleased to report the evidence of better feeling towards the Company in these communities than has ever before existed.

The Southern Pacific Railroad Company of Mexico, during the year continued to suffer from revolutionary disturbances. Not only were structures and equipment destroyed, but business was practically suspended and development of prospective traffic retarded. It is estimated that the loss on account of interruption to traffic, from the beginning of the Madero Revolution, in 1910, to June 30, 1913, amounted to approximately 6,000,000 pesos. During this period the cost of maintaining the property has amounted to about 1,020,000 pesos in excess of the revenue collected. Claims for loss and damage caused by the revolutionary disturbancees, amounting to 287,800 pesos, have recently been approved by the Mexican Government, but have not been paid. Claims amounting to 862,200 pesos, covering additional losses, will be presented to the Mexican Government in due course. On account of the fluctuation in the rate of exchange, due to the revolutionary disturbances in Mexico, it is not practicable to state these amounts in U. S Gold.

The 2.18 miles of road mentioned in last year's report as being under construction, were completed during the year, the Guadalajara Division being thus extended to La Quemada, 44.12 miles from Orendain, a junction with the National Railways of Mexico, 22.01 miles from Guadalajara. The revolutionary disturbances preclude any thought of completing, at this time, the main line from Tepic to La Quemada, a distance of 99.47 miles.

In addition to the completed lines of railway reported under „Properties and Mileage", and the railway of the Southern Pacific Railroad Company of Mexico referred to above construction either was completed or is progressing on the lines of the following companies:

	Length of Projected Line. — Miles.	Track Completed. — Miles.	Grading Completed. — Miles.	Grading Progressing. — Miles.
Arizona Eastern Railroad:				
Miami to Live Oak, Ariz.	2.18	1.40	.78	
Central Pacific Railway:				
Colfax to Blue Canon, Cal. — East bound track	10.63	5.06	1.09	4.48
Colfax to Blue Canon, Cal. — West bound track	14.79	5.68	1.52	7.59
Fernley, Nev., to Walker Mill Junction, Cal.	125.51	105.50	2.59	17.62
Winsted, Cal., to Lawton, Nev.	28.40	9.34	12.43	6.63
Colusa & Hamilton Railroad				
Hamilton to Harrington, Cal.	61.15	30.65	22.76	7.76
Houston & Texas Central Railroad:				
Giddings to Stone City, Tex.	89 22	82.72	6.50	
*Northwestern Pacific Railroad:				
Willits toward Eureka, Cal.	105.67	64.47	1.20	40.00
Willamette Pacific Railroad:				
Eugene to Marshfield, Ore.	121.60	13.50	18.65	89.55

* Owned one-half by Southern Pacific Company and one-half by Atchison, Topeka & Santa Fe Railway Co. Advances for construction made by Southern Pacific Company.

On April 1, 1913, Mr. William Mahl. Vice-President and Controller, was retired under the provisions of the Pension Rules, after thirty-one years of faithful and efficient service with the Southern Pacific properties.

The Board announces with sorrow the death, on October 7, 1913, of Mr. Maxwell Evarts, who for more than twenty years served this Company as Attorney, General Attorney, and General Counsel. Your Directors have entered in the minutes of their meetings a resolution reciting his long, faithful, and efficient service.

Under the pension system put into effect on January 1, 1903, there are carried on the pension rolls of the rail and water lines, 619 employees. The payments to them for the year amounted to $ 203,763,03. [Dienstag

Zeichnungs-Einladung

auf

M. 8,000,000.— mündelsichere 4% Anleihe

der

Provinzialhauptstadt Mainz.

Durch Entschließung des Großh. Staatsministeriums in Darmstadt vom 21. Dezember 1910 ist der Stadt Mainz die Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber bis zum Betrage von ℳ 18,000,000.— erteilt worden.

Von obigem Betrage ist ein mit 4% verzinslicher Teilbetrag von ℳ 6,000,000.— Lit. S früher zur Ausgabe gelangt. Weitere ℳ 8,000,000.— Lit. T sind von uns übernommen worden und werden hiermit unter folgenden Bedingungen zur Zeichnung aufgelegt.

Die Anleihe ist in Teilschuldverschreibungen wie folgt eingeteilt:

No 1 bis einschließlich 2400	= 2400 Stück	zu ℳ 500.—	=	ℳ 1,200,000.—
„ 2401 „ „ 6400	= 4000 „	„ „ 1000.—	=	„ 4,000,000.—
„ 6401 „ „ 7800	= 1400 „	„ „ 2000.—	=	„ 2,800,000.—
zusammen	7800 Stück			ℳ 8,000,000.—

Das Anleihekapital wird seitens der Stadt mit vier Prozent für das Jahr in halbjährlichen Terminen, am 1. Januar und 1. Juli jeden Jahres verzinst. Jeder Schuldverschreibung werden 20 halbjährliche Zinsscheine für die Zeit vom 1. Januar 1914 ab beigegeben; der erste Zinsschein ist am 1. Juli 1914 fällig und lautet über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1914.

Das Anlehen ist seitens der Stadt Mainz bis zum 1. Januar 1921 unkündbar. Von diesem Tage an steht der Stadt das Recht zu, zu jeder Zeit mit dreimonatiger Kündigung die im Umlaufe befindlichen Schuldverschreibungen ganz oder teilweise behufs Rückzahlung des Kapitalbetrages zu berufen.

Die **regelmäßige** Tilgung des Anlehens **erfolgt vom Jahre 1916** ab mit jährlich ein Prozent des ursprünglichen Kapitalbetrages zuzüglich der durch die Kapitalrückzahlungen ersparten Zinsen gemäß einem den Schuldverschreibungen beizudruckenden Tilgungsplan. Die Stadt Mainz behält sich die Wahl vor, die vorgesehenen Tilgungen entweder durch Rückkauf von Schuldverschreibungen zum jeweiligen Börsenkurs oder durch Verlosung von Schuldverschreibungen behufs Rückzahlung zum Nennwert vorzunehmen.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen steht ein Kündigungsrecht der Stadt gegenüber nicht zu.

Die Stadt Mainz hat sich verpflichtet:

1. alle die Anleihe betreffenden Bekanntmachungen, insbesondere die Nummern der gezogenen und der in früheren Ziehungen ausgelosten, aber noch nicht eingelösten Anleihescheine außer im Deutschen Reichsanzeiger und in der Darmstädter Zeitung je in einer in Mainz, Frankfurt a. M. und Berlin erscheinenden Zeitung bekanntzumachen;
2. die Zinsscheine dieser Anleihe, sowie die gekündigten und verlosten Stücke kostenfrei außer an der **Stadtkasse in Mainz** auch

in **Berlin**	bei der **Dresdner Bank**,
in **Dresden**	bei der **Dresdner Bank**,
in **Frankfurt a. M.**	bei der **Dresdner Bank in Frankfurt a. M.**,
in **Wiesbaden**	bei der **Dresdner Bank, Geschäftsstelle Wiesbaden**,
in **Mainz**	bei der **Mainzer Volksbank e. G. m. b. H.**,
	bei dem Bankhause **Lebrecht & Benfey**,
in **Braunschweig**	bei der **Braunschweigischen Bank u. Kreditanstalt A.-G.**

einzulösen, daselbst auch die neuen Zinsscheinbogen zur Ausgabe zu bringen und im Falle einer Konvertierung der Anleihe an den genannten Plätzen eine Stelle einzurichten und bekanntzugeben, bei der die Konvertierung kostenfrei erfolgt.

Die Talonsteuer trägt die Stadt Mainz.

Nach der Verwaltungsrechenschaft des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz für die Zeit vom 1. April 1912 bis Ende März 1913 betrugen am Schlusse dieses Zeitraums

die Schulden der Stadt Mainz	ℳ 47,327,665.88
das Vermögen	„ 85,008,517.25

Unter dem Vermögen sind die Werte der wirtschaftlichen Betriebe der Stadt enthalten, und zwar:

der Wasserwerke	mit ℳ 3,007,577.10
der Gaswerke	„ „ 7,323,055.18
des Elektrizitätswerks	„ „ 6,196,013.99
der Straßenbahn	„ „ 4,325,007.45
	ℳ 20,851,653.72

Diesen Vermögenswerten steht eine Buchschuld von zusammen ℳ 13,886,551.61 gegenüber. Die zur Verzinsung und Tilgung letztgenannter Summe erforderlichen Beträge bringen die Betriebe allein auf; ein Zuschuß aus der Staatkasse ist hierzu nicht notwendig.

Die Notierung der Anleihe an der Berliner und Frankfurter Börse wird baldigst herbeigeführt werden.

Wir legen obige Anleihe in Höhe von

M. 8,000,000.—

unter nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung auf:

1. Die Zeichnung findet statt

Montag, den 26. Januar a. c.

in **Berlin**	bei der **Dresdner Bank**,
in **Frankfurt a. M.**	bei der **Dresdner Bank in Frankfurt a. M.**,
in **Mainz**	bei der **Mainzer Volksbank e. G. m. b. H.** für deren Mitglieder,
	bei dem Bankhause **Lebrecht & Benfey**,
in **Braunschweig**	bei der **Braunschweigischen Bank u. Kreditanstalt A.-G.** sowie bei allen übrigen Niederlassungen dieses Instituts,
in **Dresden**	bei der **Dresdner Bank**,
in **Freiburg**	bei der **Dresdner Bank, Filiale Freiburg**,
in **Fürth**	bei der **Dresdner Bank, Filiale Fürth**,
in **Mannheim**	bei der **Dresdner Bank Filiale Mannheim**,
in **München**	bei der **Dresdner Bank, Filiale München**,
in **Nürnberg**	bei der **Dresdner Bank, Filiale Nürnberg**,
in **Straßburg i. Els.**	bei der **Bank von Elsaß und Lothringen** sowie bei allen übrigen Niederlassungen dieses Instituts,
in **Stuttgart**	bei der **Dresdner Bank, Filiale Stuttgart**,
in **Wiesbaden**	bei der **Dresdner Bank, Geschäftsstelle Wiesbaden, sowie bei allen übrigen Niederlassungen der Dresdner Bank**,
	bei dem **Vorschuß-Verein zu Wiesbaden e. G. m. b. H.** für dessen Mitglieder,
	bei der **Vereinsbank Wiesbaden e. G. m. b. H.** für deren Mitglieder

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden. Früherer Schluß bleibt vorbehalten.

Anmeldeformulare können von den vorgenannten Stellen bezogen werden.

2. Der Zeichnungspreis beträgt

94.30 pCt.

zuzüglich 4% Stückzinsen vom 1. Januar bis zum Abnahmetag (siehe unter 5).

3. Bei der Zeichnung ist auf Erfordern eine Kaution von 5% des Nennwertes in bar oder in marktgängigen Wertpapieren zu hinterlegen.
4. Die Zuteilungen, deren Höhe dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen bleibt, werden baldmöglichst nach Schluß der Zeichnung erfolgen. Den Stempel der Zuteilungsschlußnote trägt der Zeichner zur Hälfte.
5. Die Abnahme der zugeteilten Stücke hat in der Zeit vom 3. bis 28. Februar inklusive gegen Zahlung des Kaufpreises zu geschehen.

Die Lieferung wird zunächst in Kassaquittungen erfolgen. D4961

Berlin, Frankfurt a. M., Mainz, Braunschweig, im Januar 1914.

Dresdner Bank. Dresdner Bank in Frankfurt a. M.
Mainzer Volksbank e. G. m. b. H. Lebrecht & Benfey.
Braunschweigische Bank u. Kreditanstalt A.-G.

Mark 350,000,000 4proz. auslosbare Preußische Schatzanweisungen.

Es gelangen zur Ausgabe Mark 400 Millionen 4proz. zum Nennwert auslosbare Preußische Schatzanweisungen von 1914

— Eingeteilt in 16 Serien zu je Mark 25 Millionen und in Stücke von 100,000, 50,000, 20,000, 10,000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark; Zinslauf April/Oktober, der erste Zinsschein ist am 1. Oktober 1914 fällig. —

Tilgung durch Auslosung von jährlich Einer Serie zu M. 25,000,000.

— Die Auslosungen finden im Oktober jedes Jahres, beginnend im Oktober **1914**, die Rückzahlungen am 1. April des folgenden Jahres statt. Welcher Serie die einzelne Schatzanweisung angehört, ist aus ihrem Texte ersichtlich. —

Von diesen Schatzanweisungen sind Mark 50 Millionen bereits fest begeben worden. Der Rest von

Mark 350,000,000

wird namens des Uebernahme-Konsortiums zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Bedingungen.

1. **Zeichnungen** werden bis einschließlich

Donnerstag, den 29. Januar d. J., mittags 1 Uhr

entgegengenommen bei: dem **Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere**, der **Königlichen Seehandlungs-Hauptkasse** und der **Preußischen Central-Genossenschafts-Kasse**, **bei allen Reichsbank-Hauptstellen, Reichsbankstellen** und den **Reichsbank-Nebenstellen mit Kasseneinrichtung**, bei der **Königlichen Hauptbank in Nürnberg** und ihren **sämtlichen Zweiganstalten**, sowie bei den nachstehenden Stellen:

in **Berlin:** Bank für Handel und Industrie. — Berliner Handels-Gesellschaft. — S. Bleichröder. — Commerz- und Disconto Bank. — Delbrück Schickler & Co. — Deutsche Bank. — Direction der Disconto-Gesellschaft. — Dresdner Bank. — Hardy & Co., Ges. mit beschränkter Haftung. — F. W. Krause & Co., Bankgeschäft. — Mendelssohn & Co. — Mitteldeutsche Creditbank. — Nationalbank für Deutschland. — A. Schaaffhausen'scher Bankverein. — Gebrüder Schickler.

in **Aachen:** Bergisch Märkische Bank Aachen. — Rheinisch - Westfälische Disconto - Gesellschaft Actiengesellschaft.

in **Barmen:** Barmer Bank - Verein Hinsberg, Fischer & Comp. — Bergisch-Märkische Bank Barmen.

in **Braunschweig:** Braunschweigische Bank und Kreditanstalt A. G. — Magdeburger Bank-Verein Filiale Braunschweig.

in **Bremen:** Bremer Bank Filiale der Dresdner Bank. — Deutsche Bank Filiale Bremen. — Deutsche Nationalbank, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien. — Direction der Disconto Gesellschaft.

in **Breslau:** Bank für Handel und Industrie Breslau vorm. Breslauer Disconto - Bank. — Dresdner Bank Filiale Breslau. — Eichborn & Co. — E. Heimann. — G. v. Pachaly's Enkel. — Schlesischer Bank-Verein.

in **Cassel:** Dresdner Bank Filiale Cassel. — L. Pfeiffer.

in **Chemnitz:** Chemnitzer Bank-Verein. — Deutsche Bank Depositenkasse Chemnitz. — Dresdner Bank Filiale Chemnitz. — Filiale der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt. — Mitteldeutsche Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Chemnitz.

in **Coblenz:** Bergisch-Märkische Bank Coblenz. — Mittelrheinische Bank. Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft Actien-Gesellschaft.

in **Cöln:** Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Cöln. — Bergisch-Märkische Bank Cöln. — Deichmann & Co. — A. Levy. — Sal. Oppenheim jr. & Co. — Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft Cöln A.-G. — A. Schaaffhausen'scher Bank-Verein. J. H. Stein.

in **Dresden:** Allgemeine Deutsche Credit Anstalt Abteilung Dresden. — Gebr. Arnhold. — Deutsche Bank Filiale Dresden. — Dresdner Bank. — Philipp Elimeyer. — Mitteldeutsche Privat-Bank Aktiengesellschaft.

in **Elberfeld:** Bergisch - Märkische Bank. — von der Heydt-Kersten & Söhne.

in **Essen:** Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Essen. — Essener Credit-Anstalt. — Simon Hirschland. — Mitteldeutsche Creditbank Filiale Essen. — Rheinische Bank.

in **Frankfurt (Main):** Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft Filiale Frankfurt a. M. — Deutsche Bank Filiale Frankfurt a. M. — Deutsche Effecten- u. Wechsel-Bank. — Deutsche Vereinsbank. — Direction der Disconto-Gesellschaft. — Dresdner Bank in Frankfurt a. M. — Bank für Handel und Industrie. — Frankfurter Bank. — Mitteldeutsche Creditbank. — Pfälzische Bank. — Lazard Speyer-Ellissen. — Jacob S. H. Stern. — L. & E. Wertheimber.

in **Halle a. S.:** Bank für Handel und Industrie Filiale Halle a. S. — Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co. Commandit-Gesellschaft a. Actien. — H. F. Lehmann. — Mitteldeutsche Privat-Bank Akt.-Ges. Filiale Halle a. S. — Reinhold Steckner.

in **Hamburg:** Bank für Handel und Industrie Filiale Hamburg. — L. Behrens & Söhne. — Joh. Berenberg, Gossler & Co. — Commerz- und Disconto - Bank. — Deutsche Bank Filiale Hamburg. Conrad Hinrich Donner. — Dresdner Bank in Hamburg. — Norddeutsche Bank in Hamburg. — Schröder Gebrüder & Co. — Vereinsbank in Hamburg. — M. M. Warburg & Co.

in **Hannover:** Bank für Handel und Industrie Filiale Hannover. — Commerz- und Disconto Bank Filiale Hannover. — Dresdner Bank Filiale Hannover. — Hannoversche Bank. — Ephraim Meyer & Sohn. — Mitteldeutsche Creditbank Filiale Hannover vormals Heinr. Narjes. — Vereinsbank in Hamburg Filiale Hannover.

in **Karlsruhe:** Veit L. Homburger. — Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe. — Straus & Co. — Süddeutsche Disconto - Gesellschaft A. G.

in **Königsberg i. Pr.:** Norddeutsche Creditanstalt. — Ostbank für Handel und Gewerbe.

in **Leipzig:** Allgemeine Deutsche Credit - Anstalt. — Bank für Handel und Industrie Filiale Leipzig. — Commerz- und Disconto-Bank Filiale Leipzig. — Deutsche Bank Filiale Leipzig. — Dresdner Bank in Leipzig. — Hammer & Schmidt. — Mitteldeutsche Privat-Bank Aktiengesellschaft.

in **Ludwigshafen (Rh.):** Bank für Handel und Industrie Depositenkasse Ludwigshafen (Rhein). — Pfälzische Bank.

in **Magdeburg:** Magdeburger Bank-Verein. — Mitteldeutsche Privat-Bank Aktiengesellschaft. — F. A. Neubauer.

in **Mannheim:** Bank für Handel und Industrie Filiale Mannheim. — Dresdner Bank Filiale Mannheim. — Pfälzische Bank. — Rheinische Creditbank. — Süddeutsche Disconto - Gesellschaft A.G.

in **München:** Bank für Handel und Industrie Filiale München. — Bayerische Handelsbank. — Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. — Bayerische Vereinsbank. — Deutsche Bank Filiale München. — Dresdner Bank Filiale München. — Mitteldeutsche Creditbank Niederlassung München. — Pfälzische Bank Filiale München.

in **Nürnberg:** Bank für Handel und Industrie Filiale Nürnberg. — Bayerische Handelsbank A.-G. — Bayerische Vereinsbank Filiale Nürnberg. — Deutsche Bank Filiale Nürnberg. — Dresdner Bank Filiale Nürnberg. — Anton Kohn. — Mitteldeutsche Creditbank Filiale Nürnberg. — Pfälzische Bank. — Vereinsbank.

in **Posen:** Norddeutsche Creditanstalt. — Ostbank für Handel und Gewerbe.

in **Straßburg (Elsaß):** Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft. — Bank für Handel und Industrie Filiale Straßburg i. Els. — Rheinische Creditbank Filiale Straßburg i. Els.

in **Stuttgart:** Dresdner Bank Filiale Stuttgart. — Württembergische Vereinsbank

und bei den in **Deutschland belegenen sonstigen Zweigniederlassungen dieser Firmen.**

2. **Der Zeichnungspreis ist auf**

97%

unter Verrechnung von 4% Stückzinsen bis zum Abnahmetage festgesetzt.

3. Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 5% des gezeichneten Nennbetrages in bar oder solchen nach dem Tageskurse zu veranschlagenden Wertpapieren zu hinterlegen, die die betreffende Zeichnungsstelle als zulässig erachtet. Die vom Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere ausgestellten Depotscheine sowie die Depotscheine der Königlichen Seehandlung (Preußische Staatsbank) vertreten die Stelle der Wertpapiere.

Den Zeichnern steht im Falle einer geringeren Zuteilung die freie Verfügung über den überschießenden Teil der geleisteten Sicherheit zu.

Zeichnungsscheine sind bei allen Zeichnungsstellen unentgeltlich zu haben. Es können aber die Zeichnungen auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen erfolgen, und zwar brieflich mit folgendem Wortlaut:

„Auf Grund der öffentlich bekanntgemachten Bedingungen zeichne ich von den zum Kurse von 97% jetzt aufgelegten 4% zum Nennwert auslosbaren Preußischen Schatzanweisungen von 1914

nom. Mark ______

und verpflichte mich zu deren Abnahme oder zur Abnahme desjenigen geringeren Betrages, der mir auf Grund dieser Anmeldung zugeteilt wird.

Als Sicherheit hinterlege ich ...."

Zeichner, die sich für die ihnen zugeteilten Stücke einer Sperrverpflichtung von 6 Monaten zu unterziehen beabsichtigen, haben dies in dem Zeichnungsbriefe anzugeben.

Solche Zeichnungsbriefe können nach Belieben an **jede** der obigen Zeichnungsstellen gerichtet werden.

4. Die Zuteilungen, deren Höhe dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen ist, werden nach Schluß der Zeichnung so bald wie möglich erfolgen. Zeichnungen, für die sich **der Zeichner einer Sperrverpflichtung von 6 Monaten unterwirft, werden vorzugsweise berücksichtigt werden.** Bestimmte Serien können nur insoweit zugeteilt werden, als dies mit den Interessen der anderen Zeichner verträglich erscheint.
5. Die Zeichner können die ihnen zugeteilten Beträge vom 14. Februar d. J. ab jederzeit voll bezahlen, sie sind jedoch verpflichtet:

30% des zugeteilten Betrages	. . .	am 14. Februar d. J.
40% „ „ „	spätestens	„ 23. März d. J.
30% „ „ „	„	„ 15. April d. J.

zu bezahlen. Zeichnungsbeträge bis 3000 Mark einschließlich sind am 14. Februar d. J. ungeteilt zu berichtigen. Die Abnahme muß an derselben Stelle erfolgen, die die Zeichnung angenommen hat.

6. Soweit nach erfolgter Vollzahlung nicht sogleich Schatzanweisungen verabfolgt werden können, erhalten die Zeichner von der Königlichen Seehandlung (Preußischen Staatsbank) ausgestellte Zwischenscheine, über deren Umtausch in Schatzanweisungen das Erforderliche öffentlich bekannt gemacht werden wird. Soweit eine Sperrverpflichtung eingegangen ist, werden die Zwischenscheine und Schatzanweisungen den Erwerbern erst nach Ablauf der Sperre ausgehändigt.

Berlin, im Januar 1914. D5506

Königliche Seehandlung (Preußische Staatsbank).

Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft)

Berlin.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zur **zweiundvierzigsten ordentlichen Generalversammlung** auf

Montag, den 16. Februar 1914
vormittags 11 Uhr

in unserem Bankgebäude, Dorotheenstrasse Nr. 44, Quergebäude II Treppen, Sitzungssaal, ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Vorlegung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
3. Bericht der Revisoren.
4. Erteilung der Entlastung für den Vorstand und den Aufsichtsrat.
5. Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates.
6. Wahl von Revisoren.

Stimmberechtigt sind nur diejenigen Aktionäre, welche spätestens am 14. Februar 1914 ihre Aktien oder den darüber lautenden Hinterlegungsschein der Reichsbank oder eines deutschen Notars bei dem Vorstand einreichen.

Berlin, den 19. Januar 1914. D4964

Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft).
Goeszcermeny. Dr. Hirte. Bertelsmann.

Preußische Pfandbrief-Bank.

Wir berufen hierdurch die Aktionäre unserer Gesellschaft zur

51. ordentlichen Generalversammlung
auf Sonnabend, den 21. Februar 1914
vormittags 11 Uhr

nach **unserem Bankgebäude,** Voßstraße 1, hierselbst

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichts für das Jahr 1913
2. Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung.
3. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung und Festsetzung der Dividende.
4. Erteilung der Entlastung an Aufsichtsrat und Vorstand.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Die Eintrittskarten zur Generalversammlung sind spätestens am **19. Februar d. J.,** bis 1 Uhr nachmittags, bei uns nachzusuchen und zwar gegen Hinterlegung der Aktien oder der Bescheinigung eines Notars über die bei ihm erfolgte Hinterlegung. Den Aktien ist ein doppeltes Nummernverzeichnis beizufügen.

Berlin, den 19. Januar 1914. D4962

Preußische Pfandbrief-Bank.
Der Vorstand.
Dannenbaum. Gortan. Zimmermann.

Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel.

Herr **Paul Schönwald,** Wien, ist aus dem Aufsichtsrate unserer Gesellschaft ausgeschieden.

Berlin, den 15. Januar 1914.

Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel.
D4963 **Der Vorstand:** Zander.

Verantwortlich:
Für den politischen und allgemeinen Teil: i. V.: **Max Geisenheyner;** für das Feuilleton: **Dr. Heinrich Simon;** für den Handelsteil: **Hermann Stern;** für den Inseratenteil: **Robert Andres;** sämtlich in Frankfurt a. M.
Druck und Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei.
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.